

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 52 vom 23. Dezember 1981

15. Jahrgang

1 DM

Streiks und Demonstrationen in Polen

Widerstand gegen die Militärdiktatur

Streikende Bergarbeiter ermordet

Warschau. — Trotz massiver Terrormaßnahmen, die von Massenverhaftungen bis hin zum offenen Mord an Streikenden gehen, ist es dem Militärregime in Warschau nicht gelungen, den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen. Kampfaktionen wurden in der letzten Woche aus allen Industrieregionen des Landes gemeldet.

Wegen der nach wie vor bestehenden Nachrichtensperre ist es weiterhin schwer, sich ein genaues Bild über das Ausmaß der Kämpfe gegen das Regime des Generals Jaruzelski zu machen. Bezeichnend für die Existenz eines anhaltenden und erbitterten Widerstands sind jedoch die Sendungen des gleichgeschalteten polnischen Fernsehens. Noch zu Beginn der vergangenen Woche hatten die Militärs — so wie es immer die Art von Putschisten ist — behauptet, „Ruhe und Ordnung“ seien „wiederhergestellt“.

Doch schon wenige Tage später mußte eingestanden werden, daß sich die Arbeiterklasse in vielen Großbetrieben mit Streikaktionen gegen die Militärdiktatur gewehrt hat. Das Stahlwerk „Huta Warszawa“ sowie die Traktorenfabrik „Urus“ in der Hauptstadt, die großen Werften an der Ostseeküste, die Zechen im Südwesten und andere Betriebe waren unmittelbar nach Bekanntwerden des Putsches von den Arbeitern besetzt worden.

Die polnischen Militärs gingen mit brutaler Gewalt gegen die bestreikten Betriebe vor. Von der Danziger Lenin-Werft wird berichtet, daß dort mit Panzerwagen die Tore des Betriebs aufgebrochen wurden. Eine Elite-Einheit der Armee stürmte das Gelände. Eisenbahnwaggons, in denen sich die Arbeiter wegen der Kälte aufhielten, wurde umgeworfen, die Streikenden zusammengeknüpelt. Der dänische Gewerkschaftsverband teilte mit, er habe „sichere Informationen“, nach denen der Angriff auf die Lenin-Werft vier Todesopfer und eine große Zahl von Verletzten unter den Arbeitern gefordert hätte.

Mit ähnlicher Brutalität wie in Danzig wurden im Verlauf der Woche auch die übrigen besetzten Betriebe geräumt. Beim Sturm auf die Zeche „Wujek“ bei Kattowice eröffnete die Armee das Feuer auf die streikenden Arbeiter. Sieben Bergleute starben im Kugelhagel, 39 weitere wurden verletzt. Diese faschistische Mordaktion wurde von der Militärdiktatur nicht nur bestätigt, die Nachricht darüber wurde sogar wiederholt im

Fernsehen verbreitet. Ein ganz offenkundiges Anzeichen dafür, wie haltlos das nach dem Putsch von den Agenturen in Warschau und Moskau verbreitete Geschwätz ist, wonach die „Bevölkerung mit Befriedigung“ auf die Verhängung des Kriegsrechts reagiert hätte. Die Verbreitung der Berichte über Terrormaßnahmen des Militärs beweist vielmehr, daß die polnischen Generäle und ihre sowjetischen Hintermänner nur noch mit massiver Abschreckung ein Ausbreiten der Kampfaktionen glauben verhindern zu können.

Auch eine andere Propagandalüge der Putschisten ist mittlerweile entlarvt worden. Nach der Verhängung des Kriegsrechts hatte Jaruzelski noch getönt: „Es gibt keine Umkehr von den fundamentalen Voraus-

behauptet — um „vorübergehende Maßnahmen“ handelt, sondern vielmehr um eine auf lange Sicht geplante terroristische Strategie zur Niederschlagung der Arbeiterbewegung und zur Liquidierung der von ihr erkämpften Rechte. Das zeigt sich nicht nur in der nackten Gewalt, mit der das Regime jetzt auf die Streiks und Demonstrationen reagiert oder in den vom Militär erlassenen faschistischen Gesetzen, nach denen beispielsweise Streiks in Schlüsselindustrien mit dem Tod bestraft werden können.

Offensichtlich ist auch, daß die Militärdiktatur die endgültige Liquidierung der in den Kämpfen vom Sommer 1980 geschaffenen Gewerkschaft „Solidarität“ betreibt. Die Büros der Gewerkschaft wurden gestürmt



Polnisches Militär in Warschau

setzungen des Prozesses der Demokratisierung, die im vergangenen Jahr eingeleitet worden ist.“ Inzwischen ist jedoch vom Kreml selbst bestätigt worden, daß sich der Boß der Warschauer-Pakt-Truppen, der sowjetische Kriegsminister Kulikow, unmittelbar vor dem Putsch in Warschau aufgehalten hat. Das ist nichts anderes als ein Eingeständnis der Tatsache, daß Jaruzelski und seine Militärclique auf den ultimativen Befehl Moskaus hin zugeschlagen haben. Und was die Kreml-Herren in Bezug auf Polen wollen, haben sie selbst immer wieder deutlich gesagt: nämlich diesen „Prozeß der Demokratisierung“ rückgängig zu machen und ihre uneingeschränkte Herrschaft über Polen wiederherzustellen.

Zum anderen zeigen die Aktionen der Militärdiktatur auch in aller Klarheit, daß es sich hier nicht — wie von den Generälen

und verwüstet — sogenanntes Beweismaterial für einen angeblich geplanten Umsturz ist dabei „sichergestellt“ worden. Die Militärs werden also versuchen, die Aktivisten der „Solidarität“ wegen angeblich konterrevolutionärer Umtriebe für lange Zeit hinter Gitter zu bringen. Falls die Gewerkschafter einen Prozeß überhaupt noch erleben. Denn schon jetzt sind etwa 50.000 Menschen, vorwiegend Mitglieder der „Solidarität“ unter unmenschlichen Bedingungen in schnell errichteten Konzentrationslagern eingekerkert, wo sie schutzlos der Winterkälte mit Temperaturen bis zu zwanzig Grad minus ausgesetzt sind.

Die polnischen Klassenbrüder brauchen heute mehr denn je die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse. Weg mit der Militärdiktatur! Freiheit für die polnischen Arbeiter!



Solidarität mit den polnischen Arbeitern

ist das Gebot der Stunde. Ungeachtet des Mordterrors der Militärdiktatur führen die polnischen Werktätigen ihren Kampf weiter (unser Bild zeigt eine Demonstration in Warschau). Sie brauchen unsere Unterstützung. Solidaritätsaktionen, wie sie am Wochenende in Hamburg, Westberlin, Dortmund, Köln und anderen Städten durchgeführt wurden, stehen auch für die kommenden Wochen auf der Tagesordnung.

Hungerstreik für die inhaftierten Genossen in der DDR

WESTBERLIN. — Fünf Mitglieder des Solidaritätskomitees für die in der DDR inhaftierten kommunistischen Oppositionellen sind am vergangenen Freitag um Mitternacht in einen Hungerstreik getreten. Damit soll der Forderung an den Ministerrat der DDR Nachdruck verliehen werden, die in der BRD für die Gefangenen gesammelten Unterschriften anzunehmen. Darüber hinaus fordern die Hungerstreikenden öffentliche Prozesse für die inhaftierten Genossen in der DDR.

Am Sonnabend Vormittag führten die Hungerstreikenden eine Kundgebung im Westberliner Stadtteil Wedding durch, wo sie die Ziele ihrer Aktion erläuterten und über die Hintergründe der Verhaftungen in der DDR informierten. Genossen der KPD verteilten zur gleichen Zeit überall in Westberlin Flugblätter, die zur Solidarität mit den inhaftierten Genossen und zur Unterstützung des Hungerstreiks aufriefen.

Anschließend bezogen die fünf Mitglieder des Solidaritätskomitees ihren Posten für die Aktion — ein Wohnmobil war direkt an den Grenzübergang Bornholmer Straße gestellt worden. Transparente und Stellschilder klären die Grenzgänger über den Zweck der Aktion auf.

Die Hungerstreikenden verteilten an die Menschen, die hier über die Grenze kommen, Flugblätter und sprechen mit ihnen über die Terrormaßnahmen des Ostberliner Regimes gegen die kommunistischen Oppositionel-

Insgesamt ist diese vorbildliche Aktion auf eine positive Resonanz gestoßen. Nach der breiten Propagandakampagne des Solidaritätskomitees und unserer Partei in den letzten Wochen und Monaten, nach den Aktionen auf dem Ostberliner Alexanderplatz und vor der Bonner DDR-Vertretung ist das ein weiterer Schritt, um das offizielle Schweigen über die verhafteten Genossen zu durchbrechen und die Solidarität mit ihnen zu verstärken.

Ein frohes Neues Jahr...

und vor allem ein kämpferisches Neues Jahr wünscht die RM-Redaktion den Lesern des „Roten Morgens“.

Mit 1981 können wir wohl alle zufrieden sein. Es war das Jahr der großen Massenaktionen, von den Warnstreiks der Metaller bis zur Stuttgarter Kundgebung gegen Sozialabbau, vom Aufmarsch am Bau- platz Brokdorf bis zur Bonner Friedensdemo — überall wuchs der Widerstand gegen die Bourgeoisie und ihren Staat.

Wir haben also einen guten Boden, auf dem wir im neuen Jahr den Kampf weiterführen können, gute Voraussetzungen auch, um noch mehr Werktätige für den Sozialismus zu gewinnen.

Vorwärts im Kampf für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland!

Genosse Mehmet Shehu ist tot

Wie die albanische Nachrichtenagentur ATSH meldete, hat Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrats der SVR Albanien und Mitglied des Politbüros der PAA, in der Nacht zum 18. Dezember in einer Nervenkrisis Selbstmord begangen.

Genosse Mehmet Shehu wurde am 10. Januar 1913 in Çorush geboren. Dort besuchte er die Grundschule und dann die Technikerschule in Tirana. 1937 ging er nach Spanien, wo er in den Reihen der Brigade „Garibaldi“ gegen die Faschisten kämpfte. Nach dem Sieg Francos wurde Mehmet Shehu mit anderen Interbrigadisten in einem französischen Konzentrationslager interniert.

Im August 1942 kehrte er nach Albanien zurück. Im Februar des darauffolgenden Jahres wurde er Kommandeur der 1. Freischar Malakastras. Im August übernahm er das Kom-

mando der 1. Sturmbrigade der Nationalen Befreiungsarmee. Auf der Landeskongress der KP Albanien in Labinoti wurde er im gleichen Jahr zum Kandidaten des ZK gewählt. Der Kongress von Permet wählte Mehmet Shehu in den Generalrat der Nationalen Befreiungsfront.

Im August 1944 wurde er Kommandant der 1. Division der Armee.

Nach der Befreiung Albanien wurde Mehmet Shehu von allen Parteitagungen in das Zentralkomitee und in das Politbüro gewählt.

Er wurde mit einer Reihe wichtiger Aufgaben betraut,

unter anderem als Chef des Generalstabs der Armee, als stellvertretender Ministerpräsident und als Innenminister. Seit 1954 war Mehmet Shehu Vorsitzender des Ministerrats.



Genosse Mehmet Shehu

Kommentar der Woche

Was in Polen heute regiert, ist der blanke Sozialfaschismus — Sozialismus in Worten, Faschismus in der Tat. Konzentrationslager für Gewerkschaftsfunktionäre, Armee-Einheiten stürmen besetzte Betriebe. Es wird geschossen und geschlagen, verhaftet und gefoltert. Gefoltert — oder was ist es anderes, wenn man politische Gefangene im Winter im Freien zusammenpfercht?

Dies alles, wenn jemand Jaruzelski glauben möchte, geschieht zur „Verteidigung des Sozialismus“. Zur Verteidigung jenes Systems, das in der Propaganda der korrupten kapitalistischen Clique an der Macht „Sozialismus“ genannt wird. Es wird großartig gefeiert, man kehre jetzt in Polen zur bewährten Einmannleitung der Betriebe zurück — Originalton TASS. Mit Panzern und Gewehren wird also die Herrschaft der Parteibonzen und Betriebsdirektoren aufrecht erhalten. Gegen die Arbeiter. Und nicht nur gegen eine bestimmte Schicht, sondern gegen die ganze Arbeiterklasse. Die Wahl von Betriebsdirektoren, ihre Kontrolle durch die Arbeiter soll verhindert werden. Breschnew, Jaruzelski und Co. bieten den polnischen Arbeitern nur eine Wahl an: Zwischen Lagerhaft und Stillhalten.

Sozialfaschismus in Polen

So will man zu jenem „realen Sozialismus“ zurückkehren, über den die Arbeiterklasse längst ihr Wort gesprochen hat: Wenn das Sozialismus, der einzig mögliche Sozialismus gar, sein soll, wie es die Propaganda von Moskau bis zur DKP behauptet — dann lieber nicht. Denn es ist ja klar, daß die Militärputschisten im Auftrag handelten, als sie die Verfassung außer Kraft setzten. Im Auftrag der revisionistischen Parteiführung und der von ihr vertretenen sozialen Kräfte. Und diese Kräfte, das sind nicht die Arbeiter.

Die revisionistische Propaganda wird in den kommenden Monaten auf Hochtour laufen, um eine angebliche Normalisierung und deren Begründung durch das Volk zu beweisen. Der Unterschied, beispielsweise zur Tschechoslowakei im Jahre 1968, ist ja der, daß es sich hier wirklich um eine Bewegung der Arbeiterklasse handelt. Eine Klasse, die mehr Demokratie verlangt, die ein besseres Leben fordert — das ist es, was sie trotz aller politischen Unterschiede eint.

Und deshalb dürfte es der revisionistischen Propaganda etwas schwerer fallen, diese Bewegung als arbeiterfeindlich darzustellen, als dies in früheren Fällen war. Sie muß, wie es die DKP in ihrer UZ tut, die polnischen Arbeiter als saudumm bezeichnen, allesamt von Demagogen irregeführt.

Als ob es nicht die endlosen Enthüllungen über die Bereicherung der Bonzen in Partei, Staat und Wirtschaft gegeben hätte. Als ob es nicht den schlechten Lohn und die harte Arbeit gegeben hätte, als ob nicht das ganze Fleisch exportiert worden wäre. Wer an diesen Tatsachen festhält, wer gar gefordert hat, daß damit ein Ende sein soll, der ist eben — dumm, von Antikommunisten verführt.

Vor 25 Jahren kamen diese Leute in Polen an die Macht und sie versprachen alles werde gut, wenn die Polen hart arbeiten würden. Die Polen haben hart gearbeitet. Und nichts wurde gut. Zum vierten Mal in dieser Zeitspanne wird auf Arbeiter geschossen. Das ist die Bilanz des neuen polnischen Wegs zum „realen Sozialismus“. Alles gut wurde nur für diejenigen, die sich an die Schaltstellen der Macht gesetzt hatten und ihre Taschen weit geöffnet hielten und den Arbeitern auch noch zur Abschreckung vom Sozialismus erzählten.

Der Arbeitermörder Jaruzelski reiht sich in die Galerie seiner Ahnen ein, in die Galerie der Gomulka und Gierak. Und die ihn bejubeln, machen sich mitschuldig, tragen dazu bei, daß es der Reaktion weiterhin gelingt, ein abscheuliches Bild vom Sozialismus zu zeichnen.

Noch ist die unmittelbare weitere Entwicklung nicht absehbar. Aber man kann davon ausgehen, daß selbst wenn die Sozialfaschisten sich behaupten, ohne „brüderliche Waffenhilfe“, dies bestenfalls für sie eine Atempause darstellt. Die Kluft zwischen der Arbeiterklasse und der neuen Kapitalistenklasse ist nirgends so groß und so deutlich spürbar wie in Polen, und diese wird sich mit Sicherheit weiter vertiefen, wird den zutiefst berechtigten Klassenhaß auf die kapitalistischen Phrasendrescher weiter verfestigen. Die abgewirtschaftete Partei, der die Arbeiter zu Hunderttausenden davonlaufen, hat sich unter den Schutz von Soldatenmänteln begeben — sicher ist ihre Herrschaft auch dort nicht.

Helmut Weiss

Korruption und Bestechung in allen Parteien

Bonner Perspektiven

Die „Spendenaffäre“ weitet sich aus

BONN. — Steuerhinterziehung, Spendenaffären, Bestechungsskandale — in der Bundeshauptstadt ist die Welt offensichtlich nicht mehr in Ordnung. Immer neue Beweise für die Bestechlichkeit der Bonner Parlamentarier, über die Methoden der Finanzkapitalisten, Steuergeschenke in Milliardenhöhe zu erwirken und gleichzeitig die Politik der Parteien ihren Interessen unterzuordnen, kommen ans Tageslicht.

Zu den Hauptfiguren der vielen Affären, die sich mittlerweile zu einem einzigen großen Skandal vereinigt haben, zählen die FDP-Politiker Graf Lambsdorff und Friderichs sowie CDU-Schatzmeister Kiep. Darüber haben wir im letzten „Roten Morgen“ bereits ausführlich berichtet. Inzwischen bereicherte ein weiterer Spitzenpolitiker die Riege der bekannten Beteiligten: Hans Matthöfer, SPD.

Der Finanzminister an der Seite des Wirtschaftsministers. Das Gespann, das derzeit hauptsächlich damit beschäftigt ist, den Werktätigen die Notwendigkeit von Sparsamkeit und Selbstbeschränkung einzureden und einen Feldzug großen Ausmaßes gegen ihre sozialen Errungenschaften organisiert, vereint im Blickpunkt der Öffentlichkeit als Plünderer der Staatskasse und bestechliche Elemente.

Auch Matthöfer kam in Zusammenhang mit dem Steuergeschenk ins Gerede, das Bonner Politiker dem Flick-Konzern machten, als dieser den Erlös aus dem Verkauf eines Daimler-Aktienpakets von zwei Milliarden Mark nicht zu versteuern brauchte. Dieses Geschäft wurde von Friderichs und Lambsdorff mit Zustimmung von Finanzminister Matthöfer als „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig“ eingestuft.

Flick zeigte sich durchaus verbunden, SPD-Schatzmeister Halstenberg gab an, der Konzern habe Matthöfer eine Spende von 50 000 Mark zugesagt, die dieser auch ordnungsgemäß der Partei gemeldet habe.

Zu diesem Vorgang gibt es inzwischen verschiedene Versionen; Halstenberg selber war offenbar über seine Offenherzigkeit erschrocken. Er verleugnete wenig später seine klare Aussage und behauptete, der Betrag sei nur „avisiert“ worden, aber nie eingegangen. Matthöfer selbst dementierte halbherzig, erklärte aber vor allem, er wolle „der Staatsanwaltschaft doch nicht die Arbeit abnehmen“. Eine vielsagende Bemerkung.

Die Staatsanwaltschaft unterstrich dieser Tage, daß sich die Ermittlungen nicht mehr allein um Steuerhinterziehung, sondern ausdrücklich auch um Bestechlichkeit drehen, denn gerade im Zusammenhang mit den Operationen des Flick-Konzerns ginge es um versprochene Zuwendungen an Amtsträger in ihrer Funktion als solche und nicht an einfache Privatpersonen. (Wobei man nicht vergessen darf, daß die Worte der Staatsanwälte noch nichts damit zu tun haben, ob es wirklich zu der notwendigen Bestrafung der Beteiligten kommt.)

Kriminelle Konzepte

Die Politiker aller Parteien kennen nur eine Sorge: Wie retten wir unsere Haut? Wie kommen wir mit dem kleinstmöglichen Prestigeverlust, mit den denkbar geringsten personellen Konsequenzen aus diesem Schlammfeld wieder raus?

Einzig und allein diesem Ziel dienen die in der Zwischenzeit

entwickelten Konzepte. Das begann mit dem Ansinnen, kurzerhand und in Windeseile das Grundgesetz dahingehend zu ändern, daß die politischen Parteien quasi den Status gemeinnütziger Organisationen erhielten. Damit wäre die Begrenzung des steuerfreien Höchstbetrages für Parteispenden, die im Moment bei 1 800 Mark liegt, weggefallen.

Selbst das Bundesverfassungsgericht (BVG) sah sich 1979 zu der weisen Feststellung genötigt, eine eventuell unbegrenzte steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden könne „die Chancengleichheit der Parteien schmälern“ (die besteht natürlich praktisch sowieso nicht), und eine solche Maßnahme habe auch zur Folge, „daß zugleich die Parteien bevorzugt würden, die eine größere Anziehungskraft als andere Parteien auf kapitalkräftige Kreise ausüben“. Sehr vornehm ausgedrückt, aber so ist es ja. Wobei das Gericht natürlich so tut, als fänden solche Manipulationen im Normalfall gar nicht statt. Was bekanntlich nicht so ist. Aber interessant ist die Bereitschaft vieler Politiker, ganz offen zum Verfassungsbruch überzugehen.

Dieser Vorschlag setzte sich nicht durch. Ein weiterer, nicht minder krimineller, lief unter dem Stichwort „tätige Reue“. Jetzt, wo große Teile des Skandals eh schon offenliegen, sollte man wenigstens einer Bestrafung dadurch entgehen können, daß man die Vorgänge zugibt und noch ein paar Zusatzinformationen liefert. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde flugs ausgearbeitet. Aus seinen Ausführungsbestimmungen (Fristen usw.) ging ganz offen hervor, daß er eine Sonderregelung allein zur Bewältigung dieser begrenzten Aufgabe sein sollte.

Das kam im Bundestag auch nicht durch. Nun soll eine Kommission nach neuen Wegen suchen, die möglichst natürlich gefunden sein sollen, bevor die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abgeschlossen sind. Man will ja gerade diesen Ermittlungen die gesetzliche Grundlage entziehen.

Der ganze Streit, den es zum Teil in den Parteien gibt, dreht sich im Kern nicht um Widersprüche zwischen makellosen Aufrechten und besudelten Betrügern. Er dreht sich vor allem um die Zweckmäßigkeit, um das Maß an Prestigeverlust und Mißtrauen in die Parteien, das auf die eine oder die andere Weise hervorgebracht würde. Sicher dürfte da auch innerparteiliche Konkurrenz mitspielen; die da auftrumpfen, sind solche, die im Moment nicht persönlich betroffen sind. Das hat schon zu scharfen Anpöffen geführt. In der FDP wies zum Beispiel Parteichef Genscher seinen Generalsekretär Verheugen zurecht, er solle gefälligst nicht so tun, „als sei er ein Saubermann“. Er wisse schließlich seit Jahren sehr gut über die „Intimitäten in der Partei“ auch Bescheid.

Darüberhinaus versuchen alle Parteien, sich wenigstens insofern zu rechtfertigen, als daß man mit dem gegenwärtigen Fi-

nanzaufkommen auf keinen Fall mehr weiterarbeiten könne und deshalb zwingend Möglichkeiten zur Steigerung der Zuwendungen finden müsse.

Herbert Wehner etwa fordert eine „saubere“ gesetzliche Neuregelung der Parteienfinanzierung. Es ginge ihm darum, so sagte er, daß sich die Parteien nicht auf einem „krummen Weg“ Mittel beschaffen „müssen, um überhaupt existieren zu können“.

Offener Verfassungsbruch

Bei solchen Überlegungen geht es übrigens nicht nur um erhöhten Spendenanreiz, sondern auch um die direkte Bedienung aus der Staatskasse. Zu diesem Problem schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) verständnisvoll: „So werden von den staatlichen Zuschüssen nicht nur, wie es Karlsruhe (gemeint ist das dort ansässige BVG — Red.) für zulässig hielt, die Wahlkämpfe finanziert, sondern auch ein Teil der laufenden Ausgaben. Anders ist eine kontinuierliche Parteienarbeit nicht möglich.“ So einfach ist das. Und da wird selbst das anderslautende Urteil des BVG von 1979 schlicht als „weltfremd“ bezeichnet und einfach gesagt: „es entspricht auch längst nicht mehr der Wirklichkeit“.

Viel Skrupel haben diese Leute jedenfalls nicht.

Mit einem Aufruf zur Solidarität der Betrüger nahm der Bremer Landesvorsitzende der FDP, Lohmann, ebenfalls unverblümt zu dieser Frage Stellung: „Die Schatzmeister waren darauf angewiesen, sich im Sumpf zu bewegen (...) Nachdem alle das Sudeln im Sumpf geduldet haben, kann man keinen hängen lassen, sondern muß ihn rausheulen.“

Ständig neue Höhepunkte der Korruption. Eins darf man darüber allerdings nicht vergessen: hier handelt es sich nicht um eine neue Entwicklung, die mit der besonderen persönlichen Qualität der jetzt betroffenen Politiker und Kapitalisten zusammenhängt. Die jüngsten Enthüllungen werfen nur ein Licht auf einen Teil des Mechanismus, wie im Zeitalter des Imperialismus bei uns wirklich Herrschaft ausgeübt wird, wie die Konzerne die Staatskasse plündern, sich Politiker kaufen usw.

Wer bestimmt die Politik?

Kommen wir noch einmal auf den Flick-Konzern zurück.

„Herrn von Brauchitsch (Konzernboß — Red.) wird zur Last gelegt, fortgesetzt Ertragssteuern zugunsten der Firma Flick hinterzogen zu haben. Soweit es um Spenden geht, hat die Auswertung der Karteikarten und des Beweismittelheftes für die Firma Flick ergeben, daß diese nicht nur an die FDP-Verene, sondern auch an SPD- bzw. CDU-nahe Institutionen gezahlt hat.“ — Diese Feststellung traf der Kölner Generalstaatsanwalt Steffens.

Die betreffenden Politiker von FDP und SPD sind zum Teil bereits genannt worden. Die CDU steht auch auf der Liste Flicks, und die sogar besonders. Zusammen mit der CSU. Denn Flick ist einer der eifrigsten Förderer der äußersten politischen Reaktion, speziell des Herrn

Strauß. Kein Wunder; Flick hängt dick im Rüstungsgeschäft und ist mit dem „Leopard“ größter Panzerfabrikant Westeuropas. Zwischen dem Konzern und der CSU bestehen personelle Verflechtungen. Lange Zeit war Flicks Generalbevollmächtigter Pohle Kassenwart der CSU; zweifellos eine günstige Position, um öffentliche Affären um Spenden usw. von vornherein auszuschließen.

Das Verhalten von Flick, im Prinzip identisch mit dem des gesamten Finanzkapitals, hat „Familientradition“. Und was für eine.

In einer Biographie des „Stammvaters“ Friedrich Flick schrieb Autor Günther Oger:

„Für die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten gab er fast eine Million Reichsmark aus, bevor seine Spenden der NSDAP zufließen. Göring schenkte er alte Meister zum Geburtstag, Himmler vermietete er ein Haus und stellte ihm Mittel für die Finanzierung des Germanenklubs zur Verfügung. Später durften die CDU Konrad Adenauers, dann die CSU des Franz Josef Strauß mit wohlbedachten Zuwendungen rechnen...“

Egal also, wie die Regierungsform gerade aussieht — das Spiel des Finanzkapitals ist im Kern dasselbe. Ob Faschismus oder „FdGo“ — es herrscht das große Geld!

Und wie sagte doch SPD-Halstenberg, als er sich erstmals zu der 50 000-Mark-Spende für Matthöfer äußerte: „Die Spende sei im Rahmen üblicher Zuwendungen aus der Industrie für die Fachleute unter den Politikern geblieben.“ („Spiegel“ 51/81)

Daß das ganze Problem etwas mit dem System zu tun hat, geht auch aus den Äußerungen der Politiker selbst hervor. Jedenfalls, sofern man ihre demagogischen Vokabeln durchschaut.

„Funktionsfähige Demokratie“?

Ganz offen wird besonders von FDP-Großen damit argumentiert, daß eine Welle von Strafverfahren gegen Politiker und Kapitalisten, die womöglich noch die ganzen Tricks im Finanzgeschäft offenbarten, die „Staatsverdrossenheit“ der Bürger noch erheblich steigern könne. An den Grundlagen dafür will man nichts ändern; die Bürger dürfen eben nichts erfahren! Eine saubere Logik.

In diesem Sinne wird auch versucht, Druck auf die Presse auszuüben. „Aufgabe der Presse (kann) es nicht sein, den Staat zu zerstören!“ So äußerte sich ein Mitarbeiter Genschers. Im Rahmen der Diskussion um die Verfassungsänderung machte CDU-Parlamentarier Paul Löhner die Presse dafür verantwortlich, falls das Vertrauen der Bürger in die Parteien ob derlei Manipulation weiter erschüttert würde. „Es ist Sache der veröffentlichten Meinung, wie das dem Bürger klargemacht wird!“ („Westfälische Allgemeine Zeitung“, 19.12.)

Und der „Spiegel“ zitiert wiederum einen Genscher-Vertrauten: „Weil Spitzenpolitiker aller Parteien, dazu auch noch die Creme der Industrie, in die Affäre verstrickt seien, müsse dem deutschen Volk eine Kriminaltragödie erspart werden — und zwar (...) um der Funktionsfähigkeit der Demokratie willen.“

Bestechung und Korruption als Funktionsgrundlage der Demokratie. Auf einen solchen Staat können wir doch gut verzichten!

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Aus einem Gespräch mit einem Dortmunder Stahlarbeiter

„Das hat man bestimmt nicht erwartet“

Eindrücke einer Reise nach Polen am Vorabend des Kriegsrechts

In der letzten Woche unterhielten sich zwei Redakteure des „Roten Morgens“ mit einem Hoesch-Arbeiter, der am Samstagabend von einem Verwandtenbesuch in Polen zurückkam. Der Kollege — Mitglied der RGO in der IG Metall — berichtete über seine, wie er unterstrich, sehr persönlichen Eindrücke.

RM: Daß Du am Abend vor der Verkündung des Kriegsrechts weggefahren bist, das drängt einem natürlich als erste Frage auf: Hat man denn bemerken können, daß sich etwas tun würde, haben die Menschen denn etwas erwartet?

H.: Nein. Also die Leute, die ich kenne, bestimmt nicht. Man kann jetzt auch nicht sagen, daß einem als Besucher irgendwelche Militärbewegungen aufgefallen wären oder so. Die glaubten schon, daß nächstens etwas Wichtiges passieren würde — die, mit denen ich gesprochen habe. Aber das ging doch in eine andere Richtung. Sie erwarteten vor allen Dingen irgendwelche Dinge in Richtung einer Währungsreform zum 1. Januar, darüber sprachen viele, weil die Versorgung so schlecht ist.

RM: Wie sah es denn mit der Versorgung aus?

H.: Nun, recht unterschiedlich. Da gibt es Läden, die haben das ganze ALDI-Angebot in ihrem Programm. Brot gibt es ziemlich viel und relativ billig, jedenfalls da im Südwesten, wo ich war. Bei Fleisch muß man anstehen, und was nützt der Berechtigungsschein, wenn nichts mehr da ist, da beginnt dann das Spiel mit den Beziehungen und Bekanntschaften, da haben dann auch Spekulanten ihr Gebiet.

Aber es ist beispielsweise so, daß einige Dinge einfach so teuer sind, daß kein normaler Mensch sie kaufen kann. Ein Paket Waschmittel kostete da zum Beispiel 2500 Zlotys und das bei Renten von 3700 Zlotys in meiner Verwandtschaft. Und dann gibt es große Schuhgeschäfte, wo dann in einer ganzen Abteilung gerade zehn Paar Schuhe vorhanden sind.

RM: Und was war nun die Meinung deiner Bekannten und Verwandten über die Ursachen dieser Lage?

H.: Ja, da gibt es ganz unterschiedliche Meinungen und auch Gerüchte. Zum einen gibt es aus allen Orten irgendwelche Geschichten über getarnte Lebensmittellieferungen in die Sowjetunion, das sind sehr genaue Geschichten, die man deshalb schon glauben kann. Und zum anderen gibt es das Gerücht, viel würde bei der Armee eingelagert — jetzt im Nachhinein betrachtet, finde ich das eigentlich nicht ganz aus der Welt. Übrigens: wie sich das entwickelt hat, kann man auch daran sehen, daß im Sommer noch 60 Zlotys für eine Mark geboten wurden und jetzt 180 Zlotys.

RM: Und wie sieht das nun im Konkreten aus mit der Stärke und dem Einfluß von „Solidarność“ und worauf ist der begründet?

H.: Wenn man sich so umschaut, dann kann man zuerst einmal meinen, es gibt eigentlich nur die „Solidarność“. Transparente, Parolen, Abzeichen, Plaketten, Zeitungen, alles dies wird von der Gewerkschaft geprägt und ich glaube schon, daß sie die Mitgliederstärke hat, die allgemein angegeben wird, mit rund 10 Millionen. Und man muß sagen, sie hat ihr Ansehen bei den breitesten Kreisen, wie ich beurteilen kann, was ich gehört habe, nicht zuletzt von ihrer Aufdeckung der Korruption.

RM: Wie sah dies eigentlich aus, was war da am meisten beeindruckend?

H.: Nun, vor allem zwei Sachen. Zum einen die ganzen Geschichten mit der vorherigen Parteiführung, und alle wissen ja, daß die heutigen Parteiführer darüber informiert waren und wohl auch daran beteiligt sind. Gierks Frau beispielsweise, die eben mal über Nachmittage nach Paris flog, um sich die Haare machen zu lassen. Oder Gierks privates Schlößchen, mit dem Allerteuersten renoviert. Oder der Sohn von Jaruzewicz, der in Spielbanken Dollars verspielte — das sind so die bekanntesten Stories von den „Großen“. Aber da gibt es noch viel mehr. Und dann die Tatsache, daß fast überall auf örtlicher Ebene Leu-

te waren, die sich, in kleinerem Ausmaß vielleicht, aber ebenso verhielten.

So kamen in einer Fabrik am Ort Teile an, die man absolut nicht brauchen konnte — vom Außenhandelsamt abgeschlossene Geschäfte wegen der Provision. Und das hat „Solidarność“ aufgedeckt, was viele vermuteten oder auch wußten und sich nicht trauten zu sagen, die haben es an die Öffentlichkeit gebracht, die hatten den Mut, und das wird sehr stark anerkannt. Und so werden auch die Forderungen nach Bestrafung und nach mehr Einflußmöglichkeiten so stark unterstützt. Ein Parteimitglied, mit dem ich sprach, konnte immer nur wieder sagen „Was sind wir für Kommunisten“ und einer meiner Verwandten, der vor Jahrzehnten in die Partei ging, der überlegt sich auch den Austritt, wie so viele es tun.

RM: Wie sieht es denn mit der Partei, mit den alten Gewerkschaften aus, was machen die, was sieht man da?

H.: Da sieht man überhaupt nichts. Früher war das örtliche Parteibüro geschmückt und ausgestattet, jetzt kann man es kaum noch erkennen. Man sieht auch keinerlei Aktivitäten von seiten der Partei, und das war auch bei anderen Orten wohl so. Von der alten Gewerkschaft habe ich weder etwas gesehen noch etwas gehört, es soll sie aber noch geben.

RM: Und was ist mit der Staatsmacht?

H.: Da waren vor allen Dingen die Streifen — Militär und Miliz gemeinsam —, weil sich die Miliz nicht alleine traut. Ein Vetter von mir war auch mal bei der Miliz — das ist übrigens keine Miliz, sondern eine ganz normale Polizei — und hat dann da aufgehört, weil er mehrmals bei Nacht verhaften wurde, und das passiert vielen Polizisten, die seit 1970 sehr verhaßt sind, bei der Armee war das bisher anders.

Ich möchte da auch noch was sagen zur Lage. Wenn man so hört, da stehen Schlangen, dann denkt man vielleicht, das ist umständlich, ärgerlich und so. Aber man muß dabei auch mal daran denken, daß da gerade viele alte Leute, die Rentner nämlich, stehen müssen und das drei oder vier Stunden lang und bei einer Affenkälte — also das ist gefährlich. Und da wächst natürlich die Wut draus raus. Aber es gibt auch eine ganze Reihe von Leuten, die daraus schon schlußfolgern, die „Solidarność“ streike eben zuviel.

RM: Und wie war es jetzt, da-



nach, als Du wieder zurück kamst?

H.: Einmal war da auf der Rückreise durch die DDR ständig die Nachricht, in Polen planten Konterrevolutionäre den Umsturz. Das war in meinen Augen sozusagen eine Aufforderung an die Polen, was zu tun. Und jetzt, wieder im Werk, nun viel Zeit habe ich noch nicht gehabt, mit den Kollegen zu reden. Ich möchte aber zwei Dinge unterstreichen. Zum einen ist es schon so, daß man oft merkt, daß die Nazi-Hetze gegen die Polen irgendwo noch wirkt, so mit Untermenschen, arbeitsscheuem Gelichter und so. Aber auf der anderen Seite kann man schon recht gut mit den Kadetten reden.

RM: Was hältst Du nun von der Lage wie sie jetzt ist?

H.: Das kann man so nicht sa-

gen, von hier aus und mit dem bißchen Einblick, das man gehabt hat. Ich glaube schon, daß der Widerstand stark sein wird, denn den Leuten geht es wirklich dreckig. Und die Miliz, die wird reinhauen, die wird sich rächen wollen, die wird ihre Besserstellung verteidigen wollen. Und die Leute von der Liga Obrony Kraju (eine halbpolitische Gesellschaft zur Wehrziehung — die Red.) werden das unterstützen. Ich meine, man muß das ganz bitter sehen, wie in Polen der Sozialismus in Verfall gekommen ist. Wenn man da sagt, man sei für Sozialismus, kommt als erste Antwort immer „Wohl noch nicht oft genug in Polen gewesen“. Das sitzt meiner Meinung nach ganz tief.

RM: Wir danken Dir für das Gespräch.

In allen osteuropäischen Medien

Jubel der Revisionisten über die polnische Militärdiktatur

Daß die Machtergreifung des Militärrats in Polen von der UdSSR, der DDR, der CSSR und den anderen scheinsozialistischen Staaten Osteuropas als „innere Angelegenheit Polens“ behandelt wird — zu dem also niemand etwas nachteiliges sagen darf, weil es sonst eine „Einmischung“ darstellt —, ist bekannt. Daß der Jubel trotzdem groß ist, wurde in den letzten Tagen öffentlich deutlich.

Die Beteuerungen Jaruzelskis in seiner Rede, der Kurs werde nicht grundlegend geändert, erfährt in der Berichterstattung der revisionistischen Medien keinerlei Würdigung. Darüber wird hinweggegangen, denn es soll ja gerade eine Wende sein, und Jaruzelski versucht nur, Unsicherheit zu säen. Es ist klar, daß die in Warschau im Radio genannten Beweise für Umsturzversuche von „Solidarność“ die Begründung für die Zerschlagung der polnischen Einheitsgewerkschaft sein soll, — und dies ist auch alles, was in den „Bruderländern“ über die polnische Arbeiterbewegung zu vermelden ist.

Inzwischen läuft die konterrevolutionäre Propaganda der Revisionisten auf Hochtouren. Die Arbeiter unterstützen die Maßnahmen, wird erklärt. Die Verhafteten und Verletzten, die Ermordeten, das seien nur eine Handvoll Konterrevolutionäre, während sich die Arbeiter darüber freuen, daß sie vom Druck, den „Solidarność“ auf sie ausgeübt habe, befreit sind.

Alle bekannten Register werden gezogen, wobei die Propaganda ganz eindeutig darauf hinausläuft, den vorherigen Zustand wiederherzustellen, unabhängig von Jaruzelskis Versprechungen. In diesem Zusammenhang muß man daran erinnern, daß aus der Sowjetunion mehrere offene Drohbriefe an die polnischen Revisionisten geschickt wurden, mit der Aufforderung, endlich zu handeln. In diesem Licht ist dann auch der Besuch Kulikows in Polen, zwei Tage vor der Verhängung des Kriegsrechts zu sehen, während dessen Verlauf diese Forderung unterstrichen wurde.

So wird klar, daß es sich bei dem polnischen Militärputsch um eine Aktion handelt, die von den Revisionisten aller Länder gefordert wurde. Ein Putsch, der auf Weisung der revisionistischen polnischen Partei stattfand, die dermaßen abgewirtschaftet ist, daß sie selbst keine Wirkung mehr erzielen kann, unter dem Druck Moskaus stand und weiterhin steht.

Besondere Unterstützung der DKP für die polnischen Putschisten

Militärdiktatur als Friedenssicherung?

Am Tag nach dem Putsch der polnischen Generale veröffentlichte die „UZ“ eine Erklärung des Vorstands der DKP, in der diese Maßnahme — natürlich — unterstützt und begrüßt wurde. Dabei wurde aber nicht nur, wie stets, wenn die herrschenden Revisionisten mit Militärgewalt gegen die Arbeiter losschlagen, die Verteidigung eines angeblichen Sozialismus als Grund für die reaktionären Akte angeführt, sondern auch die Sicherung des Friedens. Also Jaruzelski als Anwärter auf den Friedensnobelpreis oder den Lenin-Friedenspreis?

Und warum diese so seltsam klingende Begründung? Weil die Aktivitäten der polnischen Arbeiter — die „Umtriebe von Solidarność im DKP-Originalton — die Lage in Polen instabil gemacht hätten und weil dies eine Gefahr für den Frieden in Mitteleuropa bedeuten hätte.

Also: eine instabile, eine revolutionäre Situation in Polen wäre eine Bedrohung des Friedens gewesen. Zwei logische Schlußfolgerungen kann man aus dieser ebenso plumpen wie reaktionären Argumentation ziehen: Zum einen wäre offensichtlich bei einer weitgehenden Entwicklung der Streikbewegung der Arbeiter die Lage noch unsicherer geworden — für die herrschenden Kapitalisten. Und dann wäre wohl jemand marschiert, um den Frieden zu sichern — weil er ja bedroht war. Und daß dies wohl nicht die NATO-Armeen gewesen wären, liegt auf der Hand. Das ist also das eine, die Drohung mit einem entsprechenden Einmarsch von Warschauer-Pakt-Truppen.

Das andere aber ist die allgemeinere konterrevolutionäre Logik: Wenn also die Polen nicht streiken dürfen, weil sonst die Warschauer Allianz sich gefährdet sieht, dann darf es in den NATO-Staaten auch zu keiner solchen Entwicklung kommen, weil ja sonst die USA und die anderen Imperialisten sich bedroht sehen, und das ist ja für den Frieden auch nicht gerade

gut. Sprich: konsequenterweise müßten alle Europäer (und anderswo eigentlich auch) darauf verzichten, gegen ihre Regierungen anzugehen, da dies immer eine instabile Lage schaffen würde, da dies immer eine Bedrohung des Friedens bedeuten würde.

Dieses anscheinend so friedliche Argument der DKP heißt, zu Ende gedacht, nichts anderes, als daß man jede revolutionäre Handlung sein lassen muß, um das Gleichgewicht nicht zu stören, den Frieden nicht zu bedrohen. Eine Meinung übrigens, die seit langem bekannt ist, nicht erst seitdem sie von Chruschtschow auch in der revolutionären Bewegung verbreitet wurde. Schon Lenin wurde vorgeworfen, er erschüttere Rußland zugunsten der feindlichen Mächte im Krieg.

So sind also die polnischen Panzer, die jetzt gegen die Arbeiter rollen, ein Beweis für die Art und Weise, wie bei den Revisionisten die Friedenssicherung aussieht. Streikende Arbeiter als Feinde des Friedens, auf sie schießende verbrecherische Generale als Wahrer des Friedens — diese imperialistische Logik muß heute benutzt werden, um die Vorgänge in Polen zu rechtfertigen.

Diese Art und Weise zu argumentieren, stellt natürlich den Versuch dar, die polnische Diktatur, diesen Sozialfaschismus

reinsten Prägung innerhalb der westdeutschen Friedensbewegung „salonfähig“ zu machen bzw. zu halten. Wobei dies natürlich dann in gewisser Weise glücken kann, wenn die Grundlage dieser Gedankengänge akzeptiert wird, das Gleichgewicht der Blöcke, die Oberherrschaft der Supermächte über diese Blöcke. Wobei es nötig ist, klarzumachen, daß die Friedhofsruhe, die die polnischen Generale herstellen wollen, die Verhängung des Kriegsrechts, eine Maßnahme ist, die in keiner Weise, unter keinen Umständen den Frieden sichern kann. Wenn das Volk keinerlei Rechte mehr hat, dann ist das eine Situation, in der nicht für den Frieden gearbeitet wird, sondern da wird ja schon Krieg geführt — Krieg gegen die Arbeiterklasse.

Alle Versuche der Revisionisten, sei es in Polen, sei es in der Bundesrepublik oder sonstwo, jetzt die Lage so darzustellen, als handle es sich nur um Maßnahmen gegen eine kleine Minderheit, sind ein lügnerischer Versuch, die Tatsache zu verdecken, daß die Bewegung der polnischen Arbeiter so stark war, daß die polnische revisionistische Partei ihren totalen Bankrott anmelden mußte. Sie hat zum Letzten Zuflucht genommen, was sie tun konnte — zur Armee, die nun alleine bestimmen will, was passiert.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.	3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.
4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.	7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.
2800 Bremen (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.	2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.
4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.	5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.
4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.	6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.
4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.	8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.
4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.	4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.
6000 Frankfurt 1, Parteibüro der KPD, Buckenheimer Anlage 1, Tel.: 0611 / 552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.	7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.
2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.	Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

IGM-Ortsverwaltung Bremen maßregelt linke Metaller

Betriebsräte bei Daimler sollen aus der IGM ausgeschlossen werden

BREMEN. — Sechs Betriebs- bzw. Ersatzbetriebsräte bei Daimler-Benz in Bremen sollen aus der IG Metall ausgeschlossen bzw. mit Funktionsverboten oder Rügen belegt werden. Der Grund: Sie treten für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsarbeit ein.

Die betroffenen Kollegen hatten im vergangenen Frühjahr bei Daimler auf der offiziellen IGM-Liste zum Betriebsrat kandidiert. Sie gehören einer Gruppe von oppositionellen Metallern an, die seit mehreren Jahren ein Informationsblatt für die Daimler-Belegschaft in Bremen herausgibt. Titel des Blattes: „IGM-Kollegen von Daimler informieren“. Die Kollegen kandidierten als Blockvorschl.

In Flugblättern machten sie der Belegschaft ihre Vorstellungen über eine bessere Betriebsratsarbeit bei Daimler sowie die Forderungen und Ziele bekannt, für die sie sich als Betriebsräte einsetzen wollten. Vier von den insgesamt sieben Kandidaten des Blockvorschlages konnten dann in den 29-köpfigen Betriebsrat einziehen. Bei weiteren zwei Kollegen reichte die Stimmenzahl immerhin noch zur Wahl als Ersatzbetriebsrat.

Gleich nach der Wahl zettel-

te der IGM-Bevollmächtigte von Bremen, Arno Weinkauf, gegen die rührige Metallerguppe ein sogenanntes Untersuchungsverfahren wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ an. Weinkauf und Konsorten ging es darum, der Linken in der IGM Bremens, die immer mehr an Einfluß gewinnt, einen exemplarischen Schlag zu versetzen. Bereits die Einleitung des Verfahrens löste jedoch unter den Gewerkschaftern in Bremen mehr Unruhe und Protest aus, als Weinkauf ohnedies befürchtet hatte.

Die Vorwürfe, mit denen Weinkauf und Konsorten die oppositionellen Daimler-Arbeiter der „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ überführen möchten, werfen ein bezeichnendes Licht auf das „Demokratieverständnis“ dieser Bonzen:

Als „gewerkschaftsschädigend“ wird der Gruppe angekreidet, daß sie bei der Wahl für ihren Wahlblock geworben und

die Belegschaft über ihre Forderungen und Vorstellungen informiert hat. Weitere „Verbrechen“ der oppositionellen Metaller bestehen in der Herausgabe ihres Informationsblattes und darin, daß Kontakte zu „gewerkschaftsfeindlichen Gruppen“ unterhalten worden seien (wobei hauptsächlich die bekannte „plakat-Gruppe“ bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim gemeint ist, deren Betriebsräte ebenfalls sämtlich aus der IG Metall ausgeschlossen worden sind).

Es dürfte sich wohl erübrigen, über die Qualität derartiger Vorwürfe einen großen Kommentar abzugeben. Beschränken wir uns auf die Feststellung, daß dies insofern eine neue Stufe des Losknüppels auf aktive linke Gewerkschafter darstellt, als diesen Kollegen weder die Bildung einer eigenen Betriebsrats-Liste noch die Zugehörigkeit zu einer „extremistischen“ unter die Unvereinbarkeit fallenden Organisation vorgeworfen wird. Im Grunde wirft Weinkauf ihnen einzig und allein ihre Aktivität als fortschrittliche Gewerkschafter vor.

Inzwischen hat die von Weinkauf und Konsorten eingesetzte Untersuchungskommission folgenden Beschluß gefaßt, der von der Ortsverwaltung bereits bestätigt wurde und jetzt nur noch der Bestätigung durch den geschäftsführenden Hauptvorstand bedarf:

Die Betriebsräte Jürgen Drieling und Claus Wessels werden aus der IG Metall ausgeschlossen. Die Betriebsräte Hella Fischer und H.D. Hillmann erhalten ein einjähriges Funktionsverbot. Die Ersatzbetriebsräte Günter Grosse und Detlef Renardy bekommen eine Rüge. Der Kollege Ibrahim Akbal wurde freigesprochen.

In der IG Metall Bremens haben diese Maßregelungen einen breiten Protest ausgelöst. Tausende von Unterschriften wurden gegen das Ausschlußverfahren gesammelt. Auf der Vollversammlung der Bremer IGM-Vertrauensleute am 24. November prangerten eine ganze Reihe von Rednern die Maßregelungen an und forderten ihre Zurücknahme. Aus verschiedenen Betrieben, so der Klöckner-Hütte, der Vulkan-Werft u.a. kamen Solidaritätserklärungen. Der IGM-Vertrauens-

körper der Klöckner-Hütte schickte sogar eine Protestresolution an den geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall (wir haben sie nebenstehend im Wortlaut abgedruckt).

Auch die Genossen unserer Partei riefen in der „Betriebszeitung der KPD für Daimler Bremen“ zur Solidarität mit den gemäßregelten Metallern auf: „Jetzt gilt es, den betroffenen Kollegen den Rücken zu stärken und gemeinsam dieses Schandurteil rückgängig zu machen. Die Ortsverwaltung und der Hauptvorstand der IGM müssen aus allen Betrieben mit Protestresolutionen bombardiert werden.“

„Wir hoffen auf die Hilfe der deutschen Gewerkschaften“

Arbeiter der Lenin-Werft appellieren an den DGB

Absage der DGB-Zentrale: keine Solidaritätsdemonstrationen
BREMEN. — Eine Delegation von Arbeitern der Lenin-Werft in Gdansk, die sich während der Machtübernahme in Polen durch das Militär in der BRD aufhielt, richtete an den DGB einen eindringlichen Solidaritätsappell. In der Düsseldorfer DGB-Zentrale jedoch scheint man nichts von konsequenter Solidarität mit den polnischen Arbeitern zu halten.

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch das Militär in Polen hielt sich auf Einladung der Arbeiterkammer Bremen eine Delegation von Arbeitern der Lenin-Werft in Gdansk und Gewerkschaftern des dortigen Regionalrates der Solidarność auf. Diese Delegation richtete nach dem Staatsstreich den dringlichen Aufruf an den DGB und die deutschen Arbeiter, aktive Solidarität mit den polnischen Arbeitern und ihrer Gewerkschaft Solidarność zu üben.

Die Sowjetunion müsse — so heißt es in dem Aufruf — durch die internationale Arbeiterbewegung vor einer Intervention in Polen gewarnt werden. Auf das Militärregime müsse Druck ausgeübt werden, um die Freilassung der verhafteten Gewerkschafter zu erreichen. Die deutschen Kollegen werden dringend aufgerufen, „öffentliche gewerkschaftliche Solidaritätsbekundungen und Demonstrationen“ durchzuführen.

Wörtlich heißt es in dem Appell: „Wir hoffen auf die Hilfe der deutschen Gewerkschaften.“

(...) Auf die internationale Unterstützung der Arbeiter aller Länder (...). Wir, die wir hier sind, haben starke Hoffnungen auf eure gewerkschaftliche Solidarität und bitten Euch, sie öffentlich kundzutun.“

Der Aufruf wurde von den polnischen Kollegen dem Hauptvorstand der IG Metall übermittelt. Auch viele deutsche Kollegen fordern und erwarten, daß die DGB-Gewerkschaften endlich Solidaritätsaktionen durchführen, um den polnischen Arbeitern und ihrer Gewerkschaft Solidarność in dieser schweren Lage zu helfen.

Die einzige Reaktion der Führungsgremien der DGB-Gewerkschaften auf diese Forderungen, die uns bis zur Stunde bekannt wurde, ist jedoch negativ. Und zwar erklärte der Leiter der Auslandsabteilung beim DGB-Bundesvorstand, Erwin Kristoffersen, man müsse sich gerade in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen vor „Aufgeregtheiten“ hüten. Eine solche „Aufgeregtheit“ sei zum Beispiel

fordert wird, sie sollten Druck ausüben, um beizutragen, daß die gewerkschaftlichen und politischen Rechte in Polen wiederhergestellt werden. Die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Gelsenkirchen der GEW, die am 16. Dezember tagte, übernahm diesen Beschluß, fügte jedoch folgenden wichtigen Zusatz hinzu:

„Wir fordern den GEW-Landesvorstand auf, gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften massenwirksame Solidaritätsaktionen für die inhaftierten Gewerkschafter und für die Freiheit der polnischen Gewerkschaft durchzuführen.“

auch die Forderung, der DGB solle zu Solidaritätsdemonstrationen aufrufen.

Offensichtlich handelt es sich bei der so oft strapazierten Solidarität der DGB-Führung mit der polnischen Arbeiterklasse nur um Lippenbekenntnisse. Ob dies wohl unter anderem damit zusammenhängt, daß die DGB-eigene Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) in den „realen Sozialismus“ der polnischen Bonzen 800 Millionen Mark an Krediten investiert hat? Die BfG ist damit der unter den bundesdeutschen Banken größte Gläubiger Polens (Dresdner Bank: 400 Millionen; Deutsche Bank 500 Millionen und Commerzbank 600 Millionen).

Wie dem auch sei. Die klassenbewußten Gewerkschafter müssen im DGB jetzt massiv Dampf machen, damit die „Bedanken“ der DGB-Führer beiseitegeschoben und machtvoll gewerkschaftliche Aktionen zur Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse organisiert werden.

Brief des Vertrauenskörpers der IG Metall der Klöckner-Hütte an den IGM-Vorstand

An den Vorstand der IG Metall

In dem Verfahren gegen die Kollegen Drieling, Wessels, Fischer, Hillmann, Grosse, Renardy und Akbal hat die Untersuchungskommission verschiedene Strafen beschlossen.

Das Verfahren gegen die sieben Kollegen von Daimler stößt auf starken Widerstand in der IG Metall. Das hat zuletzt die Versammlung der Bremer IGM-Vertrauensleute am 24. 11. gezeigt.

In dem Verfahren gegen die Daimler-Kollegen habt laut Satzung ihr das letzte Wort. Wir erwarten, daß ihr von jeglicher Bestrafung der Kollegen abseht.



Von links nach rechts: Gunter Grosse, Detlef Renardy, Jürgen Drieling, Dieter Hillmann, Ibrahim Akbal, Calus Wessels, Hella Fischer

DGB-Friedensaufruf

Die Pleite des Jahres

Bis Ende November sollte — so war es vorgesehen — die Unterschriftensammlung für den DGB-Friedensaufruf beendet werden. Als Zielmarke hatte der Bundesvorstand eine Mindestzahl von zwei Millionen vorgelegt. Und dieser Tage hätte eigentlich als Schlußpunkt und Krönung der Kampagne eine Großkundgebung stattfinden sollen, auf der sich die Vetter, Loderer, Kluncker und Co. vermutlich als Führer der „größten und einzig wahren Friedensbewegung“ darzustellen beabsichtigt hatten.

Aus der Großkundgebung wird wohl nichts. Ganze 500 000 Unterschriften

sind nach Auskunft des IGM-Vorsitzenden Loderer bis Ende November zusammengekommen. Auch wenn es inzwischen noch einige Zehntausend mehr geworden sein sollten, so ändert das nichts an der totalen Pleite, die dieses Ergebnis — gemessen an dem von der DGB-Führung erhobenen Anspruch — darstellt.

Jedoch kann man diese Pleite kaum bedauern. Im Gegenteil. Denn das von den rechten DGB-Führern mit dieser Kampagne anvisierte Ziel sollte ja mitnichten eine Stärkung der Friedensbewegung und eine machtvolle Unterstützung der Forderung nach dem Verzicht auf die Stationie-

rung neuer Atomraketen sein. Die DGB-Führung wollte stattdessen — und das ist auch die Stoßrichtung des Aufrufs, trotz aller demagogischen Sprüche von Frieden und Abrüstung — einen Keil zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften treiben. Sie wollte den Bonner Raketenpolitikern und ihren Freunden in Washington Rückendeckung verschaffen.

Nun sollen die Vetter, Loderer und Konsorten uns bloß nicht kommen und behaupten, das jämmerliche Ergebnis der Unterschriftensammlung beweise, daß es um das Friedensengagement der Gewerkschafter schlecht bestellt

sei. Das trifft gewiß auf sie selbst, die Bonzen zu, nicht aber auf die Mehrheit der aktiven Gewerkschafter, von denen Zehntausende trotz der Behinderungsversuche der DGB-Führer in Bonn demonstriert haben. Und es ist auch keineswegs so, daß etwa die breite Masse der DGB-Mitglieder sich keine Sorgen über die wachsende Kriegsgefahr und das von beiden Supermächten angeheizte Wettrüsten machen würde.

Die DGB-Führung hatte sich bereits vor der Veröffentlichung ihres Aufrufes gründlich unglaublich gemacht: durch ihre plumpen Angriffe auf die Friedensbewegung, die man als moskagesteuert zu verteufeln suchte, durch ihre offensichtliche Sympathie für die Bonner Raketenpolitikern und NATO-

Militaristen, durch ihre Versuche, das Engagement der Gewerkschafter für den Friedenskampf administrativ zu unterdrücken. Nicht zuletzt natürlich durch das skandalöse Teilnahmeverbot bezüglich der Bonner Demonstration.

Trotz alledem hätten wir Kommunisten uns für den DGB-Friedensaufruf eingesetzt, hätte er wenigstens einige Ansatzpunkte dazu geboten, den Gewerkschaften die Verteidigung des Friedens gegen die Kriegstreiber und Rüstungsgewinnler als Kampfaufgabe zu stellen. Man konnte dem Aufruf solche Ansätze jedoch beim besten Willen nicht zubilligen.

Nach wie vor aber werden wir konsequent dafür eintreten, daß die DGB-Gewerkschaften den ihnen gebührenden Platz an der

Seite, ja im Zentrum der Friedensbewegung einnehmen. Denn anders wird es nicht möglich sein, in der BRD und Westberlin politische Schritte zu erzwingen, die sich gegen den Rüstungswahnsinn, gegen die Politik der beiden Militärblöcke zur Verschärfung der Kriegsgefahr richtet, und damit den Frieden sicherer macht.

Der DGB muß endlich geschlossen gegen den NATO-Raketenbeschluß vorgehen. Darüber hinaus aber verlangt die Rolle des DGB als Rückgrat der Friedensbewegung eine gründliche Umorientierung. Die Gewerkschaften müssen der Theorie der Abschreckung eine eindeutige Absage erteilen. Der DGB muß eintreten für den NATO-Austritt und für eine Neutralitätserklärung der BRD.

1981: Sieben neue Betriebszeitungen der Partei

Sie sind zur Zeit nicht stürmisch, die Fortschritte der Arbeit unserer Partei in den Betrieben. Aber es geht doch beharrlich vorwärts. An den guten Ergebnissen, die wir bei den Betriebsratswahlen im vergangenen Frühjahr erzielen konnten, wurde das auch nach außen hin sichtbar. Ein wichtiges Mittel der Partei in den Betrieben sind ihre kommunistischen Betriebszeitungen. In dem nunmehr hinter uns liegenden Jahr 1981 sind sieben neue Betriebszeitungen der KPD erschienen. Im folgenden seien sie noch einmal kurz vorgestellt.

„Betriebszeitung der KPD bei Daimler Bremen“

Im April erschien bei Daimler in Bremen zum ersten Mal die „Betriebszeitung der KPD bei Daimler Bremen“; (ob die Genossen sich wohl nicht auf einen echten Namen für die Zeitung einigen konnten?). Bei Daimler in Bremen sind rund 6000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Produziert wird hier neben dem Mercedes-Kombi auch ein Kleintransporter. Zur Zeit hat die Belegschaft unter Umsetzungen zu leiden. Beispielsweise sollen 100 Arbeiter an das Daimler-Benz-Werk in Sindelfingen bei Stuttgart „ausgeliehen“ werden. Gesprächsthema sind zur Zeit im Betrieb auch die Gewerkschaftsausschlüsse und andere Maßregelungen, mit denen die Ortsverwaltung Bremen der IG Metall oppositionelle Metaller im Betriebsrat mundtot zu machen versucht.

„klartext“

Der „klartext“ wird von der Betriebszelle der KPD bei Berthold in Westberlin herausgegeben. Er erschien erstmalig im Mai. Bei Berthold arbeiten 840 Menschen. Hergestellt werden hier Fotosatzmaschinen und Reproduktionskameras. Verschärfte Rationalisierung und Kurzarbeit, die schon seit einem halben Jahr läuft, kennzeichnen die Lage im Betrieb. Die Berthold-Bosse möchten jeden zehnten Arbeitsplatz einsparen.

„Heißes Eisen“

Seit August geben unsere Genossen im Stahlbetrieb Peine, der zum bundeseigenen Salzgit-

terkonzern gehört, das „Heiße Eisen“ heraus. 4200 Stahlwerker sind hier beschäftigt. Auch in Peine führen die Stahl-Bosse einen rücksichtslosen Rationalisierungsfeldzug durch. In den kommenden Jahren sollen hier 1200 Arbeitsplätze vernichtet werden. Es wird sogar befürchtet, daß Salzgitter auf lange Sicht in Peine alles dichtmachen will, was für die Stadt katastrophale Konsequenzen hätte.

„Vor Ort“

„Vor Ort“ ist die Betriebszeitung der KPD für den Dortmunder Steinkohlenbergbau. Die erste Ausgabe erschien im August. In Dortmund existieren heute noch die Schachtanlagen Gneisenau, Minister Stein und Minister Achenbach. Sie gehören zur Bergbau-AG Westfalen, die insgesamt 40000 Beschäftigte hat, davon etwa die Hälfte Untertage-Arbeiter. Die BAG Westfalen ist ihrerseits Teil der Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG. Erst vor gut einem Jahr, am 28. November, wurde auf der Dortmunder Zeche Hansa die „letzte Schicht“ gefahren. Und jetzt ist auch schon Minister Stein ins Gerede gekommen. Die Dezemberausgabe von „Vor Ort“ befaßt sich ausführlich mit den befürchteten Stilllegungsplänen und fordert: „Die Arbeitsplätze bei Minister Stein müssen erhalten werden! Keine Zustimmung des Betriebsrates zu Stilllegungsplänen!“

„Kassensturz“

Im September erschien in Stuttgart zum ersten Mal der „Kassensturz“, Betriebszeitung der KPD für den Stuttgarter Einzelhandel. Der „Kassensturz“ wird hauptsächlich bei Hertie,

Kaufhof und Horten verbreitet. Die Situation der Verkäuferinnen und Verkäufer verschlechtert sich gegenwärtig durch die Wirtschaftskrise noch mehr. Die Kaufhauskapitalisten haben angekündigt, daß sie in den kommenden Monaten 7 Prozent des Personals wegrationalisieren wollen. Das heißt, daß sich für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten können, die Arbeitsbedingungen, vor allem die Arbeitshetze, weiter verschlimmern. Und das bei den extrem niedrigen Löhnen und den ungünstigen Arbeitszeiten im Einzelhandel!

„Aufwind“

Im September erschien im Hamburger Werk von MBB (Messerschmidt-Bölkow-Blohm) zum ersten Mal der „Aufwind“, Betriebszeitung der KPD. In diesem Werk sind rund 7000 Menschen beschäftigt. Hier wird ausschließlich der Großraum-Jet Airbus hergestellt. Zur Zeit herrscht vor allem unter den Angestellten Unruhe, denn im kommenden Jahr beginnt im Angestelltenbereich ein Rationalisierungsfeldzug, dem 300 Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen.

„Zündstoff“

Die erste Nummer des „Zündstoffs“, Betriebszeitung der KPD für KKK Frankenthal, erschien im November. Frankenthal ist eine Stadt in der Nähe von Ludwigshafen. Bei KKK Frankenthal (KKK = Kühnle, Kopp und Kausch) ist ein Metallbetrieb mit ca. 1500 Beschäftigten. Hergestellt werden hier Turbinen, Gebläse, Turbogebälde und Turbolader. In der ersten Ausgabe des „Zündstoffs“ schreiben die Genossen u. a.: „Auch bei uns im Betrieb hält die Rationalisierung Einzug, bekommen wir die typischen Erscheinungen zu spüren. Bei den Angestellten gibt es zum Beispiel in jeder Abteilung einen Beauftragten, der in Zusammenarbeit mit Rationalisierungsfachleuten die Abteilung durchchecken soll“.



Süßer die Kassen nie klingeln...

Verkäufer im Weihnachtsgeschäft

Arbeiterkorrespondenz aus Stuttgart

Du bist eine Woche vor Weihnachten so kaputt, daß du sofort Weihnachten bräuchtest. Nicht wegen des Eiapopeia, sondern weil es dann vorbei ist, das Weihnachtsgeschäft. Die Schwindelanfälle, die Kopfschmerzen, die von Kreislaufstörungen herkommen, häufen sich. Die Nervosität nimmt zu. Den langen Samstag übersteht du nur mit Sekt am Nachmittag, den man als Kreislauf- und Beruhigungsmittel nimmt.

„Umsatz“, „Lösung muß erreicht werden“ — das ist die Parole. Der Umsatz sinkt dieses Jahr, bleibt unter dem des Vorjahres. Deshalb kommen aber nicht weniger Kunden. Die suchen sich die Geschenke nur viel kritischer aus, kaufen nicht mehr jeden Ramsch, müssen auf ihren Geldbeutel achten, fragen mehr.

Wer soll sie beraten, wenn in vielen Abteilungen gerade noch die Kassen besetzt sind, weil die Handelsunternehmen wie blödsinnig Personal abgebaut haben?

Die Kunden kommen zur Kasse, fragen da, reden dir ins Kassieren dazwischen. Verdammte, hast du jetzt richtig rausgegeben, während du gleichzeitig kassiert und Auskunft gegeben hast?

Wenn dann abends bei der Abrechnung mal wieder Geld fehlt, heißt das, daß manche Kassiererin eine Nacht nicht schläft aus Angst davor, ob sie vorreiten muß, unter Umständen gar des Diebstahls bezichtigt wird (alles schon da gewesen).

Du wirst immer nervöser, du hast schon 600 Kunden kassiert, das „Piep-piep“ der Elektronik-

kasse nervt dich, die Kunden nerven dich, dein Abteilungsleiter nervt dich, weil er alle zwei Stunden kommt, einen Abschlag macht und immer mehr brummelt, weil der Umsatz nicht stimmt.

Schön, wenn dann noch so ein Lackaffe im Pelzmantel kommt, an dir rumnörgelt, weils ihm zu langsam geht, und schließlich droht, zur Geschäftsleitung zu gehen und sich zu beschweren. Da ist schon manche Verkäuferin in Tränen ausgebrochen.

Besonders schön, wenn dann der Geschäftsführer gnädig lächelnd durch die Hallen wandelt (gehen kann man da schon nicht mehr sagen) und du ihm genau ansieht in seinem rosig blühenden Dressmangensicht, daß der bestimmt nicht gestreift ist, der aber alles sieht, was nicht vorschriftsmäßig ist, ob die Ware nicht aufgeräumt ist (wer soll sie denn aufräumen?), ob der Kunde, den du gerade bedienst, wieder weggeht, ohne was zu kaufen.

Das alles machst du mit für 1875 Mark brutto im Monat als Fachkraft im achten Berufsjahr, das sind dann so ca. 1200 Mark netto. Im Weihnachtsgeschäft machst du dann jeden Samstag noch 3,5 Überstunden. Wenn dein Rolltag auf Samstag

fällt, mußt du trotzdem kommen, dann hast du 8,5 Überstunden. In Geld auszahlen lassen lohnt sich nicht, das holt die Steuer. Also läßt du dir Gutstunden schreiben. Wann du sie nehmen sollst, weißt du selber nicht.

Abends um sechs am langen Samstag sind noch immer viele Kunden im Laden. Die wissen meistens gar nicht, daß schon Schluß ist. Zuende bedienen mußt du. So steht im Tarifvertrag. Zehn Minuten über die Zeit mußt du kostenlos arbeiten, erst dann beginnt die Überstunde. Kaum einer traut sich aber, sich den Ausgleich für diese Überstunde zu holen, viele wissen es auch gar nicht, daß sie einen Anspruch darauf haben.

Oft wird auch bewußt keine Jour an die Eingänge gestellt zum Feierabend, so daß selbst nach Geschäftsschluß noch Kunden ins Haus kommen können. Es kommt nicht selten vor, daß freigestellte Betriebsräte sich an die Eingänge stellen, um die Aufgabe der Jour zu übernehmen, sonst würden die Leute noch um sieben Uhr reingelassen werden.

Und dieses Jahr, besonders schön, das arme Kind in der Krippe. Da wollen die Handelsherren doch dafür sorgen, daß man so richtig mitfühlen kann mit der armen heiligen Familie. Bei Kaufhof und Horten ist im Gespräch, das 13. Monatsgehalt, das nur zu einem geringen Teil (15 Prozent) tariflich abge-

sichert ist, auf dem Stand von 1980 einzufrieren! Bei Hertie wurden nur 60 Prozent des Weihnachtsgeldes ausbezahlt! Begründung: Der Rest käme mit dem Jubiläumsgeld (100 Jahre Hertie) im nächsten Frühjahr, weils dann steuerlich günstiger sei für die lieben Mitarbeiter.

Seit wann kaufen die Hertie-Beschäftigten denn ihre Weihnachtsgeschenke im Februar? Bereits sicher ist, daß der Personalrabatt bei Hertie von 15 auf 10 Prozent gekürzt wird, und der Gesamtbetriebsrat hat dem zugestimmt! Angeblich, um Schlimmeres zu verhüten, aber die Erfahrung ist doch, gibt man denen den kleinen Finger, und sie fressen dich auf.

In wenigen Zeilen

Duden-Verlag

Einigung nach fünfeinhalb Wochen Streik

Mannheim. — Nach fünfeinhalb Wochen Streik von 120 Beschäftigten des Duden-Verlages (Bibliographisches Institut) in Mannheim stimmten die Verlagsherren einem Haustarifvertrag zu, der den Beschäftigten höhere Gehälter sichert.

Der Tarifvertrag sieht rückwirkend ab 1. April dieses Jahres Gehaltserhöhungen um 5,3 Prozent und ab 1. Januar 1982 um sechs Prozent vor. Um weitere 1,5 Prozent sollen die Einkommen ab Januar 1983 erhöht werden. Entscheidende Verbesserungen sind jedoch die Höhergruppierungen von ca. 140 Beschäftigten.

Eine volle Durchsetzung der angestrebten branchenüblichen Bezahlung ist durch den Tarifvertrag allerdings noch nicht erreicht worden. Das ausgehan-

delte Ergebnis wurde am Dienstag letzter Woche in einer Urabstimmung mit 78,8 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Der Ausgang des Streiks dürfte Signalwirkung für mindestens fünf weitere größere Verlagsunternehmen in Baden-Württemberg haben, in denen die HBV-Gewerkschaft ebenfalls Haustarifverträge abschließen will.

5 Prozent Lohnkürzung? Dortmunder Putzfrauen empört über Sparbeschlüsse

DORTMUND. — Im Rahmen der Sparbeschlüsse soll die Pauschalbesteuerung der Löhne für Beschäftigte, die maximal 390 Mark monatlich verdienen und damit unter die Sozialversicherungsfreigrenze fallen, um 5 Prozent von bisher 10 auf nunmehr 15 Prozent angehoben werden. Da die Unternehmer diese Erhöhung voll auf die Löhne abwälzen wollen, droht

den Betroffenen (vor allem weiblichen) Beschäftigten nun eine Lohnsenkung um 5 Prozent!

Dortmunder Putzfrauen haben bei einer Veranstaltung der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden voller Empörung gegen diese Schweinerei protestiert: „Wollen die Politiker bewußt die Schwächsten unter den Lohnabhängigen schröpfen?“, so fragten Kolleginnen.

Kritisiert wurde auf der Versammlung ferner, daß die Regierung ihr bereits gegebenes Versprechen, die 390-DM-Sozialversicherungsfreigrenze abzuschaffen, jetzt gebrochen und diese unsoziale Regelung bis 1984 festgeschrieben hat.

TV-Kontrolle vom Arbeitsgericht verboten Kaufhaus-Chef ließ Personal überwachen VILLINGEN-SCHWENNINGEN. — Als in einem Kaufhaus

in Villingen-Schwenningen Kameras in der Decke eingebaut wurden, hielt man das Personal in dem Glauben, dies seien lediglich Attrappen, die zur Abschreckung von Ladendieben dienen sollten. In Wahrheit handelte es sich um echte Kameras. Die „Kommandozone“ der TV-Anlage befand sich im Zimmer des Chefs und dieser benutzte sie weniger, um eventuelle „Langfinger“ über die Monitoren zu beobachten, als vielmehr das eigene Personal.

All dies stellte sich einige Wochen nach dem Einbau der Anlage heraus. Es kam zu einer Arbeitsgerichtsverhandlung. Das Gericht entschied, daß die Anlage sofort ausgeschaltet werden müsse.

Auch in vielen anderen Kaufhäusern und Supermärkten gibt es derartige Anlagen, die auch zur Überwachung des Personals geeignet sind.

Denn hat es schon in diesem Jahr außer schönen Worten für die Behinderten nichts gegeben, so liegen für das kommende Jahr bereits Pläne bereit, die ihre Situation noch drastisch verschlechtern soll.

Sparen heißt die Devise der Stunde, sparen bei denen, die ohnehin schon zu wenig haben. Und besonders hart geht man da zur Sache, wo man annimmt, daß die Betroffenen sich selber am wenigsten wehren können und daß sie am wenigsten öffentliche Solidarität erfahren. Dazu rechnet man selbstverständlich die Behinderten.

100 Millionen Mark etwa will die Bundesanstalt für Arbeit einsparen. In den Werkstätten für Behinderte (WFB) soll die sogenannte Trainingsstufe für die Ausbildung von bisher zwei Jahren auf ein Jahr verkürzt werden. Das ist ein Tiefschlag mit weitreichenden negativen Folgen für die Arbeitsmöglichkeiten und die gesamte sogenannte Integration der Behinderten. Es entspricht der Logik eines auf der Ausbeutung beruhenden Systems, in Zeiten der Krise und Massenarbeitslosigkeit so mit Menschen umzugehen, die die meisten Unternehmen sowieso nicht gern beschäftigen.

50 % mehr Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit unter den offiziell registrierten Schwerbehinderten ist 1981 um über 20.000 auf etwa 94.000 gestiegen. Für 1982 erwarten die zuständigen Behörden nach eigenen Angaben einen weiteren Anstieg um etwa 50 Prozent auf 140.000.

Nach Angaben der Bundesregierung vom August dieses Jahres erfüllten nur knapp ein Fünftel der „beschäftigungspflichtigen“ Unternehmen ihre Pflicht, mindestens 6 Prozent Schwerbehinderte einzustellen. Und was die sogenannten „Öffentlichen Arbeitgeber“ betrifft, so kommen auch nur drei der zehn Bundesländer sowie Westberlin der gesetzlichen Verpflichtung nach (Bremen, Rheinland-Pfalz, NRW).

Die überwältigende Mehrheit der „beschäftigungspflichtigen“ Betriebe kauft sich mit 100 Mark pro Monat und Arbeitsplatz von der lästigen Pflicht frei. Daran dürfte auch eine Erhöhung des Freikaufbetrags auf 200 Mark, wie sie unter anderem von Buschfort vorgeschlagen wird, nichts ändern. Sofern diese Maßnahme überhaupt zustande kommt.

Trotz aller Beteuerungen, daß dies nicht so sein dürfe, geht es bei der Frage der Investitionen in Behindertenarbeit nicht um Sicherung der Menschenwürde oder ähnliches, sondern es gilt das Kosten-Nutzen-Prinzip. Und deshalb interessiert ja auch in erster Linie die Frage der Arbeitsfähigkeit und Ausbeutbarkeit.

So ist es nur natürlich, daß es in allen anderen Bereichen der Behindertenförderung ebenfalls zu einschneidenden Kürzungen bzw. Streichungen kommen soll.

AKW — Behindertengerecht

Wer sagt, daß die Industrie kein Herz für Behinderte hat? Und ob sie hat. Und natürlich hat der fortschrittlichste Industriezweig unserer Tage, dessen einziger Sinn sowieso darin besteht, uns allen das Leben lebenswerter zu machen, und der uns die Lichter nicht ausgehen läßt, — die Atomindustrie — besonders viel Herz. Zum Durchbruch gekommen ist das jetzt beim AKW in Winfrith bei Dorchester. Denn dieses, so berichtet der „Informationsspiegel“ der Stiftung Rehabilitation, wurde gleich behindertengerecht gebaut. Und seit September dieses Jahres finden dort Führungen statt, an denen Behinderte teilnehmen können. Für Rollstuhlfahrer stehen besondere Parkplätze zur Verfügung.

Was brachte das „Jahr der Behinderten“?

1981, das „Jahr der Behinderten“, geht zu Ende. Ein voller Erfolg. Oder nicht? Na, klar. „Die Sprachlosigkeit wurde überwunden“, befand Staatssekretär Buschfort, Bundesbeauftragter für Behinderte. „Die Situation der Behinderten war noch nie so gut wie

Mittelkürzungen überall

Da bietet sich die Sozialhilfe an. Und richtig: Der Bundesrat leistete seinen Beitrag zum Jahr der Behinderten mit dem Vorschlag, die Bestimmungen des Paragraphen 43 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) einzuschränken. Die Folge: Frühbehandlung und Frühförderung behinderter Kinder sowie ihre Unterbringung in Heimen, Kindergärten, Tagesstätten oder

tungen, Streichungen bei Erholungsmaßnahmen, Streichungen oder Mittelkürzungen beim Nahverkehr, bei den öffentlichen Fahrdiensten. Und so weiter.

Isolation statt Integration

Die Behinderten werden also absolut nicht „integriert“. Fast alle Maßnahmen, die im „Jahr der Behinderten“ getroffen oder für die Zukunft planmäßig fest-

heute! Sprach Friedhelm Farthmann, Sozial- und Gesundheitsminister in NRW, SPD-Politiker.

Dabei kann es einem schon die Sprache verschlagen, wenn man diese Worte mit der bundesdeutschen Wirklichkeit am Ende dieses Jahres vergleicht.

kann, wer nicht voll leistungsfähig ist, der zählt nichts — diesen Grundsatz bekommt man in dieser Gesellschaft von Kindesbeinen an eingeimpft, nicht nur in der Schule, sondern durch den Mechanismus der Arbeitswelt selbst. An der Aufrechterhaltung dieser Ideologie haben die Herrschenden ein lebendiges Interesse.

Deshalb darf man sich nicht auf Appelle für ein besseres Verständnis beschränken. Für die Rechte auch der Behinderten muß man kämpfen.

Auch im Betrieb.

Zigtausend Schwerbehinderte durch Arbeitsunfälle

Und im Betrieb, das wird bei der Behandlung dieses Themas oft vergessen, geht es nicht allein darum, daß behinderte Kollegen Arbeit finden, daß die Arbeitsplätze nach ihren Bedürfnissen ausgerüstet werden müssen, daß ihre betrieblichen Vertretungsrechte und ihre tatsächliche betriebliche Vertretung verbessert werden. Im Betrieb werden Zehntausende Schwerbehinderter hervorgebracht, als Opfer der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse usw.

40.000 bis 60.000 Kinder werden in diesem Land jährlich mit körperlichen oder psychischen Schäden geboren. Nach zusammengetragenen offiziellen Angaben; es dürften mehr sein, denn eine brauchbare, verlässliche Statistik gibt es gar nicht. 60.000 Kinder, die auf ihrem Weg durchs Leben dagegen ankämpfen haben, als Menschen bestenfalls dritter Klasse eingestuft und behandelt zu werden.

Als Ergebnis von über zwei Millionen Arbeitsunfällen, Wegeunfällen und Berufserkrankungen aber bleiben jährlich etwa 80.000 Beschäftigte als Schwerbehinderte zurück.

Und auch sie stellen einen großen Teil derer, denen die Kapitalisten dann einen Arbeitsplatz verweigern. Sie sind mit ihrem Unfall weitgehend abgeschieden und fallen der „Sozialfürsorge“ anheim. (Die ja bekanntlich generell auch gekürzt werden soll.)

Mißbrauch der Sozialleistungen?

Die Zahl der behinderten Menschen in der Bundesrepublik steigt. Und dieser Staat würde sich selbst untreu werden, wenn seinen Vertretern und Anbetern nicht etwas einfallen würde, um diese Tatsache zu vertuschen oder zumindest den Einblick in ihre Ursachen zu verschleiern.

Gerade im jetzt fast verstrichenen „Jahr der Behinderten“ wurde immer wieder die Behauptung durch die Presse geschleust, es fände ein steigender „Mißbrauch“ bei der „Ausnutzung“ des Schwerbehindertengesetzes statt.

„Das große Geschäft mit dem Schwerbehindertenausweis.“ — Immer mehr Gesunde sahen damit kräftig ab“, so lautete beispielsweise eine Schlagzeile

sen war.

Viele Behinderte griffen von Anfang an die Scheinheiligkeit dieses „Jahres“ an. Zu Recht. Wenn sich dieser Tage der Ministerialdirigent im Bundesarbeitsministerium, Pankraz Breu, zu den beschwörenden Worten veranlaßt sah: „Bitte verurteilen Sie das Jahr der Behinderten nicht!“, zeigt das nur, daß sich diese Herren in Bonn durchaus getroffen sehen.

Bundesweites Aufsehen erregten die Aktionen von Behindertengruppen zu offiziellen Jubelfeiern. Besonders spektakulär: die Hiebe, die Franz Christof auf der „Reha 81“ im Juni dem Alt-Nazi und Bundespräsidenten Carstens mit seiner Krücke versetzte. Die Politiker und „Behindertenfunktionäre“ drehten fast durch. Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Buschfort, ließ noch auf der „Reha 81“ eine Schimpfkanonade gegen die Behinderten los, die sich unter der Schirmherrschaft eines Karl Carstens nicht geborgen und von den offiziellen Schönrednern nicht vertreten fühlen wollten.

Am 12. Dezember organisierten diese unerwünschten Behinderten in Dortmund ein „Krüppel-Tribunal“, auf dem sie die Politik der Regierung, ihre Lebenssituation und das verlogene „Jahr der Behinderten“ anprangerten. Sie bekamen zur Durchführung dieser begrüßenswerten Veranstaltung keinen Pfennig aus dem offiziellen Topf. Ihnen machte sogar noch die sozialdemokratisch regierte Stadt Dortmund Schwierigkeiten, überhaupt einen Raum zu finden. Und es war in Reaktion auf die Anklagen dieses Tribunals, daß Minister



Carstens kriegt eins mit der Krücke. Auf der „Refa 81“ störten Behinderte die verlogenen Feierlichkeiten der Politiker.

So sieht's also aus. Da haben wir die Schuldigen!

Diese Unverschämtheiten folgen einem beliebten und bewährten Strickmuster, das auch schon bei der Erklärung der steigenden Arbeitslosenzahlen zur Anwendung kam und die Notwendigkeit von Minderleistungen begründen sollte. Drückeberger hier wie da, die sich im großartigen sozialen Netz der Republik ausruhen, die wie Schmarotzer Blut und Geld der ehrbaren, aufrichtigen und arbeitsamen Bevölkerung aufsaugen. — Kapitalistenpropaganda.

Widerstand

1981 war aber auch ein Jahr, in dem sich die Behinderten selbst stärker als zuvor zu Wort meldeten. In dem sie für ihre Interessen aktiv wurden, selbständig, und ohne sich auf die ihnen amtlich zugewiesenen Organisationen zu beschränken. Und da wurde sehr schnell deutlich, daß das bei der Proklamierung des „Jahrs der Behinderten“ ganz und gar nicht beabsichtigt gewe-

Farthmann seine anfangs schon zitierten Worte sprach: „Die Situation der Behinderten war noch nie so gut wie heute!“ Und er fügte sinngemäß hinzu: „Ich bin nicht bereit, diese Leistungen durch zynische und inhumane Äußerungen diffamieren zu lassen!“

Zynisch und inhuman. Sind die Behinderten. Alles klar?

Farthmann ist nicht behindert. Und wer bei ihm zumindest eine gewisse moralische Verkrüppelung festzustellen meint, der bedenke, daß die mit Sicherheit nur daran liegt, daß es ihm ansonsten viel zu gut geht. Wie all den Ministern, die uns im Auftrag der Herrschenden im Nacken sitzen und dafür viel gutes Geld bekommen. Da, zum Beispiel, wäre noch eine Menge einzusparen.

Wenn es also um eine abschließende Beurteilung des „Jahrs der Behinderten“ geht, kann man sich nur dem kurzen Fazit des „Krüppel-Tribunals“ anschließen: Es war von Anfang bis Ende „ein Hohn“. Erfreulich ist einzig und allein, daß diese Verhöhnung solchen Widerstand hervorgerufen hat.

Neonazi: „Der ‚Spiegel‘ bot mir 20 000 Mark!“

Die wahren Hintergründe eines antikomunistischen Hetzartikels

20 000 DM hat ein Mitarbeiter der „Spiegel“-Redaktion einem Osnabrücker Neonazi geboten, um von ihm Angaben zu erhalten, aus denen sich eine Zusammenarbeit zwischen Faschisten und Kommunisten, speziell zwischen dem VSBD und dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) sowie der KPD konstruieren ließe.

Offenbar mit Erfolg. Der betreffende Faschist heißt Lutz Sommerlad; er ist Mitglied der VSBD, wohnhaft in Osnabrück, Obere Martinstraße 4.

Die Angaben dieses faschistischen Verbrechers — er hat unter anderem an einem Überfall auf Antifaschisten teilgenommen — dürften die Quelle eines Artikels sein, der im „Spiegel“ Nr. 51/1981 erschien („Reihen geschlossen“, S. 61 u. 63). Wir sind bereits im letzten „Roten Morgen“ kurz darauf eingegangen.

Der Artikel unterstellt eine direkte, auf Absprachen beruhende Zusammenarbeit des VSBD vor allem mit dem BWK, aber auch mit der KPD, die von gegenseitigem Parolenmalen für die jeweils andere Organisation über gemeinsame Prügeleien gegen die DKP bis zur Herstellung von Molotowcocktails und Rohrbomben reichen soll.

Kein Wort an dem Artikel ist wahr. Kein einziger Beweis wird erbracht. Es muß der „Spiegel“-Redaktion schon sehr wichtig gewesen sein, einen Angriff auf das Ansehen der kommunistischen Bewegung zu starten, daß

dieser Artikel — für den offensichtlich ein gewisser Herr Roth verantwortlich zeichnet — abgedruckt werden konnte. (Der verantwortliche Ressortleiter ist Hans-Werner Kilz.)

Nicht einmal die Parolen, die in dem Artikel zitiert werden, existieren an den Orten, die der „Spiegel“ angibt.

Es gibt und gab an der Industrie- und Handelskammer keine Parolen „Tod dem Faschismus — BWK“ und „Weg mit dem KPD-Verbot“. (Obwohl gegen die Parolen ja nun nichts einzuwenden wäre.) Die sollen VSBDler für den BWK gemalt haben.

Es gibt und gab an der Osnabrücker Universität keine Parole „Blut muß fließen, knüppel-hageldick, wir scheißen auf die Freiheit der Judenrepublik“. Mit diesem Spruch soll sich der BWK „revanchiert“ haben für die Dienste der Neonazis.

Und auch am Bahnhof von Rinteln findet man nicht die

Spur einer Parole „Juden raus“, die „Anhänger der KPD“ für die Faschisten gemalt haben sollen.

Die „Spiegel“-Leute sind nicht nur Lügner und Verleumder. Sie sind außerdem noch strohdumm.

Nun gibt es sicher Mauern irgendwo in der Bundesrepublik, wo Nazi-Parolen stehen, die den hier genannten zumindest sinngemäß entsprechen. Die Faschisten schmieren ja ungeniert, und mehr als einmal haben sich Stadtverwaltungen, von Genossen der KPD oder anderen Antifaschisten zur Entfernung dieser Provokationen aufgefordert, geweigert, irgendwas dagegen zu unternehmen.

Kein Wunder. Ähnliche Parolen werden ja von Zeit zu Zeit, besonders in Wahlkämpfen, mit staatlicher Finanzierung und unter staatlichem Schutz von legalen faschistischen Organisationen und Parteien wie DVU oder NPD sogar auf Plakatwän-

den zur Schau gestellt.

Aber hier zu unterstellen, diese Parolen seien ausgerechnet von Kommunisten gemalt worden, um den Neonazis zu helfen, das ist schon ein neuer Höhepunkt der Unverschämtheit, selbst bei dem streng antikomunistischen „Spiegel“.

Auch den dortigen Redakteuren ist bekannt, daß zum Beispiel unsere Partei schon immer konsequent gegen die Nazis auftrat. Was oft genug dazu geführt hat, daß unsere Genossen gerade deshalb vor Gericht gezerzt wurden und mit Hilfe einer Polizei und einer Justiz, die sich offensichtlich als Beschützer faschistischer Propagandaaktionen versteht, zu hohen Strafen verurteilt wurden.

Schon immer fordert unsere Partei das Verbot aller faschistischer Organisationen und die strenge Bestrafung faschistischer Propaganda. Eine Forderung, die zu erfüllen sich der westdeutsche Staat beharrlich weigert. Eine Forderung im übrigen, die man im „Spiegel“ vergeblich suchen wird.

Schon immer sind die Kommunisten die entschiedensten Gegner der Faschisten gewesen. Und auch den Herren Roth und

Kilz dürfte nicht unbekannt sein, daß eine der Parolen, die Mitglieder der VSBD bei ihren Auftritten mit sich führen und an Häuserwände schreiben, „Rotfront verrecke!“ lautet, eine Parole, die schon zum Sprachschatz der NSDAP gehörte.

Wir wissen nicht genau, wie sich die Beziehungen zwischen dem „Spiegel“ und Lutz Sommerlad weiter gestalteten bzw. gestalten. Wir wissen auch nicht, ob er seine 20 000 Mark erhalten hat; es wäre sehr leicht verdientes Geld, denn mehr als eine halbe Stunde hat er bestimmt nicht gebraucht, um sich seine Geschichte auszuendenken.

Lutz Sommerlad wird natürlich im „Spiegel“ gar nicht genannt. Seine Geschäftsbeziehungen zu dem Magazin wurden auch nur durch eine Unvorsichtigkeit seinerseits bekannt; er verplapperte sich bei einem seiner Auftritte am Stand des BWK in der Osnabrücker Großen Straße. Insofern wußten die Genossen des BWK auch schon seit einiger Zeit, daß der „Spiegel“ etwas vorhatte.

Eilfertig aufgegriffen wurde der Hetzartikel in Osnabrück von der CDU, deren dortiger Vorsitzender Brickwedde sich mit einem Schreiben an den niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff wandte, mit dem er in Erfahrung bringen wollte, welche Abwehrmaßnahmen er dort gegen die bedrohliche Situation zu ergreifen gedenke. — Pech gehabt, Herr Brickwedde. Das war wohl nichts.

Die Dreistigkeit des „Spie-

gel“-Redakteurs Roth war übrigens mit dem Niederschreiben seines Artikels nicht erschöpft. Gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ zum Beispiel behauptete er auch noch, zumindest einen Teil seiner Informationen aus dem Innenministerium erhalten zu haben. Was durch einen Anruf dort schnell widerlegt wurde. Roth wollte sich seine Darstellungen zwar von diesem Ministerium bestätigen lassen, aber die zuständigen Herren winkten ab. Wahrscheinlich war ihnen dieser Versuch allzu plump.

Immerhin lieferte uns der „Spiegel“ ein anschauliches Beispiel für bürgerlichen Lumpenjournalismus.

Wir werden es ebenso wenig wie der BWK bei einer bloßen Kommentierung des Lügenartikels belassen. Wir haben eine Gegendarstellung verfaßt, die das Magazin in der nächsten Nummer bringen muß, wenn es sich nicht auf eine gerichtliche Auseinandersetzung einlassen will. Die Möglichkeit weitergehender Schritte wird noch geprüft.

Und eins steht natürlich sowieso fest: Wir werden dafür sorgen, daß in dem jetzt vor uns liegenden neuen Jahr der Kampf gegen das Auftreten der Neonazis, in welcher Form dies auch geschehen mag, noch breitere Ausmaße annimmt. Für die strenge Bestrafung aller faschistischen Gewalttäter und Ideologen, für die vollständige Zerschlagung und das Verbot ihrer Organisationen.

Startbahn West:

Vorläufiger Baustopp

WIESBADEN. — Bis zur Entscheidung des hessischen Staatsgerichtshofes über die Zulässigkeit des Volksbegehrens gegen die Startbahn West wird an diesem Projekt nicht weitergebaut. Auf Empfehlung des Präsidenten des Gerichtshofes wirkte Ministerpräsident Börner in dieser Hinsicht auf die Frankfurter Flughafen AG ein.

Das ist zweifellos ein Erfolg des erbitterten Widerstands der betroffenen Bevölkerung gegen die Zerstörung ihrer Umwelt und die Unterstützung der US-Kriegsluftwaffe durch die geplante Bereitstellung der neuen Startbahn. Mit brutalen Polizeieinsätzen hatte Börner wochenlang all die niederknüppeln lassen, die die Forderung nach sofortigem Baustopp und nach Respektierung des Bürgerwillens erhoben hatten.

Die hessische Landesregierung verband ihren jetzigen Rückzieher mit der Aufforderung an die Startbahngegner, ihrerseits bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes jegliche Aktionen einzustellen.

Ein schlechter Ratschlag. Wann die Entscheidung des Gerichtshofes ergeht, ist bisher

nicht bekannt. Man darf nicht vergessen, daß dieser Gerichtshof kein Organ des Volkswillens ist und außerhalb jeder Kontrollmöglichkeit durch das Volk steht. Prinzipiell haben die betroffenen Bürger Hessen von dieser Instanz überhaupt nichts Gutes zu erwarten. Wie schon der Baustopp nur durch massive Protestaktionen erzwungen werden konnte, so ist auch der einzige Weg, das Gericht daran zu hindern, mit einem Federstrich über die Interessen des Volkes hinweg zu gehen, die Fortsetzung der Aufklärung und Mobilisierung, der Vorbereitung zur Fortsetzung des Widerstandes. In dieser Hinsicht darf man den Regierenden in Hessen keine Atempause einräumen. Diese möchten ja gerne, daß das Problem jetzt et-

was in den Hintergrund des öffentlichen Bewußtseins rückt.

Wenn das Gericht die Interessen des Volkes in irgendeiner Weise berücksichtigen wollte, gäbe es nur eine Entscheidung: Anerkennung des Volksbegehrens und damit freie Bahn zur Einleitung des Volksentscheids. Dafür geht der Kampf weiter.

Ehmke dreht durch

Einen ungeheuerlichen Ausfall gegen Gegner der Startbahn West unternahm am 12. Dezember der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke. Er verglich die Gegner der Börnerschen Politik mit den Nationalsozialisten Hitlers! „Das ist der gleiche Quatsch, mit dem die Nazis Weimar kaputtgemacht haben“, erklärte er auf einem Unterbe-

zirksparteitag der SPD in Hagen. „Nicht einen Quentchen dieser Intoleranz“ (der Demonstranten gegenüber der volksfeindlichen Politik Börners) dürfe hingenommen werden. Und Ehmke steigerte sich weiter: Wer im Zusammenhang mit der Startbahn West das Wort „Widerstand“ benutze, der beleidige diejenigen, die im Dritten Reich unter Einsatz ihres Lebens Widerstand geleistet haben!

Ehmke und seinesgleichen sind sicherlich die letzten, von denen sich Antifaschisten und Demokraten vorschreiben lassen müssen, wann und wie sie Widerstand leisten. Denn jeder Widerstand gegen Maßnahmen, die elementare demokratische Rechte untergraben, jeder Widerstand gegen Maßnahmen, die in irgendeiner Weise der Vorbereitung eines neuen Krieges dienen, ist lebendige Pflichterfüllung des Vernunftmenschen, der dem Nazi-Terror zum Opfer gefallen sind.

Wallmann muß zurückstecken

Abschiebung türkischer Antifaschisten verhindert

Arbeiterkorrespondenz aus Frankfurt

Liebe Genossen, die Ausweisungsverfügung gegen zwei türkische Arbeiter, die im Zusammenhang mit dem Polizeibericht auf eine Kundgebung gegen eine Veranstaltung der Grauen Wölfe am 11.4.81 in Frankfurt festgenommen worden waren, sind von OB Wallmann aufgehoben worden. Ohne Kommentar. Vier Monate mußten die beiden in der Unsicherheit leben, an die Foltergenerale ausgewiesen zu werden. Dogan Ö., Vater von drei kleinen Kindern, dem nicht einmal die Teilnahme an der Demo nachzuweisen war, und Yasar Y., der aufgrund der Falschaussage eines Grauen Wolfes ausgewiesen werden sollte.

Die massiven Proteste, die unter maßgeblicher Beteiligung der VOLKSFRONT zustande kamen, hatten Erfolg. Unter anderen hatten sich die Vertreterversammlung der Frankfurter IGM, eine Veranstaltung der DGB-Jugend, die Jusos, die Falken, die Grünen, der Bund demokratischer Pfadfinder, ESG und KSG, die DFG/VK, die Antifaschistische Bürgerinitiative Bornheim, der Stadtjugendring, der Initiativausschuß für ausländische Mitbürger in Hessen, eine Reihe türkischer Organisationen und auch die KPD für die Rücknahme der Ausweisungsverfügungen eingesetzt. 1500 Unterschriften wurden gesammelt. Besonders wichtig war die Demonstration der Antifaschistischen Bürgerinitiative Bornheim, die u.a. auch die KPD unterstützt hatte, an der 1200 Menschen teilnahmen. Auf der Abschluskundgebung hatte u.a. auch ein oppositioneller Betriebsrat von VDO gesprochen. Der Versuch Wall-

manns, diese Demonstration zu verbieten, scheiterte kläglich. VVN und DKP leisteten nicht die geringste Unterstützung, weil sie vermutete politische Differenzen für so wichtig hielten, daß sie die Ausweisung tolerieren wollten. Nicht einmal ihre Unterschrift gegen die Ausweisung wollten führende Vertreter der VVN geben.

Durch den Kampf gegen die Ausweisung der insgesamt 18 verhafteten türkischen Antifaschisten ist die Aufmerksamkeit für das verbrecherische Treiben der Türk-Federation größer geworden, die Forderung nach ihrem Verbot wurde in Frankfurt stärker gestellt als jemals zuvor, und die deutsch-türkische Front gegen die türkischen Faschisten wurde breiter und kampfkraftiger. Die Absicht, mit den Ausweisungsverfügungen von der legalen Existenz der Europazentrale der türkischen Nazi-Partei MHP, getarnt als Türk-Federation, in Frankfurt abzulenken, ist fehlgeschlagen.

Trotzdem hat die Ausländerhetze, die im Gefolge des Polizeiberichts nach dem Motto „Gastrecht mißbraucht! Hinaus mit ihnen!“ betrieben wurde, ihre Spuren hinterlassen. Die Aktivitäten gegen Ausländerhetze müssen verstärkt werden, zumal bis heute die dritte ergangene Ausweisungsverfügung gegen eine türkischen Schüler noch nicht zurückgenommen worden ist (verantwortlich dafür ist die hessische Landesregierung) und die Ermittlungsverfahren gegen die 15 anderen Kollegen aus der Türkei noch nicht eingestellt worden sind. Auch die Polizisten, die die Verhafteten auf dem Revier mißhandelten, sind noch nicht zur Rechenschaft gezogen. Wir sind aber überzeugt, daß wir die Ausweisungsdrohungen insgesamt zurückschlagen können.

Terrorurteil in Grohnde-Prozeß:

15 Demonstranten sollen 240 000 Mark zahlen

CELLE. — Eine Vorwegnahme des geplanten verschärften Demonstrationsrechts stellt ein Urteil dar, das der Neunte Zivilsenat des Oberlandesgerichts Celle am 16.12.81 in einer Strafsache gegen Gegner des Kernkraftwerks Grohnde fällt: 15 Demonstranten wurden zu Schadensersatzleistungen an das Land Niedersachsen in Höhe von 240 000 Mark verurteilt.

Die Angeklagten waren dabei, als am 19. März 1977 Tausende Demonstranten das Gelände des KKW besetzten.

Der Vorsitzende Richter Harald Müller erklärte in seiner mündlichen Urteilsbegründung, bei einer „gewalttätigen Demonstration“ müsse jeder Teilnehmer — unabhängig von persönlich begangenen und im

einzelnen nachweisbaren Gewalttaten — „zur Rechenschaft gezogen“ werden und für den „angerichteten Schaden“ als Gesamtschuldner haften.

Er brachte den Begriff der „psychologischen Hilfe“ für die „Gewalttäter“ ins Spiel. Dieser soll sich zum Beispiel eine Demonstrantin schuldig gemacht haben, die sich von der „fried-

lichen Gruppe“ trennte und zu den „Kämpfenden“ ging, ohne sich selber in irgendeiner Weise an Auseinandersetzungen beteiligt zu haben.

Ein anderer Demonstrant wurde verurteilt, weil er einen Knüppel bei sich getragen hatte. Benutzt hat er ihn, das steht auch für das Gericht fest, überhaupt nicht.

Wenn es nach der Staatsanwaltschaft gegangen wäre, hätte für eine Verurteilung schon das Tragen von Ölzeug und Motorradhelmen ausgereicht. Dem mochte sich das Gericht denn doch nicht anschließen.

Daß jeder verurteilt werden

kann, der sich nicht aus einer von der Polizei zur „unfriedlichen Menge“ erklärten Menschenansammlung oder Demonstration entfernt, ist das Ziel vieler reaktionärer Politiker, die auf eine Revision der entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches hinarbeiten. Das Gericht hat praktisch in diesem Sinne gehandelt, obwohl diese Überlegungen gar nicht rechtskräftig sind. Das ist glasklare politische Zweckjustiz. Damit soll eine tiefgreifende abschreckende Wirkung erzielt werden. Schließlich kommt auf die Verurteilten eine finanzielle Belastung zu, mit der sie allein gar nicht fertig werden können.

Stschokino — eine alte Neuentdeckung

Mit der Einführung des Gewinns als Ziel der Tätigkeit der Betriebe, wie sie entsprechend der Reformvorschläge Liberkmans und des Plenums des ZK der KPdSU vom September 1965 sowie vom 23. Parteitag der KPdSU vollzogen wurde, mußte sich notgedrungen die gesamte Struktur dieser Betriebe ändern. Der Prämienfonds, das notwendige und immer mehr selbst aufzubringende Investitionsgeld, alles dies hing ja völlig vom erzielten Gewinn ab. Wie sah diese Änderung aus?

„Die geplanten Lohnfonds sind jedoch keine starren Größen während des Prozesses der Plandurchführung.“ (9)

Die Senkung des Lohnfonds als Ziel der Tätigkeit des Leitungspersonals — das ist es, was hinter dieser anscheinend so neutralen Formulierung steckt. Denn: wird der ursprünglich eingeplante Lohnfonds überzogen, so muß er aus dem Prämienfonds des Leitungspersonals ausgeglichen werden. Wird er jedoch unterboten, so wird er auf die Löhne und Gehälter der Belegschaft aufgeteilt und zwar natürlich vom Leitungspersonal.

So wurde der Weg bereitet für klassische Rationalisierung. Den Lohnfonds auf mehrere Jahre hinweg stabil halten und doch die Einkommen vergrößern — das war die große Neuentdeckung des Chemiekombinats von Stschokino. So wurden innerhalb von drei Jahren über 1000 Arbeiter und Angestellte entlassen und dabei die Produktion erweitert. Dabei dreht es sich, wohlbermerkt, nicht um die Frage, was aus diesen Menschen geworden ist, ob und wo sie neue Arbeit gefunden haben. Sondern darum, daß die Betriebe in bezug auf die Beschäftigtenzahl tun und lassen können, was sie wollen.

„Das Wesen dieser neuen Form der Stimulierung besteht darin, daß dem Betrieb größere Rechte bei der Verwendung der Lohneinsparungen gewährt werden, die er durch die Verringerung der Beschäftigtenzahl erzielt.“ (10)

Und auch dieser Schritt wurde in den anderen pseudosozialistischen Staaten ebenfalls vollzogen, wobei sich die DDR wie immer als sofortiger Schüler der sowjetischen Maßnahmen erwies. Kein anderer als der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Warncke, stellte diese Maßnahmen als Modell der Reduzierung der Selbstkosten dar. (11)

In der DDR, wo diese Reformen unter ungeheurem Aufwand als große Weiterentwicklung des Marxismus verkündet worden waren, wo das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL) ab 1963 eingeführt worden war, wo am 1. Januar 1964 neue Preise eingeführt worden waren, führte diese Entwicklung zu einer ersten schärferen Krise zu Beginn der 70er Jahre. Das war auch der Grund für den Sturz Ulbrichts, für seine Ersetzung durch Honecker und die kosmetischen Änderungen der Parteilinie der SED auf und nach dem 8. Parteitag 1971. Die überhastete Eile bei den Reformen der Wirtschaft hatte zu einem Chaos geführt. Monatlang waren die Artikel des „Neuen Deutschlands“ nicht zu zählen, in denen von Verstößen verschiedenster Betriebe gegen Gesetze der DDR berichtet wurde — die Direktoren nutzten ihre Befugnisse maximal aus und überschritten dabei jede Grenze. Das ist auch der Hintergrund jener Maßnah-

Besondere Mängel in der Landwirtschaft, Auswirkungen auf die Arbeiter

(Teil II)

Woher kommt die Wirtschaftskrise in Osteuropa?

Im ersten Teil dieses Artikels haben wir gezeigt, wie sich die grundlegenden Änderungen in der Wirtschaft der Sowjetunion und der anderen scheinsozialistischen Staaten Osteuropas vollzogen haben. Überall in diesen Staaten war spätestens in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre der erwirtschaftete Gewinn zum zentralen Ziel der Betriebe geworden, die von ihren Direktoren und den Gremien der Betriebsvereinigungen mit einem, die von liberalen Ökonomen als Rezentralisierung beschrieben werden, die aber im wesentlichen nur einer etwas verbesserten Steuerung durch staatliche Stellen entsprachen, die einiges vom Ausmaß der Reform begrenzten, aber nicht ihre Wirkungsweise. Dabei ist es in all diesen Ländern so, daß bis heute ständig bestimmte Änderungen im Detail vorgenommen werden.

form mit der die revisionistischen Parteien in den fünfziger Jahren begannen und die sie in den sechziger Jahren zu Ende führten, genau der war, wogegen man sich stets wehrte: Die Wiedereinführung des Kapitalismus.

„Nach der neuen Kreditverordnung und nach der Anordnung über Quartalskassenplanung haben die Banken zweierlei Funktionen: zum einen ge-

serner Hand regiert wurden. Offensichtlich ist es nun so, daß die Landwirtschaft von diesen Veränderungen in besonderem Maße betroffen wurde, denn heute ist ja in nahezu all diesen Staaten eine Mangelwirtschaft in der Agrarproduktion an der Tagesordnung. Woher kommt das und was bedeutet dies für die Arbeiterklasse?

Und gerade deshalb ist heute in der DDR alles, was es an angeblichen Rechten der Arbeiter gibt, nur daraufhin wirksam, die Produktion zu steigern. Seien es die Selbstverpflichtungen oder die ihnen diktierten Betriebskollektivverträge — alles dies ist nur ein Ausdruck der rasenden Rationalisierung in den angeblich volkseigenen Betrieben.

Da heißt es dann: „Im VEB

Fehlern. So wurde auch der Klassenstaat des Kurt Hager entdeckt.

Ein Apfel und ein Ei

Tatsache ist nun, daß sich all diese Entwicklungen auf besonders schädliche Weise auf die Landwirtschaft ausgewirkt haben. In der UdSSR waren bereits mit den Chruschtschowschen Reformen der Mittelfünfziger die sozialistischen Verhältnisse vollständig beseitigt worden, war die Konkurrenz zwischen den sowjetischen Kolchosen eingeführt worden. Die reicheren Kolchosen waren durch ihre Möglichkeit des Ankaufs von Maschinen aus den Überresten der aufgelösten staatlichen MTS (Motoren-Traktoren-Station) in eine privilegierte Stellung gebracht worden.

Wie wir schon im ersten Teil dieses Artikels gezeigt haben, wurde der Gewinn als zentrales Mittel und Ziel der Produktionsentwicklung auch für die sowjetischen Staatsgüter im Jahre 1968 allgemein eingeführt. Die Wirkung mußte deshalb auf die Landwirtschaft besonders groß sein, weil dies ohne Zweifel der weniger rentable Sektor der Wirtschaft gewesen war. So hatte die Sowjetunion darauf verzichtet, Weizen zu kaufen, sondern ihn aus politischen Gründen lieber selbst angebaut, aus Gründen einer gesicherten Versorgung und nationaler Souveränität. Sie war, als die sowjetische Landwirtschaft sozialistisch organisiert war, Weizenexporteur.

Diese sowjetische Landwirtschaft wurde nun zum Kunden der Landmaschinenindustrie, die als einer der ersten Sektoren

als Agrarfabriken arbeiteten, aber eben als kapitalistische Agrarfabriken. In verschiedenen scheinsozialistischen Ländern gingen die Auswirkungen beispielsweise soweit, daß man im Zuge der Reform die Staatsgüter zum Aufkäufer machte und so auf dem Land einen immer mehr wachsenden Gegensatz schuf. Nicht mehr als Modell und Helfer traten diese Staatsgüter auf, wie es im Sozialismus gewesen war, sondern als Preisdiktator und abschreckendes Beispiel. Denn auch sie gingen dazu über, ihre etwas unrentablen Produkte weniger zu produzieren.

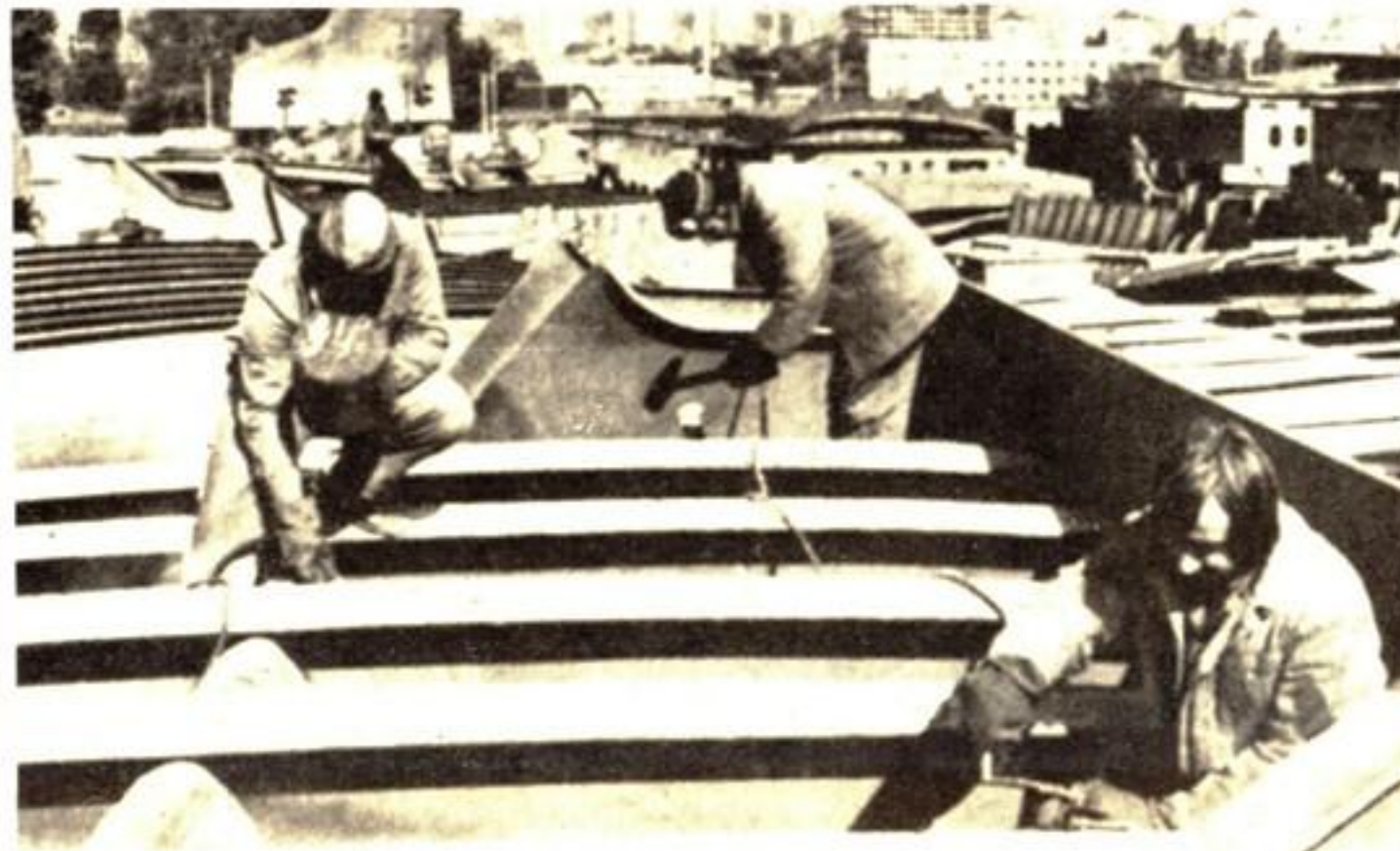
Und wenn heute in Staaten wie in Polen oder Rumänien plötzlich offen davon gesprochen wird, daß zu wenig in der Landwirtschaft investiert worden sei, daß die Produktionsmittel dort veraltet seien und so weiter und so fort und daß daher die Engpässe in der Versorgung kämen, so ist dies falsch. Denn diese Erscheinung vermindelter Investitionstätigkeit ist ja eine direkte Folge des Gewinnprinzips. Man wird seine Gelder, die eigenerwirtschafteten Mittel doch nicht dort investieren, wo sie einen Apfel und ein Ei einbringen, sondern ganz normal kapitalistischer Logik entsprechend dort, wo sie möglichst viel Gewinn bringen.

Das ist der Grund dafür, daß gerade in der Viehwirtschaft immer wieder Mängel aufgetreten sind. Das ist der Grund dafür, daß immer mehr zum Anbau von Industriepflanzen anstelle von Getreide beispielsweise übergegangen wird.

In den anderen pseudosozialistischen Staaten außerhalb der UdSSR kommt natürlich noch deren Rolle als Zulieferant und Kolonie des sowjetischen Wirtschaftsgebiets hinzu. Der äußere Zwang kommt hinzu, bestimmte Investitionen zu tätigen, die im Sinne der Moskauer RGW-Strategien sind. Die aus solchen Programmen und der anderseitigen Abhängigkeit von der UdSSR entstehende Auslandsverschuldung, die weitere Investitionsmöglichkeiten zunichte macht, kommt ebenfalls hinzu.

Und es kommt auch hinzu der innere Zwang, die osteuropäischen Wirtschaften dem kapitalistischen Weltmarkt wiederanzugliedern, wie man es immer deutlicher sehen kann. Seit langem schon an der Geldpolitik, der Konvertierbarkeit (Wechselmöglichkeit) der revisionistischen Währungen mit den westlichen Finanzen, Mitgliedschaften im Internationalen Währungsfonds usw., usw.

Aus all diesen Gründen entsteht in den scheinsozialistischen Staaten auf der einen Seite eine Knappheit an Staatsgeldern, so daß Subventionen für Lebensmittel usw. gestrichen oder gekürzt werden, mit der Auswirkung der Teuerung für die arbeitenden Menschen gerade an Grundnahrungsmitteln und Mieten beispielsweise. Und so entstehen auch zunehmend inflationäre Tendenzen, kommen vom Staat größere Geldmengen in Umlauf, werden auch höhere Löhne ausbezahlt, für die es aber weniger Warendeckung gibt, so daß Erscheinungen auftreten wie in Polen, wo genügend Geld da ist, aber keine Waren.



Bulgarische Werftarbeiter der Dimitroff-Werft in Warna. Auch sie arbeiten in einem Zulieferbetrieb für die Sowjetunion.

Hagers Klassenstaat

Zu diesen Änderungen in der DDR nach dem 8. Parteitag gehörte auch die unplötzliche Wiedereinführung der Klassen in der DDR.

„In der DDR gibt es noch Klassen, es bestehen noch Unterschiede und bestimmte differenzierte Interessen zwischen den Klassen und Schichten“ (12). Dies war die Absage an Ulbrichts Theorie der „sozialistischen Menschengemeinschaft“, die die ideologische Überbau für die Maßnahmen in den sechziger Jahren sein sollte und nun an der Wirklichkeit gescheitert war.

Daß zwischen den einzelnen ökonomischen Schulen, denjenigen, die mehr für ein staatliches Wirken eintraten und denjenigen, die eine sogenannte selbstverwaltete Wirtschaft haben wollten, kein so großer, vor allem kein grundlegender politischer Unterschied besteht, zeigte sich auch in der Tschechoslowakei. Ota Sik, der Chefideologe aller „Marktsozialisten“, der seinen geistigen Ziehvater Libermann noch übertraf, war schließlich nicht von Dubcek sonder bereits von dessen Vorgänger Novotny mit der Aufgabe betraut worden, praktische Vorschläge für eine Wirtschaftsreform zu machen, die ab 1964 begonnen wurde durchzuführen.

Die Wiedereinführung von Maßnahmen, die in unterschiedlicher Weise in einigen osteuropäischen Staaten durchgeführt wurden, ändern aber keinen Deut daran, daß der Charakter der gesamten Wirtschaftsre-

formen sie nach festgelegten Grundsätzen Kredite, zum anderen führen und kontrollieren sie die Fonds der VEB, Kombinate und VVB, während vor 1970 die eigenerwirtschafteten Mittel in der Verantwortung der Fondsträger lagen.“ (13)

Diese Beschreibung anhand eines Beispiels aus der DDR erfaßt auch das Wesen all solcher „Rezentralisierungen“. Man verschiebt Zuständigkeiten, verteilt Befugnisse neu, ändert aber am Wesen des Gewinnprinzips als Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit nichts, und auch nicht an der Machtfülle von einzelnen zentralen Gremien. Und während man sich so auch streitet — zwischen Banken und Betriebsdirektoren beispielsweise gibt es immer wieder Auseinandersetzungen — haben die Arbeiter darunter zu leiden. Und das nicht dadurch, daß in den sechziger Jahren geschaffene Organe einer angeblichen sozialistischen Demokratie, wie die Produktionskomitees in der DDR wieder abgeschafft wurden. Sondern vor allem dadurch, daß durch solche Rezentralisierungen der Druck zum Gewinnmachen auf die Betriebe wächst.

„Heute gilt für die Verzinzung der Kredite ein Zinssatz von 5 Prozent; er kann von der Bank — aber nur auf der Grundlage von Regelungen des Ministerrats bzw. der Staatsbank — je nach der Wichtigkeit der zu fördernden Maßnahmen bis auf einen Zinssatz von 1,8 Prozent gesenkt werden. (...) Bei Planwidrigkeiten oder Verletzung des Kreditvertrags kann der Zinssatz einschließlich des Sanktionszinses bis auf 10 Prozent erhöht werden.“ (14)

Kraftwerk Lübbenau/Vetschau sind z.B. mit Arbeitsstudien Zeitreserven aufgedeckt worden, die es den Kraftwerkern ermöglichen, in ihr Wettbewerbsprogramm für 1973 das Ziel aufzunehmen, mittels rationaler Instandhaltungstechnologien bei der Reparatur jedes Turbosatzes 1000 Arbeitsstunden einzusparen.“ (15)

Lesen und weitergeben!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Intershops

Die Westmark zur zweiten Währung gemacht

Ein antikommunistisches Manifest

Kurt Hager

Hinter dieser so stolz vorgebrachten Meldung des „Neuen Deutschlands“ vom Februar 73 steckt also die banale Tatsache, daß den Arbeitern des Kraftwerks eine Intensivierung ihrer Arbeit aufgebrummt wurde. Möglichkeit entdeckt — in den Plan aufgenommen. Und natürlich entdeckt nicht etwa von den Arbeitern sondern von „sozialistischen“ Arbeitswissenschaftlern. Gerade weil dies immer deutlicher wurde, weil dieser Gegensatz immer spürbarer wurde, deshalb begann man am Anfang der siebziger Jahre wieder von „noch bestehenden Unterschieden“ zu reden, von „Anfangs-“(!) Schwierigkeiten und ähnlichen Dingen, auch von

völlig nach dem neuen System arbeitete. Unter diesem Druck und unter dem Druck der Bankkredite mußten die wirtschaftlich schwächeren Einheiten, sowohl Kolchosen als auch Sowchosen zusammenbrechen, mußten zusammenfassende Agrokomplexe entstehen, die

ANMERKUNGEN

- 9) Lexikon der Wirtschaft/Arbeit, Berlin/DDR 1968, Seite 421
- 10) „Die Wirtschaft“, Nr. 4/1973, Seite 8
- 12) Rede vor dem 8. Kongress der FDGB, „Neues Deutschland“ vom 27. Mai 1972
- 13) Kurt Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, „Einheit“ 11/71
- 14) R. Dams: Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme der DDR-Wirtschaft, Frankfurt/Main, 1973, Seite 157
- 15) Ebenda, Seite 162
- 16) „Neues Deutschland“ vom 12. Februar 1973

Weihnachten auf Stube elf

Hansjörg Martin

(Aus meinen großdeutschen Kriegserinnerungen)

„...und so wollen wir also ein fröhliches Christfest begehen und unserer tapferen Kameraden gedenken, die für Führer, Volk und Vaterland auf Wache stehen gegen das Untermenschen aus Osten und Westen, und denen auch in dieser heiligen Nacht der Stern des Glaubens an die gerechte deutsche Sache leuchtet!“

Der Hauptmann räusperte sich, fuhr mit Daumen und Zeigefinger über den Nasenrücken und sah die Reihe der unbewegten Gesichter entlang. Er war unsicher, weil nichts geschah. Er hatte vergessen, „Rührt euch!“ zu befehlen. Wir befanden uns seit zwanzig Minuten im „Stillgestanden“. Die Weihnachtsfeier im Kasino war für ihn anstrengend gewesen. Er hatte es mit der Galle.

Nichts geschah. Er drehte plötzlich ab und lief mit klirrenden Sporen den Gang entlang der Schreibstube zu.

„Rührt euch!“ brüllte der Spieß. Das Scharen der vorgestellten Füße fiel mit dem Klap-

offenen Tür flackerten die Kerzen auf dem Tisch.

„Weitermachen!“ sagte der Hauptmann. Wir setzten uns wieder. Am oberen Ende des Tisches entstand Bewegung: Der Hauptmann hatte den Wunsch geäußert, mit uns zu feiern. Zwei Mann holten einen Hocker für ihn, staubten das Möbelsstück ab, glätteten das Tischleinen vor seinem Platz und rückten ihre eignen Sitze beiseite. Der Hauptmann setzte sich und nahm die Schirmmütze ab. Um die Stirn hatte er einen roten Streifen, der wie eine Narbe aussah. Es war die Druckstelle vom Mützenrand. Der Hauptmann ließ sich einen Becher Wein geben. Es gab fast zwei Flaschen pro Mann. Bulgarischer Rotwein. Dazu zwanzig Zigaretten, Würstchen, Kartoffelsalat, einen Pappteller mit sieben Spekulatius, zwei Äpfeln, einem Riegel Schokolade, Rasierklingen und einem kunstledernen Beutel für Tabak oder Seife.

„Prost, Männer!“ rief der Hauptmann.

Gesichter. Der Hauptmann bot Zigaretten an und befahl: „Feuer frei!“ In den silbernen Spiegeln und Knöpfen der Extrauniformen glitzerte das Kerzenlicht. Der Tabakqualm wurde immer dichter. Weil Verdunklung befohlen war, konnten wir kein Fenster öffnen. Der Hauptmann fragte seine Nachbarn nach ihrem Alter, wo sie zu Hause seien, was ihr Vater für einen Beruf habe ... er hörte nicht auf die Antworten.

Kind tadelte auf seiner Harmonika. Sein Spind hinter ihm stand offen. Ich konnte das Foto seines Mädchens sehen. Ihren Vater hatten sie gleich am Anfang nach Buchenwald geholt. Unter dem Foto hing Kinds Seitengewehr. Kind spielte leise ein paar Takte aus einer Bach-Fuge. Das klang eigenartig auf der Ziehharmonika.

„Ruhe!“ rief der Gefreite. Hinter dem Ausbilder-Spind erschien der lange Kottlitz im Nachthemd, umgeschminkt, mit Stiefeln. Er hatte sich einen Kissenbauch untergeschoben und einen zu kleinen Stahlhelm aufgesetzt. Alle lachten. Kind hörte auf zu spielen. Kottlitz stieg auf einen Hocker und trug ein selbstverfaßtes Gedicht vor. Die Verse holperten...

„Des Morgens früh um fünf-

beginnt die Trillerpfeiferei da kriechen wir in die Strümpfe und schimpfen mächtig da-

bei...“ Alle schielten nach dem Hauptmann und lachten laut, wenn er lachte, blieben ernst, wenn er ernst blieb. Nur Purrmann lachte an einer falschen Stelle ganz allein.

Endlich war Kottlitz fertig und wurde mit großem Applaus belohnt. Der Hauptmann winkte ihm zu und schaute gläsern an ihm vorbei. Gleich darauf schnauzte er den Spieß an, der ihn erinnern wollte, daß noch drei weitere Stuben zu besuchen wären.

„Ein Lied! Aber ein richtiges!“ schnarrte der Hauptmann, richtete sich auf, nahm eine leere Rotweinflasche und erhob sie, mit dem Hals nach unten, wie einen Tambourstab.

„Madagaskar!“ rief der Gefreite. „Drei...vier!“ „Wir lagen vor Madagaskar!“ brüllten wir los. Der Hauptmann schwang die Flasche im Takt. Die Kerzen flackerten von unserem Atem. Die Silberfäden am Christbaum flirrten, und zwischen der zweiten und dritten Strophe hörte man von fern, durch die verschlossenen Fenster der Kasernen, die Glocke der tschechischen Kirche.



Max Lingner: VOLKSFRONT-Demonstration

SILVESTER 1939

In ihren Stühlen rekeln sich die alten Glocken, und eins von vielen hunderttausend Jahren, die bitter, böse und doch herrlich waren, verschleicht sich scheu und wie ein Dieb auf leisen Socken.

Und war so voll, von Frühling und von Blütenflocken, die weiß in einen roten Sommer schneiten. Und war voll Herbst — der saß und spann am Rocken. Der Winter webt ein Totenkleid.

Im weiten, verschneiten All wird sich ein Grab bereiten. Und du und ich wir trinken, weil uns schauert. Und hinterm gelben Mond das Neue lauert, das bitter wird und herrlich. —

Horch, die Glocken breiten die weiten Flügel, daß die hohen Hallen schwingen.

Und du und ich, wir denken an das gleiche! wird Frühling werden, Sommer, Herbst, und bleiche, wird ihm der Winter auch sein Totenhemde bringen.

Und du und ich, wir hör'n die alten Glocken singen, Und spür'n das Blut der Erde anders kreisen. Ihr Glockenklöppel werdet springen lernen — springen! Wir werden Glöckner sein und im Gestänge reißen.

Und mag es Winter oder mag es Sommer heißen: Jahr Eins wird sein, wenn sich die Menschen häuten. Ihr alten Glockentürme werdet tanzen, wenn wir läuten, wie Mädchen — Und das Jahr wird euren Namen preisen.

Was die Engel zum Christfest bekamen



John Heartfield

pen der Schreibstübentür zusammen. „Brandwache links raus!“ kommandierte der Spieß. „Alles andere auf die Stuben — weggetreten!“ Eigentlich gab es das nicht: Weggetreten aus dem „Rührt euch!“ — aber heute war Weihnachten. Einhundertachtzig Paar Stiefel dröhnten über die Fliesen.

„Welcher Stern leuchtet heller?“ fragte mich Purrmann, der auf dem Abort neben mir an der geteerten Rinne stand. „Der Christnachstern oder der Großdeutschesachestern?“

„Du redest dich noch mal um Kopf und Kragen!“ sagte ich. „Nur nicht sentimental werden“, erwiderte er und stieß wütend den Scheuereimer neben der Tür um.

„Stubeelf, ein Gefreiter, vierzehn Mann bei der Weihnachtsfeier!“ schrie der Ausbilder dem Hauptmann entgegen. Wir standen in „Achtung!“-Stellung neben den klobigen Hockern, den Blick auf den Kompanieführer gerichtet. Im Luftzug der

„Prosterrauptmann!“ schrien wir, wie aus der Pistole geschossen. Er kippte den Becher auf einen Zug leer. Wir kippten auch. „Nicht sentimental werden!“ flüsterte mir Purrmann über den Tisch zu.

Der Gefreite sagte: „Wir wollen den Baum anzünden und ein Lied singen!“ — Schugg und Kind zündeten die Kerzen an. Schugg war im Februar drauf der erste, den es erwischte hat. Granatsplitter. Er hat fast vier Stunden geschrien.

Kind holte seine Ziehharmonika. „Es ist ein Ros entsprungen!“ rief der Gefreite und hob den Arm. Kind intonierte die Melodie. „Drei ... vier!“ rief der Gefreite. Wir sangen. Die erste Strophe sang der Hauptmann mit. Die zweite kannte keiner mehr so richtig. Nur Bertram, der Pfarrsohn, sang unbeirrt ... hat uns gebracht alleine, Marie die reine Magd...“ Wir versuchten die dritte Strophe gar nicht erst.

Langsam röteten sich die

Günter Wallraff

ASYL OHNE RÜCKFAHRKARTE

Ein besonders beliebtes Objekt der gerade zu Weihnachten grassierenden christlichen Nächstenliebe sind die Obdachlosen. Günter Wallraff hat das am eigenen Leib erfahren, als er mehrere Tage unter den Obdachlosen im Hamburger Asyl „Pik As“ lebte. Im folgenden bringen wir einen Auszug aus seiner Reportage „Asyl ohne Rückfahrkarte“.

Die Heilsarmee rückt an und verteilt Konsumtüten mit Tannengrün aufdruck. Die Hälfte von uns geht leer aus. „Wir wußten ja gar nicht, daß ihr diesmal so viele seid“, bedauert die Schwester. Dann setzt sie zu einer Rede an. Weil wir so laut sind, bricht sie wieder ab. Sie dreht sich zu ihrer Truppe um, hebt den Arm wie zu einem Schießbefehl. Und jetzt hören wir es alle, es dringt bis nach draußen: „Christus macht dein Leben neu.“ Sie singen uns noch das Lied „Christ der Retter ist da“. Wir sollen mitsingen. Die meisten kennen das Lied aber nicht, und einige brüllen „Scheiße“. Als die Heilsarmee uns verläßt, grölen Betrunkene die besser bekannten Weihnachtslieder wie „Stille Nacht“ und „Holder Knabe im lockigen Haar“. Andere singen Soldatenlieder dazwischen. Der „einsame Soldat am Wolgastrand“ wird mehrmals gesungen.

In den nächsten beiden Tagen bin ich auf drei Armenbescherungen, die für uns veranstaltet werden. Wir müssen jedesmal viel beten und viel singen. Singen ist angenehmer, dabei dürfen wir sitzen bleiben. Am Ende bleiben die Geschenke hinter den Erwartungen zurück. Altbackene Plätzchen, als besondere Überraschung eine Dose Schuhcreme, eine Zahn-

bürste oder ein Tube Zahnpasta in der Weihnachtstüte. Zwischen den Bescherungen lange Ansprachen und Predigten. Von den 200 bis 300 Besuchern aus Pik As schlafen 20 bis 30 jedesmal ein. Die Geschenke werden immer erst zum Schluß verteilt, „weil die genau wissen, daß wir sonst wieder abhauen“, sagt der Mann aus Pik As, den ich begleite.

Am zweiten Weihnachtstag veranstaltet die Straßenmission — eine staatlich unterstützte Sekte — in der Seilerstraße ihre Feier. Wir müssen 26mal singen und 11mal beten. Aber die erhofften Geschenke fallen am Ende unter den Tisch. Bruder Krebs, das Haupt der Sekte, droht einem alten Mann mit Rausschmiß, weil der Alte beim Beten sitzen geblieben ist. Auch andere Unandächtige weist er zurecht. Während der dreistündigen Feier treten 12 Sektenmitglieder einzeln auf und legen ihre Bekenntnisse ab.

Ein vorzeitig pensionierter Kapitän berichtet unter Zuckungen, wie ihm Christus einst auf hoher See in den Sternen erschienen ist. „Bis zu meinem 21. Lebensjahr war ich ein guter Jüngling. Dann erlag ich der Versuchung in den vielen Hafenstädten. Bis mich Gott in den Sternen — ich war damals 50 —

von der sündigen Fleischeslust erlöste.“ Die Sektenmitglieder stimmen den Choral an: „Halleluja, halleluja, der Herr ist gekommen... jubelt, daß wir mit ihm verheiratet sind.“

Ein anderer Prediger hat eine besondere Verheißung: „Man sagte mir mal: eine einzige Atombombe genügt und alles ist aus. Da mußte ich lachen und antwortete: Im Gegenteil, da fängt es erst an.“ — Das ist auch der „Wahlspruch“, den er uns heute „mitgeben möchte“: „Ertragt euer jetziges Leben in Not und Elend. Es zählt nicht. Freuet euch auf den Tag, da euch Christus zu sich holt, denn dann fängt das wirkliche Leben mit Jauchzen und in Herrlichkeit an!“

Als Attraktion wird uns Bruder Wolfgang vorgestellt. Er begrüßt uns: „Auch ich habe einst zu euch Elendigsten der Elendigen gehört“, und er sagt, daß er „elf Jahre fern vom Heiland im Knast gesessen hat“. — Einer von uns ruft: „Angeber, ich war fünfzehn Jahre drin!“ Bruder Wolfgang: „Jesus Christus hat mich reich gemacht, im wahrsten Sinne des Wortes reich gemacht, auch äußerlich“, und er spricht von seinem schwarzen Anzug, den er trägt und den er „gegen seinen blauen mit Streifen“ tauschen durfte. Auf der Straße parkt sein Opel Kapitän, sein Dienstwagen. Er wurde ihm vom Staat für seine Missionstä-

tigkeit in Zuchthäusern und Erziehungsanstalten zur Verfügung gestellt. Sein Rat, wie auch wir „den Weg des Heils finden“ können: wir sollen „Nicht länger in der Grube der Gottlosigkeit hausen“, sondern wie er „in bedingungslosem Gehorsam vor dem Herrn und seinem Diener, dem Staate“, leben.

Er erzählt von einer Weihnachtsfeier in einem russischen Gefangenenlager, wo ein Studienrat „durch alle Filzungen hindurch, obwohl man ihm sämtliche Haare am Körper ab-rasiert hatte, eine Handvoll Blätter des Neuen Testaments rettete. An einer Stelle, liebe Männer und Frauen, wo man normalerweise kein Evangelium aufbewahrt. Sie wissen Bescheid? nicht war?“ Er erinnert sich an andere „Mithäftlinge, die das gleiche dünne Testamentspapier auf die gleiche Weise einschmuggelten und sich mit dem Papier der Heiligen Schrift Zigaretten gedreht haben.“ Er folgert: „Zur Strafe hielten sie sich dadurch die Schwindsucht an den Hals.“ — „Diese zwei Möglichkeiten bestehen immer in bezug auf das Evangelium. Man kann zum Leben kommen oder zum Tod.“ Dann bricht Bruder Wolfgang vorzeitig auf. Er muß noch zu weiteren Weihnachtsfeiern in geschlossene Anstalten, um „den Verdammten das Evangelium zu bringen“.

Seelsorge mit dem Gummiknüttel

Ungewöhnliches tat sich kurz vor Weihnachten in der bayrischen Kirchenszene. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes — so meldeten die Zeitungen — wandten sich Joseph „Kardinal“ Ratzinger und Johannes „Landesbischof“ Hanselmann in einem gemeinsamen Hirtenbrief an eine einzelne Berufsgruppe — nämlich an die Polizeibeamten des Freistaates Bayern.

Die Polizisten bekamen von den Oberhirten zum Weihnachtsfest ein kräftiges Gott mit Euch sowie diverse Glück- und Segenswünsche mit auf den Weg. Aber warum gerade die? Warum werden — um im Bild zu bleiben — ausgerechnet die Schäferhunde mit Weihrauch beträufelt, während die Herde leer ausgeht?

Die beiden Stellvertreter Gottes in Bayern haben sich bei diesem ungewöhnlichen Extrasegen natürlich etwas gedacht. Da ist zunächst einmal die Tatsache, daß die Polizeibeamten beim Kampf gegen die Mächte der Hölle in erster Reihe stehen. Sie begegnen, wie es der Hirtenbrief so trefflich formuliert, „dem Bösen in mancherlei Gestalt“. Wahrhaftig, man denke nur an die vielen schwarzen Schafe von Nürnberg, die erst mal kräftig ins Bein gebissen werden mußten, damit Ruhe und Ordnung innerhalb der Herde wiederhergestellt waren.

Das Böse in mancherlei Gestalt! Mal sieht es aus wie ein Radikaler im öffentlichen Dienst, dann wieder erscheint es als warnstreikender Arbeiter, als Demonstrant oder nimmt gar die schreckliche Gestalt eines Kommunisten an. Und von unseren braven Polizeibe-

amten wird Tag und Nacht gefordert, daß sie diesem Bösen furchtlos entgegentreten und ihm ordentlich einen auf die Rübe geben (denn die Distanzwaffen, mit denen die Mächte des Satans aus der Ferne CS-vergast werden könnten, die gibt es ja leider immer noch nicht).

Dieser aufopfernde Dienst ist an sich schon einen Extrasegen wert, ist er doch „in unserer Welt unentbehrlich“.

Doch unsere beiden Stellvertreter Gottes haben mit den Polizeibeamten noch mehr im Sinn. Denn die Polizisten, so heißt es in dem Hirtenbrief, würden nicht nur dem Bösen, sondern „auch immer wieder menschlichem Leid“ begegnen. Logisch, das eine ergibt sich ja aus dem anderen. Wo kräftig draufgehauen wird, da gibts halt nicht nur Platzwunden und Knochenbrüche, sondern auch menschliches Leid. Und auch darum müssen sich die ohnehin schon geplagten Polizisten dann noch kümmern. Der Hirtenbrief hat da besonders tragische Fälle im Auge: Viele müßten oft „andere von dem Verlust von Angehörigen in Kenntnis setzen.“

Man kann sich richtig einfühlen in solche Gelegenheiten. Da ist beispielsweise kunstvoll und nicht ohne Mühe ein finaler Rettungsschub angesetzt worden. So weit so gut. Aber nun muß auch noch bei den Angehörigen angeklingelt werden: „Schönen guten Tag, wir sind von der Polizei, Ihr Mann ist tot.“

Ein „schwerer Dienst“ fürwahr, wie der Hirtenbrief feststellt. Aber eine lästige Aufgabe? Mitnichten. Gerade hier

kommt nämlich der Dienst eines Polizisten „den Aufgaben eines Seelsorgers nahe“. Nun ist es also heraus. Der weihnachtliche Hirtenbrief verfolgt nicht zuletzt den Zweck, die bayrische Polizei stärker in die seelsorgliche Tätigkeit einzubinden. Denn es liegt ja wirklich auf der Hand: Die aktive Bekämpfung des Bösen und die dabei anfallende Seelsorge — das kann doch wahrhaftig in einem Aufwasch erledigt und beides pauschal der Polizei übertragen werden.

Ein wirklich bestechender Gedanke in einer Zeit, wo allerorten gespart und rationalisiert werden muß. Die bayrischen Kirchen hätten die zeitaufwendige Seelsorge vom Hals und könnten sich ganz anderen Aufgaben widmen, beispielsweise der Wahlkampfunterstützung für den Landesvater. Den Polizisten ruft der Hirtenbrief abschließend für ihr neues seelsorgliches Amt noch zu, sie müßten bei dessen Ausübung den „langen Atem derer haben, die wissen, daß Jesus Christus keinen von uns endgültig aufgeben will.“

Also dann: Wenn sich im nächsten Jahr ein bayrisches Polizeikommando anschickt, irgendwo eine Horde von Störern fertigzumachen, wird vorher zur Einstimmung nicht nur auf die Plastikschilder getrommelt, sondern dazu im Chor gerufen: „Auch Ihr braucht Jesus“. Und was macht der bayrische Polizist, wenn er mal wieder in putativer Notwehr irgendso einen Typen umlegen mußte? Hände falten und mit kräftiger Stimme sagen: „Auch Dich hat Jesus nicht endgültig aufgegeben.“



Loki Schmidt, sumpfdotternde Freistilmalerin, hat sich nun endgültig von ihrem Gatten getrennt. Von Scheidung allerdings soll keine Rede sein: „Ich kann nur einfach bei seinem Tempo nicht mehr Schritt halten. Aber wenn er wieder eine neue Batterie braucht, kann er ja gerne mal anrufen.“



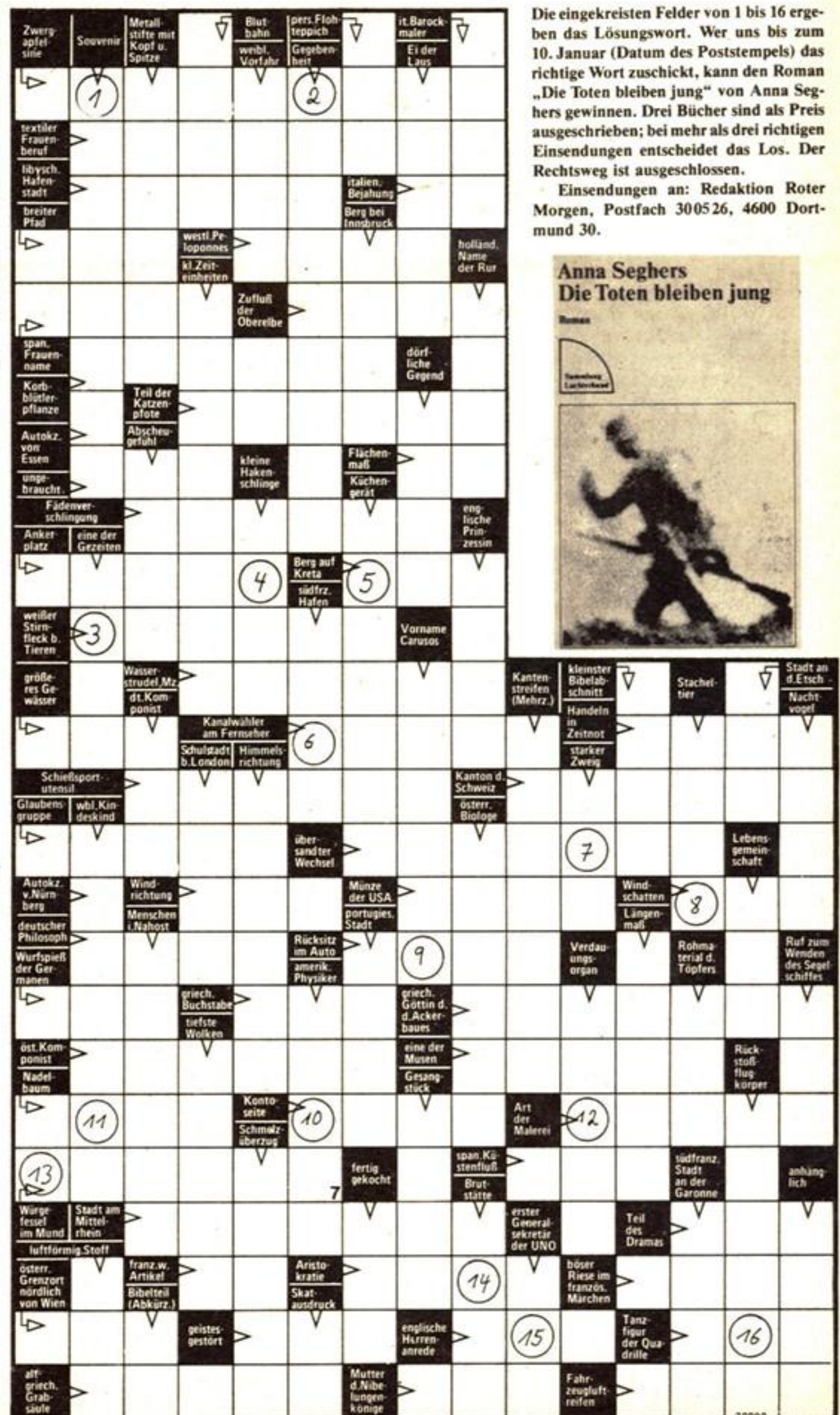
Schöne Grüße von der AOK

Preisrätsel

Die eingekreisten Felder von 1 bis 16 ergeben das Lösungswort. Wer uns bis zum 10. Januar (Datum des Poststempels) das richtige Wort zuschickt, kann den Roman „Die Toten bleiben jung“ von Anna Seghers gewinnen. Drei Bücher sind als Preis ausgeschrieben; bei mehr als drei richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Einsendungen an: Redaktion Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Anna Seghers
Die Toten bleiben jung



Epiphaniast

Die heiligen drei Könige mit ihrem Stern,
sie essen, sie trinken und bezahlen nicht gern;
sie essen gern, sie trinken gern,
sie essen, sie trinken und bezahlen nicht gern.

Die heiligen drei Könige, sie kommen allhier,
es sind ihrer drei und nicht ihrer vier,
und wenn zu drein der vierte wär,
so wär ein heiliger drei König mehr.

Ich erster bin der weiß und auch der schön,
bei Tage solltet ihr mich erst sehn!
Doch ach, mit allen Spezereien
werd ich mein Tag kein Mädchen mehr erfreuen.

Ich aber bin der braun und bin der lang,
bekannt bei Weibern wohl und bei Gesang;
ich bringe Gold statt Spezereien,
da werd ich überall willkommen sein.

Ich endlich bin der schwarz und bin der klein
und mag auch wohl einmal recht lustig sein.
Ich esse gern, ich trinke gern,
ich esse, trinke und bedanke mich gern.

Die heiligen drei Könige sind wohlgesinnt,
sie suchen die Mutter und das Kind;
der Joseph fromm sitzt auch dabei,
der Ochs und Esel liegen auf der Streu.

Wir bringen Myrrhen, wir bringen Gold,
dem Weihrauch sind die Damen hold,
und haben wir Wein von gutem Gewächs,
so trinken wir drei so gut wie ihrer sechs.

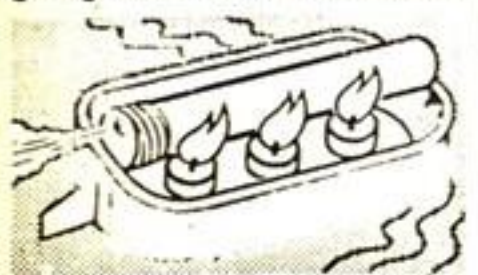
Da wir hier nun schöne Herrn und Frauen,
aber keine Ochs und Esel schau,
so sind wir nicht am rechten Ort
und ziehen unseres Weges weiter fort.

Goethe

Düsenboot

Bohre von innen her ein Loch in den Schraubdeckel eines 10 cm langen Tablettenröhrchens aus Aluminium und fülle etwas Wasser hinein. Klemme das Röhrchen in eine leere Sardinendose und bringe etwas Trockenspirit oder drei kurze Kerzenstummel unter das Röhrchen. Nach dem Anzünden kommt das Wasser bald zum Kochen, und der nach hinten entweichende Dampfstrahl treibt das Boot an.

Beim Kochen entsteht im Bootskessel Wasserdampf. Da er sich stark ausdehnt, entweicht er mit großem Druck durch die Düse und bewirkt einen Rückstoß. Der Versuch gelingt aber nur bei Windstille.



Sonnenkraftwerk

In einer Schüssel lassen sich Sonnenstrahlen auffangen und mit ihrer Wärme Kartoffeln im eigenen Saft grillen. Ein »nahrhafter« Spaß und ein lehrreiches Experiment zugleich: Nimm eine Suppenterrine oder eine große Salatschüssel mit möglichst kleiner Bodenfläche und lege sie innen mit Aluminiumfolie — blanke Seite nach außen — aus. Glätte die Falten mit einem Gummiball und einem Löffel, bis die Folie wie ein Spiegel wirkt. Reiß sie am Boden der Schüssel ein wenig auf, um einen Saughaken festdrücken zu können. An ihn steckst du eine kleine, rohe Kartoffel.



Richtest du den Kocher an einem warmen Tag auf die Mittagssonne, wird die Kartoffel sofort heiß und nach einiger Zeit gar. Ab und zu muß man die Schüssel neu auf die Sonne einstellen. Die einfallenden Sonnenstrahlen werden von der Aluminiumfolie zur Mitte reflektiert und auf der Kartoffel konzentriert.

In tropischen Ländern verwendet man Hohlspiegel zum Kochen von Speisen. Es gibt aber auch große Kraftwerke, die mit riesigen Hohlspiegeln soviel Sonnenenergie auffangen, daß in ihrem Brennpunkt Temperaturen von 3000 Grad Celsius entstehen. Mit dieser Wärme wird Eisen geschmolzen, Meerwasser destilliert und Dampf für Elektrizitätswerke erzeugt.

Kindersseite



Schwein und Ziege wandern aus

Eine Ziege und ein Schwein gingen einmal auf Wanderschaft, weil es ihnen dort, wo sie lebten, nicht mehr gefiel. Da kamen sie in eine Wüste. Nachdem sie mehrere Tage gegangen waren, ohne ein Lebewesen getroffen zu haben, sahen sie vor sich eine Oase mit herrlichem klarem Wasser, saftigem Gras und Feigenbäumen voll von prallen Früchten. Da liefen sie, so

waren völlig erschöpft. „Wie du siehst, steht es nicht gut um uns“, sagten sie. „Laß uns zuerst den Durst löschen und den Hunger stillen, danach können wir weiterreden.“

„Nichts da!“ brüllte der Löwe. „Zuerst will ich etwas von euch haben.“ Er wagte die beiden aber nicht anzugreifen, da sie zu weit waren.

Das Schwein und die Ziege



schnell sie nur konnten, denn inzwischen standen sie kurz vor dem Verdurstenden und Verhungern.

Aber als sie die Oase schon fast erreicht hatten, trat ihnen ein großer Löwe entgegen und sprach: „Diese Oase gehört mir. Wer essen und trinken will, muß etwas dafür bezahlen.“

Das Schwein und die Ziege

waren ratlos. „Alles, was wir haben, sind wir selber“, sagten sie.

Der Löwe leckte sich das Maul und knurrte: „Was geht mich das an?“

„Was möchtest du denn am liebsten haben?“ fragten das Schwein und die Ziege.

„Fleisch“, knurrte der Löwe und seine Augen funkelten.

„Ich habe schon seit zwei Wochen nichts Richtiges mehr gegessen. Von den Feigen, die hier wachsen, verderbe ich mir nur den Magen.“

Da wollte das Schwein dem Löwen die Ziege versprechen, und die Ziege wollte ihm das Schwein versprechen. Aber als sie ihre gegenseitigen Absichten bemerkten, schämten sie sich voreinander.

„Wir müssen eine Lösung finden, die uns beiden hilft“, grunzte das Schwein.

Die Ziege nickte. „Wir sollten uns die Sache bis morgen überlegen“, meckerte sie.

Das sagten sie dem Löwen. Dann gingen sie ein Stück des Weges zurück, suchten sich ein Versteck für die Nacht und schliefen mit knurrenden Mägen ein.

Am nächsten Morgen, gerade als sie berieten, was nun zu tun sei, sahen sie ein Kamel daherkommen. Dem schien es nicht viel besser zu gehen als ihnen. Nachdem sich die drei begrüßt hatten, erzählten das Schwein und die Ziege vom Löwen und seiner Forderung. Das Kamel wiegte nachdenklich seinen Kopf.

„Was nützt es, wenn wir saufen und fressen“, meinte es. Bei diesen Worten zog es ein paar trockene Datteln und einen Wassersack aus seinem Gepäck

und teilte alles mit den anderen.

Anschließend legten sich die drei in den Schatten und schliefen. Gegen Abend erwachten sie von Hufgetrappel. Zwei Pferde trotteten auf dem Weg heran. Als sie das Lager sahen, kamen sie herbei, um zu übernachten. Eine Lösung des Problems wußten sie zwar auch nicht; aber sie hatten etwas Futter und Wasser bei sich, das sie brüderlich teilten.

Am nächsten Tag berieten die fünf erneut über die Lage.

„Der Löwe“, grunzte das Schwein, „wird im allgemeinen als König der Tiere angesehen. Gegen den können wir nichts ausrichten.“

„Ach was!“ meckerte die Ziege. „Das ist bloß ein Gerücht. Könige gibt es doch heutzutage gar nicht mehr.“

„Es wäre ja gelacht“, brummte das Kamel, „wenn wir zu fünf nicht gegen einen alten verfressenen Löwen ankämen.“

„Der wird sich wundern, wie wir ihm das Fell gerben!“ wieherten die Pferde.

Also begaben sie sich, einer neben dem anderen, kampfbereit auf den Weg zur Oase. Als der Löwe sie so ankommen sah, machte er sich schnell aus dem Staub, und alle Köstlichkeiten standen ihnen offen.

Wolfgang Bittner

Aktion von Kindern gegen Kriegsspielzeug

Am Donnerstag vor Weihnachten haben einige Schulkinder in der Hamburger Straße eine Aktion gegen Kriegsspielzeug gemacht. Auf der einen Seite eines Schaufensters war ganz viel Kriegsspielzeug, z.B. Panzer, Flugzeugträger, Kriegslandschaften.

Der Ladenbesitzer hat die Polizei alarmiert. Die beiden Polizisten haben einen Erwachsenen von uns mit in den Laden genommen, wir sind auch mit. Die Polizisten haben gesagt, daß wir nicht aufnehmen dürfen, was sie sagen. Der Ladenbesitzer wollte den Erwachsenen anzeigen. Die Polizisten haben erklärt, daß er das nachlassen soll, weil draußen sowieso schon genug los ist. Danach haben wir noch nicht aufgehört, zu interviewen. Wir haben noch weitergemacht und sind später erst weggegangen.

Ein Mann hat gesagt, daß ein Panzer dasselbe ist wie eine Babypuppe. Aber das stimmt nicht. Mit einer Babypuppe kann man Anziehen spielen und so.

Mit einem Panzer spielt man aber totschießen.

Ich bin dafür, daß man alles Kriegsspielzeug wegwirft oder kaputtmacht.

Costas,
9 Jahre



Wir haben das Schaufenster mit Papier zugeklebt. Einige Kinder haben sich darum gestellt und zwei haben mit einem Rekorder Interviews gemacht. Auch die meisten Leute waren gegen Kriegsspielzeug.

Der Kaiser Napoleon und mein Freund, der Zimmermann

Der große Kaiser Napoleon
Der war ein wenig kurz
Doch alle Welt erzitterte
Vor seinem kleinsten Furz.
Alle Welt erzitterte.

Das kam, er hatte Kanonen
Damit schoß er alles in Klump.
Und wer nicht vor ihm erzitterte
Den schimpfte er einen Lump.
Aber jeder erzitterte.

Mein Freund, der ist ein Zimmermann
Der baut Häuser und ist nicht faul
Doch wenn er einen Wunsch hat
Dann sagt man zu ihm: Halt's Maul!
Alle sagen dann nur: Halt's Maul.

Und hätte mein Freund Kanonen
Und wäre sonst stinkfaul
Dann könnte er bekommen, was immer er wollt
Und niemand sagte: Halt's Maul!
Kein Mensch sagte da: Halt's Maul.



Maus und Elefant spielen zusammen Fußball. In der Hitze des Gefechts tritt der Elefant versehentlich auf die Maus. Durch diesen Tritt wird sie in den Boden gestampft. Nachdem die Maus sich wieder ausgebuddelt hat und sich den Staub aus dem Pelz klopft, entschuldigt sich der Elefant: „Du, das habe ich wirklich nicht gewollt.“ „Ach laß nur“, sagt die Maus, „das hätte mir schließlich auch passieren können.“

ZUERST ZEIG ICH DIR,
WAS MUT IST



ARSCHGEIGEN!
PFEIFENKÖPPE!



UND JETZT ZEIG ICH DIR,
WAS SCHNELLIGKEIT IST





Wladimir Iljitsch Lenin

Über das Besteigen hoher Berge

Stellen wir uns einen Menschen vor, der einen sehr hohen, steilen und noch unerforschten Berg besteigt. Nehmen wir an, es sei ihm gelungen nach Überwindung unerhörter Schwierigkeiten und Gefahren viel höher zu steigen als seine Vorgänger, den Gipfel habe er aber dennoch nicht erreicht. Er befindet sich nun in einer Lage, in der ein Weiterkommen in der gewählten Richtung und auf dem eingeschlagenen Weg schon nicht mehr nur schwierig und gefährlich, sondern geradezu unmöglich geworden ist. Er muß umkehren, abwärts steigen, andere Wege suchen, die zwar länger sein mögen, dafür aber die Möglichkeit in Aussicht stellen, den Gipfel zu erreichen. Der Abstieg in dieser in der Welt noch nie erlebten Höhe, auf der sich unser hypothetischer Bergsteiger befindet, bietet vielleicht gar noch größere Gefahren und Schwierigkeiten als der Aufstieg. Man tut leichter einen Fehltritt; es ist nicht so bequem, sich die Stelle anzusehen, auf die man den Fuß setzt; es fehlt jene besonders gehobene Stimmung, die durch das unmittelbare Hinaufsteigen, direkt dem Ziel zu, entstanden war, usw. Man muß sich anseilen, ganze Stunden darauf verwenden, mit dem Pickel Stufen oder Stellen zur sicheren Befestigung des Seils auszuhauen, man muß sich mit der Langsamkeit einer Schildkröte fortbewegen, und noch dazu rückwärts, abwärts, weg vom Ziel, und immer noch ist nicht zu sehen, ob dieser verzweifelt gefährliche, qualvolle Abstieg ein Ende nimmt, ob sich ein einigermaßen aussichtsreicher Umweg finden läßt, auf dem man wieder — kühner, rascher und direkter — vorwärts, aufwärts, dem Gipfel zu gehen könnte.

Es dürfte wohl ganz natürlich sein anzunehmen, daß sich bei einem Menschen, der in eine solche Lage geraten ist, Minuten der Verzweiflung einstellen — trotz der unerhörten Höhe, die er erreicht hat. Und wahrscheinlich wären diese Minuten zahlreicher, häufiger, schwerer, wenn er gewisse Stimmen von unten hören könnte, von Leuten, die aus gefahrloser Ferne, durchs Fernrohr, diesen höchst gefährlichen Abstieg beobachten, den man nicht einmal (nach

dem Muster der „Smena-Wech“-Leute) einen „Abstieg mit Bremse“ nennen kann, denn eine Bremse setzt einen gut durchkonstruierten, schon ausprobierten Wagen, eine im voraus gebaute Straße und schon früher erprobte Mechanismen voraus. Hier aber gibt es weder Wagen noch Straße, überhaupt nichts, schlechthin nichts, was vorher erprobt worden wäre!

Die Stimmen von unten aber klingen schadenfroh. Die einen zeigen ihre Schadenfreude offen, johlen und schreien: Gleich wird er abstürzen, geschieht ihm ganz recht, das ist ja Wahnsinn, was er macht! Die andern trachten ihre Schadenfreude zu verbergen, sie machen es vorwiegend wie Juduschka Golowljow; kummervoll richten sie ihre Blicke zum Himmel: Zu unserem größten Leidwesen bestätigen sich unsere Befürchtungen! Haben wir, die wir unser ganzes Leben auf die Vorbereitung eines vernünftigen Plans zur Besteigung dieses Berges verwandt haben, nicht den Aufschub der Besteigung verlangt, solange unser Plan nicht fix und fertig ausgearbeitet vorliegt? Und wenn wir den Weg so leidenschaftlich bekämpft haben, den dieser Wahnwitzige jetzt selber aufgibt (seht, seht, er ist zurückgegangen, er steigt abwärts, er müht sich stundenlang ab, um die Möglichkeit zu erhalten, eine armselige Elle vorwärtszukommen! Uns aber hat er mit den gemeinsten Worten beschimpft, als wir systematisch Mäßigung und Akkuratess verlangten!) — wenn wir den Wahnwitzigen so leidenschaftlich verurteilt und alle davor gewarnt haben, ihn nachzuahmen und zu unterstützen, so haben wir das ausschließlich aus Liebe zu dem großen Plan der Besteigung dieses nämlichen Berges getan, um diesen großen Plan als Ganzes nicht zu kompromittieren!

Zum Glück kann unser hypothetischer Bergsteiger unter den in unserem Beispiel angenommenen Verhältnissen die Stimmen dieser „wahren Freunde“ der Idee des Bergsteigens nicht hören, es könnte ihm sonst vielleicht übel werden. Übelkeit aber, sagt man, ist der Frische des Kopfes und der Festigkeit der Beine nicht zuträglich, zumal in sehr großen Höhen.

Egon Erwin Kisch

Lenins möbliertes Zimmer

Die Spielgasse buckelt sich aufwärts und seitwärts, sie ist eng, daß selbst ein Handkarren nicht durchfahren könnte, und wenn sie auch anfangs Miene macht, den Zürcher Berg zu erklimmen, so muß sie doch dieses Beginnen auf halbem Wege aufgeben und sich wieder senken, ohne den Fenstern ihrer Häuschen eine Aussicht auf die Wellen des Limmat, auf die kristallene Unendlichkeit des Sees und die blaugrünen Bergwälder zu gewähren. Hier wohnen keine Touristen, keine Vergnügungsreisenden, hier sind kleine Handwerker und Arbeiter ansässig, hier hat Wladimir Iljitsch Uljanow gelebt, in Sozialistenkreisen unter dem Namen Lenin bekannt, von den Fraktionsgenossen verehrt, von den anderen wegen seiner Konsequenz und Konzessionslosigkeit belächelt — ein Mathematiker der Utopie, ein Mann, der Details für eine Diktatur des Proletariats ausrechnete, als ob die Romanows gewillt seien, sich ihres Thrones wegen dieser Berechnungen eines Exilierten zu entäußern und den Kreml zu verlassen, damit dort der Untermieter eines Zürcher Flickschusters einziehen könne...

Ja, Herr T. Kammerer ist ein Flickschuster; ich habe seine Bekanntschaft gemacht, indem ich seinen Laden in der Spiegelgasse aufsuchte, um meine Stiefel ausbessern zu lassen. Nachdem er die Arbeit mit achtzig Rappen bewertet hatte, zog ich die Schuhe aus, er stülpte sie über den Leisten, und das Gespräch konnte nun leicht auf den Mieter gelenkt werden, der anderthalb Jahre, von Anfang 1916 bis zum April 1917, bei ihm logiert hat, im Hause neben der Schusterwerkstätte, Spiegelgasse 14, oben im zweiten Stock. Meister Kammerer hat die Wohnung zum Maitermin 1917 gekündigt und ist in die Culmannstraße übersiedelt, wo er für Herrn und Frau Uljanow gleichfalls ein Zimmerchen reservierte.

„Es ist leider nicht dazu gekommen“, erklärt der Schuhmacher, „am 8. April 1917 hat mir Herr Uljanow mitgeteilt, daß er gleich abreisen muß. Ich habe ihm geantwortet: ‚Das Zimmer ist doch bis zum 1. Mai bezahlt, warum wollen Sie jetzt schon weg?‘ Er hat dringend in Rußland zu tun, sagte er mir darauf. Na, ich hab den Kopf geschüttelt, denn daß jemand die Miete für einen halben Monat verfallen läßt, noch dazu, wenn man kein überflüssiges Geld hat wie Herr Uljanow, ist sehr komisch, das müssen Sie doch selbst zugeben. Was für ein Mieter war er, der Herr Uljanow? Mein Gott ich war zufrieden.“



den mit ihm, achtundzwanzig Franken hat er monatlich für das Zimmer bezahlt, das war genug im Krieg, heute würde es mehr kosten, fünfunddreißig bis vierzig Franken mindestens, und er hat uns nicht viel zu schaffen gegeben. Küchenbenutzung war ausgemacht, Frau Uljanow hat den ganzen lieben Tag am Tisch gesessen, Bücher gelesen und Zeitungen und bis spät in die Nacht hinein geschrieben. Jesus, hat der Briefe und Zeitungen bekommen! Sehen Sie, dieser Winkel war täglich voll, und Herr Uljanow hat sie geholt, damit der Postbote nicht so oft die Treppe steigen muß.“

Der Winkel ist die Ecke eines

Regals gleich neben der Tür, eine Reihe alter Pappkartons mit der Aufschrift „Bottines“ liegt unten, und darüber ist Raum genug, Briefe und Berichte von Gorki, von Bucharin, von Sinowjew, von Rosa Luxemburg, von Tschitscherin und Radek aufzunehmen.

„Manche Briefe waren an ‚Lenin‘ adressiert, und ich hab die Frau Uljanow gefragt, wieso das kommt, da hat sie mir erklärt, ‚wir sind russische Flüchtlinge, und das ist ein angestimmter Name‘ — ‚gut‘, hab ich gesagt, ‚das geht mich nichts an, Sie sind beim Meldeamt eingetragen, alles andere kümmert mich nicht‘.“

Herr Kammerer sitzt auf dem Schemel und hämmert auf den Absatz meines Stiefels, sein jüngster Sohn hockt, mit der Ahle hantierend, neben ihm. „Wie sie weggezogen sind, Herr Uljanow und seine Frau, hab ich eine Unmenge von Schriften und Zeitung verbrannt, einen ganzen Berg, ich konnt's ja nicht in die neue Wohnung mitnehmen, und daß er ein so großes Tier in Rußland wird, hätte ich nie gedacht, das schwöre ich Ihnen. Zum Abschied habe ich ihm Glück gewünscht und ihm gesagt: ‚Hoffentlich werden Sie in Rußland nicht so viel arbeiten müssen wie hier, Herr Uljanow!‘ Da hat er nachdenklich geantwortet: ‚Ich glaube, Herr

Kammerer, ich werde in Petersburg noch mehr Arbeit haben.‘ — ‚Na, na‘, hab ich darauf gemeint, ‚mehr schreiben als hier können Sie ja gar nicht. Werden Sie denn gleich ein Zimmer finden in Rußland, dort soll doch große Wohnungsnot sein?‘ — ‚Ein Zimmer krieg ich jedenfalls‘, hat der Herr Uljanow zu mir gesprochen, ‚aber ob es so still sein wird wie bei Ihnen, Herr Kammerer, das weiß ich noch nicht.‘ Dann ist er halt weggefahren.“

Herr Kammerer klopft, zur Bekräftigung dieses von seinem Mieter erhaltenen Lobes, mit dem Hammer auf den Flicker, der meinen Stiefel zieren wird, nimmt das Geld entgegen, und während ich die Schuhe anziehe, zeigt er auf das Nachbarhaus. „Da oben das Fenster, dort hat Herr Uljanow sein Zimmer gehabt. Der Tapezierer Stocker wohnt jetzt drinnen.“

Abgebrockelter Mörtel kennzeichnet die Fassade, ebenerdig ist eine Gastwirtschaft „Zum Jakobsbrunnen“, die Holztreppe steil — schon mehr Leiter als Stiege. Frau Stocker führt mich in die Kammer, die Herr Kammerer an Lenin vermietet hatte. Ganz niedrig ist das Zimmerchen, man kann den Arm nicht hochstrecken, ohne die flache Decke zu berühren, drei Meter breit, kaum vier, fünf Meter lang, rechts an der Tür ein eiserner Ofen, dessen Rohr durch das ganze Zimmer geht, in der Holzverkleidung der Mauer neben dem Fenster eine eingelassene Kommode. Das Doppelbett und die vielen Heiligenbilder an den Wänden sind Eigentum der neuen Mieter, doch die Anordnung der Möbel dürfte auch früher nicht wesentlich anders gewesen sein. Dort, wo jetzt der Tisch ist, muß, denn sonst ist kein Platz da, immer ein Tisch gestanden haben in dieser dumpfigen Armeleutestube für achtundzwanzig Franken Monatsmiete, der Tisch, an dem ein Flüchtling im trüben Licht der engen Gasse saß.

Die Teppichweber von Kujan-Bulak ehren Lenin

Bertolt Brecht

I

Oftmals wurde geehrt und ausgiebig
Der Genosse Lenin. Büsten gibt es und Standbilder.
Städte wurden nach ihm benannt und Kinder.
Reden werden gehalten in vielerlei Sprachen
Versammlungen gibt es und Demonstrationen
Von Shanghai bis Chicago, Lenin zu Ehren.
So aber ehrten ihn die Teppichweber von Kujan-Bulak
Kleiner Ortschaft im südlichen Turkestan:

Zwanzig Teppichweber stehen dort abends
Fiebergeschüttelt auf von dem ärmlichen Webstuhl.
Fieber geht um: die Bahnstation
Ist erfüllt von dem Summen der Stechmücken, dicker Wolke
Die sich erhebt aus dem Sumpf hinter dem alten
Kamelfriedhof.

Aber die Eisenbahn, die
Alle zwei Wochen Wasser und Rauch bringt, bringt
Eines Tages die Nachricht auch
Daß der Tag der Ehrung des Genossen Lenin bevorsteht.
Und es beschließen die Leute von Kujan-Bulak
Arme Leute, Teppichweber
Daß dem Genossen Lenin auch in ihrer Ortschaft
Aufgestellt werde die gipserne Büste.
Als nun aber das Geld gesammelt wird für die Büste
Stehen sie alle geschüttelt vom Fieber und zahlen
Ihre mühsam erworbenen Kopeken mit fliegenden Händen.
Und der Rotarmist Stepa Gamalew, der
Sorgsam Zählende und genau Schauende
Sieht die Bereitschaft, Lenin zu ehren, und freut sich
Aber er sieht auch die unsicheren Hände.

Und er macht plötzlich den Vorschlag
Mit dem Geld für die Büste Petroleum zu kaufen und
Es auf den Sumpf zu gießen hinter dem Kamelfriedhof
Von dem her die Stechmücken kommen, welche
Das Fieber erzeugen.
So also das Fieber zu bekämpfen in Kujan-Bulak, und zwar
Zu Ehren des gestorbenen, aber
Nicht zu vergessenden
Genossen Lenin.

Sie beschlossen es. An dem Tag der Ehrung trugen sie
Ihre zerbeulten Eimer, gefüllt mit dem schwarzen Petroleum
Einer hinter dem andern hinaus
Und begossen den Sumpf damit.

So nützten sie sich, indem sie Lenin ehrten und
Ehrten ihn, indem sie sich nützten, und hatten ihn
Also verstanden.

2

Wir haben gehört, wie die Leute von Kujan-Bulak
Lenin ehrten. Als nun am Abend
Das Petroleum gekauft und ausgegossen über den Sumpf war
Stand ein Mann auf in der Versammlung, und der verlangte
Daß eine Tafel angebracht würde an der Bahnstation
Mit dem Bericht dieses Vorgangs, enthaltend
Auch genau den geänderten Plan und den Eintausch der
Leninbüste gegen die fiebertöten Tonne Petroleum.
Und dies alles zu Ehren Lenins.
Und sie machten auch das noch
Und setzten die Tafel.



Schon der Beginn des Jahres 1981 stand im Zeichen machtvoller Aktionen der Arbeiterklasse. Rund drei Millionen Metallarbeiter beteiligten sich an den Warnstreiks, die im ganzen Land während der Tarifrunde durchgeführt wurden (Bild rechts oben). Die Kapitalisten waren mit dem erklärten Ziel in diese Tarifrunde gegangen, eine grundsätzliche „lohnpolitische Wende“ durchzusetzen. Sie konnten ihre Ziele zwar nicht vollständig verwirklichen; weil jedoch die IGM-Führung nicht bereit war, einen Vollstreik zu organisieren, konnte in der Tarifrunde nicht einmal eine Reallohnsicherung durchgesetzt werden.

Im Januar führte die RGO ihren 2. Kongreß durch — während der Betriebsratswahlen in den folgenden Monaten zeigte sich dann, daß die RGO ihre Positionen in den Betriebsräten festigen und zum Teil auch weiter ausbauen konnte. Auch andere



1981



oppositionelle Gruppen (unser Bild oben links zeigt die oppositionelle Liste bei den DRK-Schwestern in Essen) konnten zum Teil große Erfolge bei den Betriebsratswahlen erringen.

Auf zwei Millionen steuert die Zahl der Arbeitslosen in der BRD zu. Im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung setzten vor allem die Kollegen von VDM und Adler in Frankfurt ein sichtbares Zeichen. Unser Foto (oben) zeigt das von Arbeitern besetzte VDM-Werk.



1981 war das Jahr der großen Massendemonstrationen. 100 000 marschierten trotz Verbot zum Bauplatz des AKW/Brokdorf (oben). Den Höhepunkt der schnell erstarkten Friedensbewegung bildete die Demonstration am 10. Oktober in Bonn, zu der 300 000 Menschen kamen (unten).

Ihren 2. Kongreß führte die Kommunistische Jugend Deutschlands im Mai durch (rechts). Der Kongreß schuf wichtige Grundlagen für eine Verbesserung der Arbeit des Jugendverbands unserer Partei.

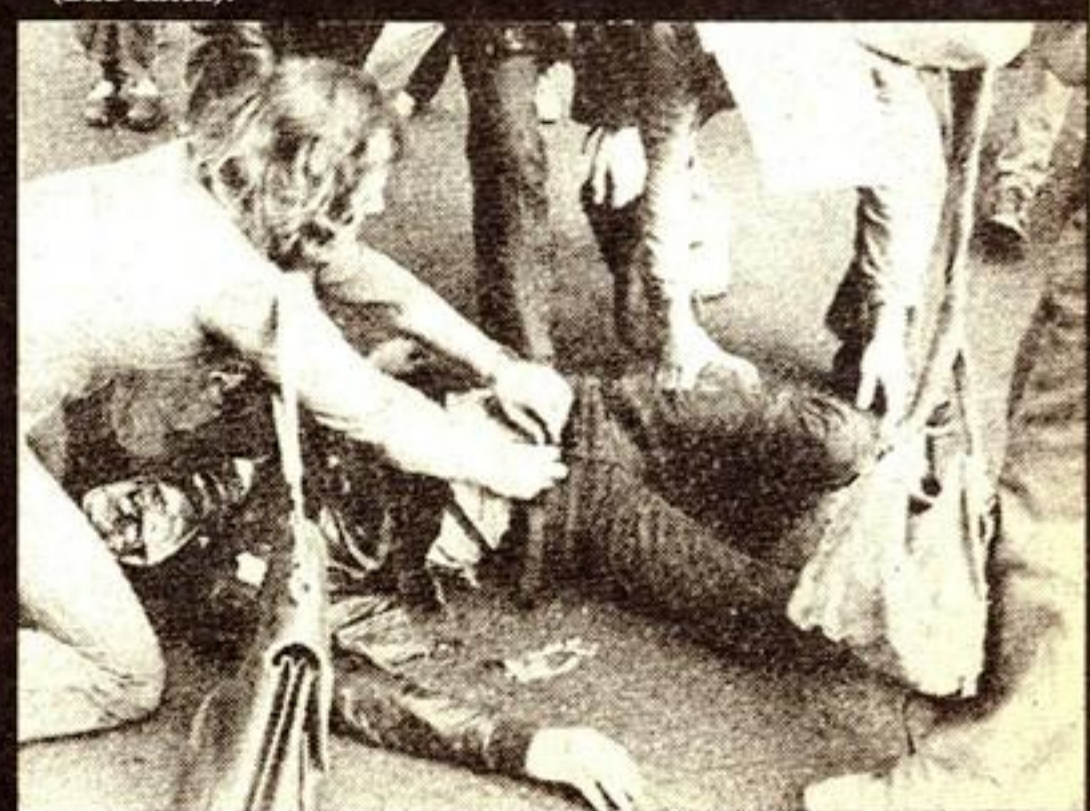


Arbeiterprotest gegen Sozialabbau — 70 000 Kollegen aus Baden-Württemberg kamen im November nach Stuttgart, um gegen die reaktionäre Bonner Sparpolitik zu demonstrieren.

Erfolgreiche Solidaritätsaktion in Ostberlin — vier Mitglieder des Solidaritätskomitees mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR ketteten sich auf dem Ostberliner Alexanderplatz an (Bild oben). Diese Protestaktion gegen die Verhaftung von Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und der anderen Oppositionellen erregte beträchtliches Aufsehen.



Mit brutalem Terror ging die Polizei vor allem in Westberlin gegen Hausbesetzer vor. Der 18jährige Klaus-Jürgen Rattay fand dabei den Tod, als er von einem Polizeikommando vor einen Bus getrieben wurde (Bild unten).



Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 52, 23 Aralık 1981

Yıl: 15

1 DM

Polonya'da grev ve yürüyüşler yoğunlaşmaktadır

Askeri diktatörlüğe karşı direniş sürüyor

Greve giden maden işçileri katledildi

VARŞOVA. — Askeri diktatörlük kitlesel tutuklamalara gitmesine, grevcilere açıkça saldırarak katliama girişmesine ve ülkede azgınca bir terör estirmesine rağmen, Polonya işçi sınıfının direnişini kıramadı. Geçen hafta da ülkenin tüm sanayii bölgelerinde mücadeleciler eylemlerin düzenlendiği açıklandı.

Darbeden sonra Jaruzelski askeri diktatörlüğünün koyduğu haber iletme yasağı hala geçerliliğini korumaktadır. Bu nedenle Jaruzelski rejimine karşı sürdürülen mücadelenin boyutları üzerine kesin bir görüş edinebilmek oldukça zorlaşmaktadır. Fakat buna rağmen direnişin yoğun bir şekilde sürdüğünü Polonya televizyonun sürekli tekrarladığı haberlerinden de çıkarak söyleyebiliriz. Darbenin hemen ardından, geçen hafta başında, darbecilerin her tarafta başvurduğu aynı yöntemle; ordu, "ülkede sukunetin sağlandığını ve hayatın tekrar normale döndüğünü" iddia etti.

Ancak bu açıklamayı yapan askeri diktatörlüğün elebaşları bir kaç gün sonra büyük işletmelerde işçi sınıfının askeri diktatörlüğe karşı grev eylemleri ile direniş geçtiğini kabul etmek zorunda kaldılar. Darbenin açıklanmasının hemen ardından Varşova'daki "Ursus" traktör firması "Huta Warszawa" çelik dökümhanesi, Baltık Denizi sahilindeki tersaneler, Yukarı Silezya bölgesinde kömür ocakları ve diğer bir dizi işletme, işçiler tarafından işgal edildi.

Öte yandan Polonya ordusu grevdeki işçilere vahşice saldırdı. Açıklananlara göre Danzig'deki Lenin tersanesinin giriş kapılarını panzerle kırarak içeri girildiği belirtilmektedir. Bunun ardından ordunun bir yıldırım birliği hemen tersanedeki işçilere karşı saldırıya geçmiştir. İşçilerin soğuktan dolayı içine oturdukları tren vagonları devrilmiş, grevci işçileri cop dayayından geçirmiştir. Danimarka Sendikalar Birliği'nin "güvenilir haber olarak" verdiği göre, Lenin tersanesindeki bir saldırıda dört işçi katledilmiş ve bir çoğu ise yaralanmıştır.

Ordu Danzig şehrinde olduğu gibi aynı vahşilikle hafta boyunca işgal edilmiş diğer işletmeler de boşaltmaya girişti. Katowice bölgesinde ordu grevde olan "Wujek" kömür ocağı işçilerine ateş açtı. Polonya askeri diktatörlüğünün bu vahşice saldırısında yedi maden işçisi katledildi, 39 işçi ise yaralandı. Polonya ordusunun işçilere karşı giriştiği bu vahşi faşist saldırı, askeri diktatörlük tarafından sadece tasdik edilmedi, onlar bu saldırılarını tekrar tekrar televizyonda da yayınladılar.

İşçilerin düzenlediği bu eylemler Varşova ve Moskova'nın ileri sürdüğü "darbeden sonra ilan edilen sıkıyönetimi, halkın kayıtsız şartsız kabul ettiği" sahte sözlerine verilen bir cevaptır. Ordunun işçilere karşı giriştiği vahşice terörü yaygınlaştırarak, Polonya generalleri ve onların arkasındaki Sovyet güçleri bu tür korkutma eylemleri ile mücadelenin boyutlarının genişletilmesini engelleyebileceklerini sanıyorlar. Ama onların bu çabaları boşuna.

Jaruzelski sıkıyönetimin ilanının ardından yaptığı konuşmasında; "geçen yıl başlatılan demokratikleşme adımının temel ön şartlarından geriye dönüş yok" demişti. Ancak şimdi darbecilerin bu sahte demok-

strateji kendisini sadece rejimin şimdi grevlere ve yürüyüşlere karşı çıplak zorbalığa başvurmasında, işçilerin ana işletmelerde greve gitmesini ölüm cezasıyla çarptırılacağını öngören faşist kanunların Askeri Konsey tarafından çıkarılmasında göstermektedir.

Görüldüğü gibi askeri diktatörlük, Polonya işçi sınıfının 1980 yazında sürdürdüğü yoğun mücadelenin sonucu kurulmasını sağladığı "Dayanışma" sendikası tamamen tavsiye etmekte istiyor. Askeri darbenin ardından sendikaların tüm büroları işgal edildi ve bürodaki eşyaların tümü darımadana edildi. Sözde bu saldırıda, planlanmış bir darbe teşebbüsü için deliller "ele geçirilmiş". Öte yandan



Varşova sokaklarına panzerler yerleştirildi.

ratikleşme sözlerinin de ne olduğu açığa çıktı. Ayrıca Moskova, Varşova Paketi Birlikleri'nin Kumandanı, Sovyet Savaş Bakanı Kulikov'un darbeden önce Varşova'da olduğunu tasdikledi. İşte bu da Jaruzelski ve onun askeri kliğinin Moskova'nın emri üzerine darbeyi gerçekleştirdiklerinin en iyi ispatıdır. Öte yandan Kreml'deki çeteler, Polonya'da ne istediklerini çoktan dile getirdiler. Onlar "Polonya'nın demokratikleşme adımının" ortadan kaldırılmasını ve ülkenin tamamen kendilerinin sınırsız hakimiyetine verilmesini istemekteler.

Ayrıca Polonya askeri diktatörlüğünün giriştiği bu saldırılar; generallerin sahte iddialarının aksine, "geçici birer örnek" olmaktan ziyade, işçi hareketini baskı altında tutmak ve kazanılmış haklarını ortadan kaldırmak için uzun süreli olarak planlanmış bir terör stratejisinin en açık kanıtıdır. Bu

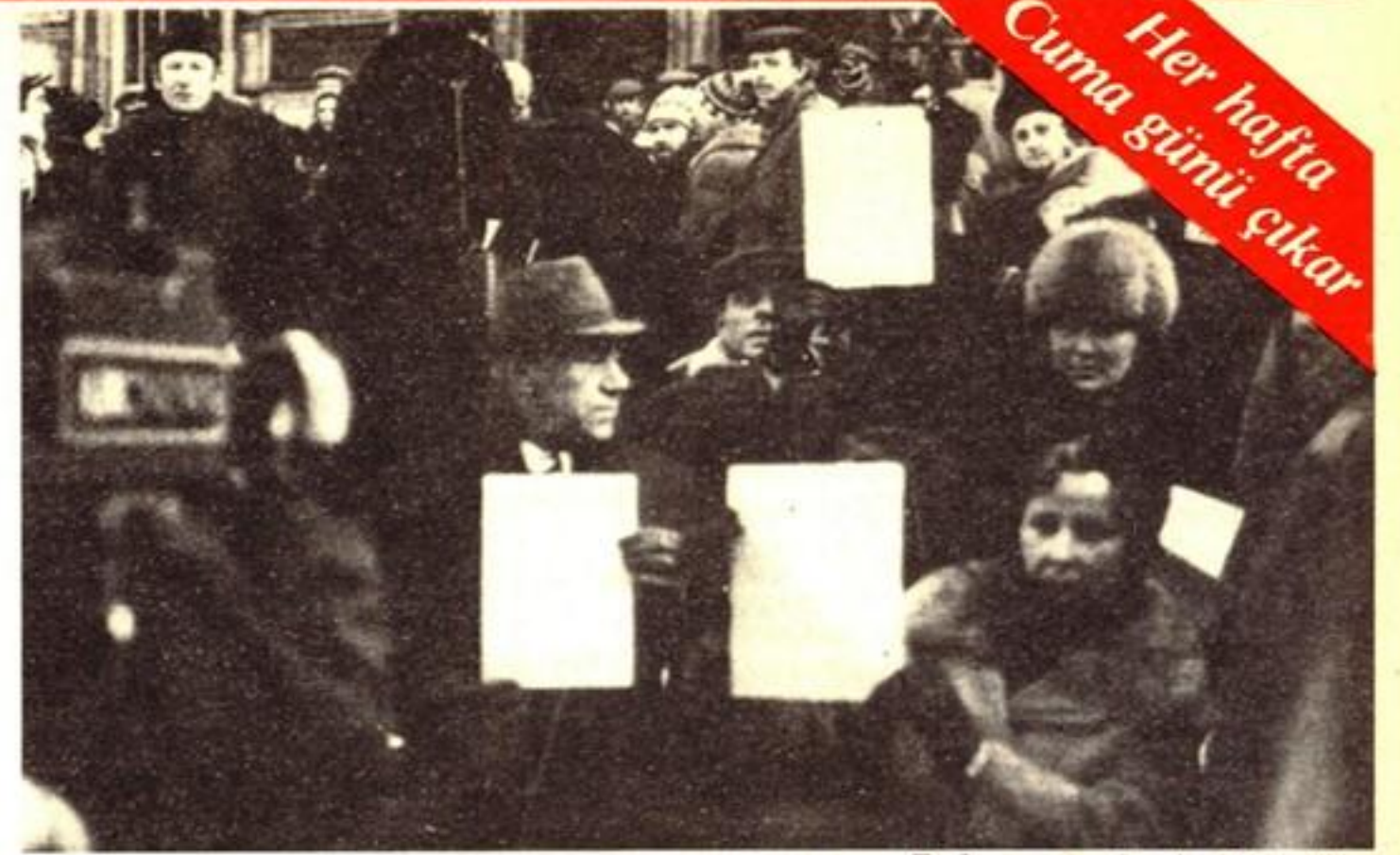
sözde karşı devrimci faaliyet sürdürdükleri gerekçesi ile uzun süreli hapis cezaları vermeye çalışacaktır. Ancak ayrıca şunu da belirtmek gerekir. Bugün tutuklu sendikacıların mahkeme önüne çıkarılıp çıkarılmayacakları da sorun teşkil etmektedir. Çünkü darbenin hemen ardından yaklaşık olarak 50.000 kişi, özellikle de "Dayanışma Sendikası"nın üyeleri tutuklandı. Tutuklular insancıl olmayan şartlar altında ailele kurulan toplama kamplarına dolduruldu, ki buralarda da soğuga karşı hiç bir korunacakları imkanı yoktur.

Polonya sınıf kardeşlerimizin şimdi uluslararası proletaryanın dayanışmasına daha çok ihtiyaçları var.

Kahrolsun Polonya Askeri Diktatörlüğü!

Polonya işçilerine özgürlük!

(„Anhaltender Widerstand gegen Militärdiktatur“)



Her hafta Cuma günü çıkar

Polonya işçileri ile dayanışma !

Polonya askeri diktatörlüğü emekçi halk üzerinde yoğun bir terör estirmesine ve katliamlara girişmesine rağmen, halkın mücadelesini bastıramadı. Üstteki resimde de görüldüğü gibi Varşova yürüyüşünün yanı sıra ülkenin her tarafında eylemler düzenlenmektedir. Bu nedenle onların bizim dayanışmamıza şimdi ihtiyaçları var. Hafta sonu Hamburg, Batı Berlin, Dortmund, Köln ve diğer bir dizi şehirlerde düzenlenen dayanışma eylemleri önümüzdeki haftalarda da gündemdedir.

DDR'deki tutuklu yoldaşlar için

Batı Berlin'de açlık grevi düzenlendi

BATI BERLİN. — Demokratik Alman Cumhuriyeti'nde (DDR) tutuklu Komünist Muhalefette Dayanışma Komitesi'nin beş üyesi geçen cuma gecesi açlık grevine başladılar. Açlık grevi sürdüren Dayanışma Komitesi'nin üyeleri, bu eylemleri ile DDR makamlarının Federal Almanya ve Batı Berlin'de DDR'deki tutuklu komünistlerin derhal serbest bırakılmasını ve mahkeme duruşmasının kamuoyuna açık olarak sürdürülmesini talep eden imza listelerini almaya zorlamak istediklerini belirttiler.

Geçen hafta cumartesi açlık grevini başlatan Dayanışma Komitesi'nin üyeleri Batı Berlin'in Wedding semtinde bir miting düzenleyerek, başlattıkları açlık grevinin amacını ve DDR'de muhalefetteki komünistlerin tutuklanmasının nedenlerini açıkladılar. Dayanışma Komitesi üyelerinin mitingi düzenledikleri esnada, KPD'li yoldaşlar da Batı Berlin'de bir çok yerde Doğu Almanya'da tutuklu bulunan yoldaşlarla dayanışmaya girmeye ve açlık grevini desteklemeye çağırarak bir bildiri dağıttılar.

Mitingin ardından Dayanışma Komitesi'nin açlık grevinde bulunan beş üyesi eylemlerini sürdürmeye devam ettiler. Eylem Doğu Berlin'e giriş sınır kapılarından biri olan Bornholmer Strasse'de yapılmaktadır.

Açlık grevindeki arkadaşlar burada pankart açarak Doğu Berlin'e geçenleri eylemin amacı konusunda aydınlatmaktalar. Dayanışma Komitesi'nin üyeleri burada bir taraftan DDR'e giden halkın dikkatlerini eyleme çekmeye çalışırken öte yandan da dağıttıkları bildiriler ve konuşmalarla DDR'den Batı Berlin'e geçenleri DDR Hükümeti'nin Komünist Muhalefete karşı sürdürdüğü terör metodları üzerine aydınlatmaktalar.

Eylemi bir bütün olarak ele alırsak; büyük bir yankı yaptı. Dayanışma Komitesi'nin sürdürdüğü bu açlık grevi, hakim sınıfların yoldaşların tutuklama olayı üzerine koydukları suskunluk çemberini kırmada ve yoldaşlarla dayanışmayı güçlendirmede ileriye doğru atılan bir adımdır.

Yeni yılınız kutlu olsun...

Kızıl Şafak Yazı Kurulu tüm okurlara mücadeleciler yeni yıl dilemektedir.

1981 yılı ile hepimiz memnun olmalıyız. Bu yıl en büyük kitlesel eylemlerin düzenlendiği bir yıl oldu. Metal işçilerinin uyarı grevlerinde sosyal hakların kısıtlanmasına karşı Stuttgart'ta düzenlenen mitingte, Brokdorf'ta yapılması planlanan atom reaktörlerinin inşaat alanını işgal etmede ve Bonn'daki barış yürüyüşünde olduğu gibi her alanda burjuvaziye ve onun devletine karşı direniş gelişti. Böylece yeni yılda hem mücadeleyi devam ettirebilmek hem de emekçi yığınları sosyalizme kazanmak için iyi bir zemin mevcuttur.

Oyleyse yeni yılda birleşik, bağımsız ve sosyalist bir Almanya için sürdürdüğümüz mücadeleyi daha da ilerletelim!

(„Ein frohes neues Jahr“)

Mehmet Shehu yoldaş öldü

Arnavutluk Haber Ajansı ATSH'nin bildirdiğine göre Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti Bakanlar Kurulu Başkanı ve AEP Politbüro üyesi Mehmet Shehu 18 Aralık gecesi geçirdiği bir sinir krizi sonucu intihar etmiştir.

Mehmet Shehu 10 Ocak 1913'te Çorush'ta doğdu. Bu şehirde ilkökulu bitirdikten sonra, Tiran'daki teknik okula gitti. Daha sonra 1937 yılında İspanya'ya giderek "Garibaldi" tugayının satında yer aldı ve Franco faşizmine karşı mücadele etti. Franko faşizminin zafer kazanmasından sonra diğer uluslararası tugaylarla birlikte Mehmet Shehu'da Fransa'daki bir toplama kampında göz altına alındı.

1942 yılının Ağustos ayında tekrar Arnavutluk'a geri döndü. Ve daha sonra 1943 yılının Şubat ayında Malakstra 1. Gönlüllü Kitası'nın kumandanı oldu. Aynı yılın ağustos ayında

ise Milli Kurtuluş Ordusu'nun 1. Müfreze Tugayı'nın kumandanlık görevini üstlendi. O, daha sonra 1943 yılında Arna-



Mehmet Shehu yoldaş

vutluk Komünist Partisi'nin Labioti'de yapılan Konferansında Merkez Komitesi aday üyeliğine seçildi. Permet'te yapılan Kongre'de ise Mehmet Shehu Ulusal Kurtuluş Cephesi Genel Konseyi'ne seçildi.

Mehmet Shehu 1944 yılının Ağustos ayında Ordunun 1. Tümen Komutanı oldu.

Arnavutluk'un kurtuluşundan sonra Mehmet Shehu tüm Parti Kongrelerinde Merkez Komitesi'ne ve Politbüro'ya seçildi.

Ona, Ordunun Genel Kurmaylık Başkanlığı, Başbakan yardımcılığı ve İçişleri Bakanlığı gibi bir dizi önemli görevler verildi. Mehmet Shehu 1954 yılından beri Bakanlar Kurulu Başkanıydı.

(„Genosse Mehmet Shehu ist tot“)

Dost Okurlar!

Elinizdeki bu sayı ile gazetemiz Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü mücadeleci bir yılı geride bırakmış oluyor. Gazetemiz Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü bir yıl önce yayın faaliyetine girerken görevini; "Ülkemiz işçi sınıfının önemli bir bölümünün yabancı işçilerden oluştuğu bir gerçektir (...) Türkiye işçileri sadece sayı bakımından yabancı işçilerin en önemli bölümünü oluşturmamakta, şüphesiz onların en mücadeleci kesimini de oluşturmaktadır. (...) Kısacası, Türkiye işçi arkadaşlarıyla beraber pek çok mücadele alanlarında yer aldık ve alıyoruz. Ama partimizin yayın organları ve diğer propaganda çalışmaları ile onlara gittimizde, daima zorluklarla karşılaşırız. Öyle ki, bu arkadaşlar için Almanca yazıları ve konuşmaları anlamak oldukça zor oluyordu veya hiç mümkün değildi. Şimdi ise bu zorlukları Kızıl Şafak'ın Türkçe yayınlanacak sayfaları ile gidermeye çalışacağız" diye tanımlamıştı.

Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü 2. mücadele yılına girerken

Gazetemiz Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü sınırlı da olsa bir yıllık mücadele boyunca önüne koyduğu bu görevi yerine getirmeye çalıştı. Tüm olanaklarımızın darlığına rağmen, gazetemiz Kızıl Şafak'ın bir yıllık mücadele boyunca yayınlanan Türkçe bölümüne geriye dönük olarak baktığımızda; her sayısında Batı Almanya ve Batı Berlin'deki sınıf mücadelesi üzerine partimizin görüşlerini içeren somut tahliller ve haberler yer almaktadır. Ayrıca gazetemizin ilk sayısında da vurguladığımız gibi Türkiye işçileri Batı Almanya ve Batı Berlin'de yaşamalarına rağmen buradaki sınıf mücadelesini izleyememekte ve dil zorluklarından ötürü partimizin mücadeleye ilişkin görüşlerini kavrayamamaktadırlar.

İşte Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü geride bıraktığı bir yıllık mücadele boyunca bu görevi de imkanları dahilinde yerine getirmeye çalıştı.

Kızıl Şafak'ın bir yıl önce Türkçe yayınlanmasını gerekli kılan etkenlerden birini de; Partimiz KPD'nin yabancı işçileri — onun bir bölümünü oluşturan Türkiye işçileri — Batı Almanya ve Batı Berlin'deki işçi sınıfının bir parçası olarak ele alması noktası oluşturmaktadır. Ancak partimizin yabancı işçileri, dolayısıyla da onun bir bölümünü oluşturan Türkiye işçileri bu temelde ele almasına rağmen, dil ve benzeri imkanların darlığından dolayı onlar arasındaki faaliyetinin belirleyici noktasını ancak "Kızıl Şafak"ı Türkçe çıkararak yerine getirmeye çalışmaktadır.

Partimiz, yerli ve yabancı işçilerin dolayısıyla da Türkiye ve Alman işçilerinin mücadelesi birliğinin sağlanmasının tek sınıf ve tek mücadele cephesinin oluşturulmasının hem yabancı düşmanlığına, hem sosyal hakların kısıtlanmasına, hem de iş yerlerinin yoğun bir şekilde kapatılmasına karşı mücadelenin başarıya ulaşmasının ön koşulu olarak görmektedir. Çünkü buradaki yerli ve yabancı işçilerin tek sınıf ve mücadele cephesi oluşturmaksızın Almanya'daki sosyalist devrimin başarıya ulaşması, işçi sınıfının sermayenin saldırılarına karşı durması düşünülemez.

İşte bu nedenle gazetemiz Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü şimdiye kadar olduğu gibi gelecekte de sermayenin saldırılarına karşı durabilmenin ön koşulu olan Türkiye ve Alman işçilerinin tek sınıf cephesini oluşturmak ve mücadele birliğini sağlamak yönünde hem ajitasyon, hem propaganda, hem de Türkiye işçi ve emekçileri partimizin saflarına kazanmak için örgütleyici faaliyetleri daha da yoğunlaştıracaktır.

Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü bir yıllık süre zarfında yabancı, özellikle de Türkiye işçilerin yabancı olmalarından dolayı kaynaklanan sorunlarına, üzerlerindeki baskılara ve yabancı düşmanlığının maddi temellerini ortaya koyarak, bunlara karşı uygulanması gereken mücadele metodlarını açıkladı.

Öte yandan Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümünde emperyalistlerin özellikle de Batı Alman emperyalizminin Türkiye'deki faşist cuntaya sağladığı ekonomik, askeri ve siyasi yardımı da teşhir ederek, cuntaya karşı yurtdışında sürdürülen mücadeleyi destekledik.

Kısaca ele alacak olursak, gazetemiz Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü önüne koyduğu görevleri sınırlı da olsa gerçekleştirmeye büyük bir çaba harcadı. Ancak bu kadarı yeterli değildir. Gazetemiz Kızıl Şafak buradaki Türkiye işçilerinin sorunlarına daha da geniş bir cevap verebilmeli, onların buradaki sınıf mücadelesini daha iyi izlemelerini sağlamalıdır. Ne var ki, bunu başarmak sadece Yazı Kurulu'na bağlı olan bir şey değildir. Bu okurlarımız tarafından şimdiye kadar olduğundan daha fazla gelecekte iş yerlerindeki gelişmeleri, Türkiye işçilerinin sorunları üzerine haberler ve bunun yanı sıra gazeteye eleştiri, öneri göndermelerine bağlıdır. Bu nedenle tüm okuyucularımız gazetede yer alması gereken konular, sayfaların biçimi, yazıların içeriği hakkında düzenli olarak düşüncelerini belirtirlerse, gazetemizin içerik ve şekil olarak düzelmesini sağlamış oluruz.

Bu görevleri Kızıl Şafak'ın Türkçe bölümü ikinci mücadele yılına girerken yerine getirmek için daha büyük çaba sarfedelim. Gazetemiz Kızıl Şafak'ın en geniş Türkiye işçi ve emekçilerinin eline ulaşmasını sağlayalım. Kızıl Şafak'ı okuyalım, okutalım abone olalım, abone bulalım.

Kızıl Şafak Yazı Kurulu

1982 yılı bütçesinde

Emekçilerin omuzlarına yeni yüklerin yıkılması isteniyor!

BONN. — Uzun zamandan beri üzerine tartışmalar sürdürülen 1982 yılı bütçesi evvelki hafta Federal Parlamento'nun Bütçe Karma Komisyonu tarafından da görüşülerek karara bağlandı. Federal Temsilciler Meclisi'nin çoğunluğunu oluşturan CDU/CSU'lular böylece hükümetin tasarruf paketinde uygun bulmadıkları noktaları, SPD'li temsilcilerin hiç bir direnişiyle karşılaşmaksızın kabul ettirdiler. Böylece Bonn Hükümeti'nin emekçi halka karşı başlattığı saldırıların uygulanmasına gelecek yıl başlanacak.

İki haftadan beri üzerinde yoğun tartışmalar sürdürülen Bonn Hükümeti'nin 1982 yılı bütçesi, Karma Komisyonu tarafından da görüşülerek karara bağlandı. Bütçe tasarruf paketinin tekrar parlamentoda görüşülerek kesin karara bağlanması ile birlikte, önümüzdeki yıl içerisinde işçi ve emekçilerin sosyal haklarına karşı başlatılan saldırıların uygulanmasına girişilecek.

Bütçenin onaylanması ile şimdiye kadar güc durumunda olan insanlara yapılan sosyal yardımı hükümet toplam olarak 700 milyon DM kısıtlayacak. Bu kısıtlamaları ayrıntılı olarak açıklayacak olursak şunlar öngörülmektedir: Birincisi, şimdiye kadar enflasyon hızına uydu-rulan sosyal yardımlar, bundan sonra artık enflasyon hızı ne kadar yüksek olursa olsun, yılda sadece yüzde üç oranında artırı-lacaktır. Ayrıca bunun yanı sıra şimdiye kadar özel durumlarda; örneğin yaşlılara, hamile annelere, çalışamayanlar, durumdaki olanlara ve tek kişinin çalıştığı iki çocuklu ailelere yüzde 30 oranında ödenen fazla gider yardımı bundan böyle yüzde 20'ye düşürülecek. Öte yandan kör ve sakatların toplumla kaynaştırılmasını sağlamak için ödenen yardımların da kısıtlanması istenmektedir.

Yeri gelmişken emekçilerin son kuruluşlarına da göz diken Bonn'daki Baylara şunu sormak lazım: Emekçi halkın en yoksun kesimini oluşturan sa-

vaadlerde bulundunuz. Peki Baylar bu yaptıklarınız nedir? Bir taraftan yardım yapılmasından dem vuracaksınız, öte yandan da yapılan sosyal yardımları kısıtlayacaksınız! Bu ne biçim pehriz, bu ne biçim lahana turşusu!

Bonn Hükümeti'nin Tasarruf Paketi, sosyal evlerde oturan ve geçmişe nazaran şimdilik kazancı "iyi olan" kiracıların kiralalarının da yükseltilmesini öngörmektedir. Bunun yanı sıra sosyal evlerin kiralalarının yükseltme yetkisi eyaletlere verilirken, ayrıca bir de sosyal evlerin kiralalarının serbest piyasa kira-

lerin bir taraftan son kuruluşlarını da kısıtlamayı öngörürken, öte yandan ise patronlara yeni hediye-ler de bulunmaktadır. Örneğin iş yeri taşıtları vergisi için öngörülen önlemler reddedilmektedir. Böylece bu alanda kapitalistlere ek olarak 700 milyon DM hediye edilmektedir.

Bütçe Karma Komisyonu'nun kararlaştırdığı 1982 yılı bütçesi emekçi halkın üzerine bir milyar DM'lik bir yük yıkacaktır. Buna bütçede öngörülen diğer kısıtlamaları da eklersek, toplam 16 milyar DM'li bulmaktadır.

Ocak ayı ortasında Bonn Hükümeti'nin Bütçe Tasarruf Paketi Federal Parlamento tarafından kesin olarak kararlaştırılacak. Ancak daha şimdiden bile kesin kararların hangi yönde alınacağı açık bir şekilde ortadadır. Gerek SPD-FDP koalisyonu, gerekse CDU/CSU partileri olsun hepsinin istediği tek bir şey var; zenginlerin daha zenginleşmesi için buhranın faturasını işçi sınıfı ve emekçi halka ödetmek.

Bonn'daki partiler ve kapitalistler emekçi halkı daha da büyük sefaletin içerisine itmek istiyorlar. Hükümet, kapitalistlerin sorumlusu oldukları bütçe açıklığını kapatmak için emekçi halkın sosyal haklarına göz dikmektedir. Buna karşı durulmalıdır! KPD'nin de ekonomi politik açıklamasında da ileri sürdüğü gibi bu saldırıların yönü değiştirilmelidir. "buhranın faturasını zenginler ödemelidir!" Ancak bu şiarın gerçekleşmesi sendikaların izleyeceği uzlaşmaz çizgiye ve sağlıklı direnişe bağlıdır.

(„Neue Lasten für die Werktätigen“)



Kamu işletmelerinde çalışan binlerce emekçi Aralık ayı başında Dortmund'da hükümetin sosyal hakları kısıtlama politikasını protesto etti.

katlar konusunda bütün yıl boyunca sahte şirin sözler söylediniz ve sakatlarla daha fazla yardımın yapılması konusunda

ların oranı kadar yükseltilmesi istenmektedir.

Diğer yandan hükümetin tasarruf paketinde işçi ve emekçi-

IG Metall tabanının yoğun protestosuna rağmen

Toplu Sözleşme Kurulları yüzde 7,5 ücret artışı talebi ileri sürüyorlar

FRANKFURT. — Önceki sayılarımızda da ele aldığımız gibi, IGM-Merkez Yönetim Kurulu tabanın aldığı karara aykırı davranarak önümüzdeki ücret turları için ücret artışı tavsiyesinde bulundu. IGM Merkez Yönetim Kurulu'nun böyle davranmasındaki amaç şudur: Ücret artışı taleplerinin tespit edilmesine etki yapmak. IG Metall Yönetimi bu amacına ulaştı. Toplu Sözleşme Kurulları'nın hepsi şimdiye kadar IGM Yönetiminin tavsiyesi yönünde yani yüzde 7,5 ücret artışı talebini ileri süreceklerini açıkladılar.

IG Metall Yönetimi'nin şimdiye kadar ileri sürdüğü ücret artışı tavsiye taleplerinden hiç birine karşı bugün olduğu kadar yoğun bir eleştiri yöneltilmemişti. Çünkü IG Metall Yönetimi'nin şimdi ileri sürdüğü ücret artışı tavsiye talebi, bugünkü fiyat artışlarına göre hesaplanarak ileri sürülen bir taleptir.

Ayrıca IGM'in son kurultayında delegeler; IGM Yönetimi'nin gerek bir ücret artışı talebini tespit etmesini, gerekse de resmi olarak bir tavsiye talebinde bulunmasını yasaklamıştı. Ancak IGM Merkez Yönetimi delegelerin iradesine karşı davranarak, bir ücret artışı tavsiyesinde bulundu. Onun böyle bir metoda başvurusundaki amacı çok açıktı: Ücret artışı tespitlerini yapan Bölgesel Toplu Sözleşme Kurullarına etki yapmak.

IGM'in yüzde 7,5 ücret artışı tavsiye talebinin duyulmasın-

dan sonra bir çok iş yerinde sendika temsilcileri kurulları sert bir şekilde IGM yönetiminin bu talebini eleştirdiler. Örneğin, IGM Bremen Klöcker Hütte, Dortmund Hoesch-Phoenix ve Gelsenkirchen'deki Schalker Eisenhütte firmaları sendika temsilcileri IGM Yönetimi'nin tavsiye talebini sert bir dille eleştirerek, en az yüzde 10'un üzerinde bir ücret artışı talebi ileri sürdüler.

Ancak buna karşılık ücret artışı taleplerini tespit etmekle yetkili IG Metall Bölgesel Toplu Sözleşme Kurulları, IGM Yönetimi'nin ileri sürdüğü tavsiye talebine bağlı kaldılar. Şimdiye kadar ileri sürülen Bölgesel Toplu Sözleşme Kurulları'nın talepleri şöyleydi:

★ Kuzey Ren Vestfalya Eyaleti ayda asgari 120 DM olmak üzere, yüzde 7,5 ücret artışı talebinde;

★ Rheinland-Pfalz ve Saarland

ise ayda en az 120 DM olmak üzere yüzde 7 ücret zammı talebinde;

★ Baden Württemberg'te bulunan üç IGM-Toplu Sözleşme Kurulları ise 100 DM temel ücret artışı tüm ücret grupları için ve beraberinde yüzde 3'te ücret zammı talebinde bulunmaktalar.

Öte yandan 120 bin işçinin çalıştığı VW firmasında da Toplu Sözleşme Kurulu'nun işçiler için 7,2 ücret zammı talebini ileri süreceği açıklandı.

Duden emekçilerinin grevi sona erdi

6 haftaya yakındır süren Mannheim'deki Duden yayınevi işçilerinin grevi geçen hafta başarıyla sona erdi. İşçiler düşük ücretlerinin yükseltilmesi için kararlı bir şekilde grevi başlattılar. HBV sendikasının da desteklediği greve, 270 emekçinin çalıştığı bu yayınevinde toplam 120 emekçi katıldı. Patron yayınevi iflas etse bile bir ücret artışı anlaşmasını kabul etmeyeceğini açıklamasına rağmen, işçilerin sürdürdükleri kararlı direnişin sonucu HBV sendikasının ileri sürdüğü anlaşmayı kabul etmek zorunda kaldı. Patron, tüm grev süresi boyunca grevci arkadaşlara firmaya girmelerini yasaklayarak, diğer arkadaşların desteğini almalarını engellenmeye ve böylece grevdeki işçi arkadaş-

IG Metall Merkez Yönetimi'nin ileri sürdüğü ücret artışı tavsiye talebi bir yandan gerçek ücretlerin güvencesi olmazken, öte yandan da şüphesiz bu talepler diğer sendikaların da ileri süreceği ücret artışı taleplerinin tespitini de etkileyecektir. Bu nedenle yerli ve yabancı metal işçileri hareketle geçerek gerçek ücretlerin güvencesi olan bir talebin ileri sürülmesini sağlamalıdır.

(„Tarifkommissionen halten sich an 7,5 Prozent-Leitlinie“)

ları eylemden vazgeçirmeye çalıştıysada başarılı olamadı.

Yaklaşık olarak 6 hafta boyunca sürdürdükleri bu grevin sonunda, işçi arkadaşlar HBV sendikası ile patron arasında, maaşların bu yılın nisan ayından itibaren yüzde 5,3, gelecek yılın ocak ayından itibaren yüzde 6 ve 1983 yılının ocak ayından itibaren ise tekrardan yüzde 1,5 oranında artırılmasını öngören bir anlaşmanın iş yeri toplu sözleşmesi temelinde yapılmasını sağladılar. Duden patronları ile HBV sendikası arasında yapılan bu iş yeri toplu sözleşme anlaşması 1984 yılının nisan ayında sona erecek.

(„Einigung nach fünfeinhalb Wochen Streik“)

Batı Berlin protesto yürüyüşü:**3 000'i aşkın yerli ve yabancı, insanlık dışı kararların geri alınmasını talep etti**

BATI BERLİN. — Batı Berlin'de CDU azınlık hükümetinin yabancılara yönelik saldırıları 3000'i aşkın yerli ve yabancı katıldığı bir yürüyüş ve mitingle ikinci kez protesto edildi. Yürüyüşe Bilim ve Eğitim Sendikası'nın (GEW) yanı sıra, çeşitli Türkiyeli ve Alman ilerciler örgütleri de katıldılar.

Yürüyüş Batı Berlin'de Türkiyelilerin ve diğer yabancı işçi ve emekçilerin yoğun bir şekilde oturduğu bir semt olan Kreuzberg'te başladı. Yürüyüşe katılan kitle, taşıdıkları pankartlarla, attıkları sloganlarla Batı Berlin CDU azınlık hükümetinin Avrupa Topluluğuna üye olmayan Yugoslya, Yunan, Türkiyeli, İspanyol, Portekiz vb. ülkelerden gelen yabancı işçi ve emekçilerin aile bütünlüğünü bölen insanlık dışı kararlarını protesto ettiler. Yürüyüş Kotbusser Tor'dan başlayarak, Kreuzberg semt belediye binasının önünde sona erdi. Bu yürüyüş Batı Berlin İçişleri Senatörü Lummer'in aldığı kararlardan etkilenen yüzlerce genç katılmıştı. Türkiyeli gençlerin yanı sıra Alman gençleri de bu yürüyüşe katılarak Lummer'in eşi görülmemiş bir hızla yabancılara karşı başlattığı saldırılarını protesto etti ve bu kararların derhal geri alınmasını talep ettiler.

Yürüyüş kolu miting alanına vardiktan sonra, Lummer'in yabancılara kararnamesini yeren

bir konuşma yapıldı. Miting alanında konuşma yapan gençlerden biri, "Bu kararname Federal Almanya çapında son aylardaki yabancı düşmanlığının en belirgin örneğidir. Biz, öğrenciler ve gençler olarak bu gün bu kararnameye karşı sessiz kalırsak gelecek aylarda analarımız-babalarımız buna benzer yeni uygulamalarla karşılaşacaklardır. Bu nedenle yapacağımız tek şey, kararname tamamen ortadan kaldırıluncaya kadar mücadele etmek olacaktır" dedi. Bunun yanı sıra yapılan diğer konuşmalarla da Eyalet azınlık hükümetinin yabancılara karşı aldığı insanlık dışı kararlar yerildi ve Eyalet Hükümeti'nin yabancı işçi ve emekçilerin aile bütünlüğünü bölen, şu an Batı Berlin'de yaşayan binlerce gencin sınır dışı edilmesini amaçlayan bu kararların geri alınması talep edildi.

Bir yandan Batı Berlin'de CDU azınlık hükümetinin aldığı kararlara karşı mücadele yükseltilir ve bu kararların geri alınması talep edilirken, öte yandan da yabancılara karşı insanlık

dışı kararların alınmasında başlangıcı yapan Baden Württemberg Eyalet Başkanı Spaeth ve İçişleri Bakanı Herzog, alınan bu kararları yeterli katılığa görmediklerini açıkladılar. Onlar daha da ileri giderek Federal Almanya'da yıllardır çalışan işçi ve emekçilerin konut, çocukların eğitimi, sağlık vb. sorunlarını çözmezken, şimdi de hükümetten burada yaşayan yabancılardan sınır dışı edilmesini sağlayan kararların alınmasını talep etmekte.

Baden Württemberg Eyalet Başkanı Spaeth ve İçişleri Bakanı Herzog'un başlangıcını yaptıkları yabancılara karşı kararlar doğrultusunda tüm diğer eyaletler de adım atarken, şimdi onlar bu yönde bir adım daha ileri atarak yabancılara karşı yeni kararların alınmasını hazırlığını yapmaya çalışıyorlar. Bu nedenle yabancılara karşı alınan bu kararlara sessiz kalmamalı ve bunların geri alınmasını sağlamak için mücadeleyi yükseltmeliyiz.

Fakat bu mücadeleyi başarı-

ya ulaştırmak için yerli ve yabancıların birliğini sağlama doğrultusunda adım atılmalıdır. Çünkü bu gün yabancı emekçilere karşı başlatılan saldırılar işçi sınıfının tümüendir ve yerli yabancı işçilerin birliğini bölmeyi amaçlamaktadır. Eğer bugün yabancılara karşı alınan bu kararların uygulanması tüm eyaletlerde gerçekleştirilirse o zaman bir adım daha ileriye atmalarına imkan sağlamış oluruz. Bundan dolayı bu ilk adıma karşı durulmalı ve karşı durma eyleminin güçlenmesi ve başarıya ulaşması için Alman işçi ve emekçilerini şu şiarla mücadeleye çekmeliyiz: Önce işçi sınıfının en zayıf halkasını oluşturan ve tüm haklardan yoksun olan yabancılara karşı saldırıya Alman tekeli burjuvazisi ve Bonn'daki Baylar geçecekler. Eğer onlar bunu başarı ve sınıfın bölünmüşlüğüne sağlarlarsa, bu günden başlangıcını yaptıkları saldırıları yarın daha da yoğunlaştırarak işçi sınıfının tümüne karşı saldırıya yönelceklerdir. Bu nedenle Alman hakim sınıflarının çabaları boşa çıkarılmalı, yerli ve yabancıların birliğini sağlayarak, semtlerde, bölgelerde ortaklaşa komiteler kurup, yabancılara karşı başlatılan saldırıları mücadeleyle geri püskürtmeliyiz.

(„In Westberlin wurde gegen Lummers Ausländer-Erlass demonstriert“)



3 000'i aşkın yerli ve yabancı Batı Berlin'de ikinci bir kez yürüyüş ve miting düzenleyerek Lummer'in insanlık dışı kararlarını lanetledi ve geri alınmasını talep ettiler.

Rattay'ın ölümü ile ilişkili sürdürülen tahkikatı savcı durdurdu

BATI BERLİN. — 22 Aralık'ta polis ev işgalcilerine vahşice saldırısının ve onları kovalamasının sonucu otobüsün altında kalarak feci bir şekilde can veren Klaus Jürgen Rattay'ın ölümü üzerine sürdürülen tahkikat savcı tarafından durduruldu. Batı Berlin savcısı tahkikatın durdurulmasına gerekçe olarak "bir başkasının sorumlu olduğuna dair yeterince delilin elde olmadığını" ileri sürmektedir.

Batı Berlin İçişleri Senatörü Lummer'in işgal edilmiş evleri boşaltma emri vermesi üzerine polis ev işgalcilerine yoğun bir şekilde saldırdı. Yüzlercesini yaraladı. Bir kısmını ise trafiğin yoğun olduğu bir esnada yolun bir tarafından diğer tarafına geçmeye zorladı. İşte polisin bu yoğun saldırısı sonucu kaçaklardan birisi de K. Jürgen Rattay'dı. O, da caddenin bir tarafından diğer tarafına geçmeye çalışırken otobüsün altında kalarak can vermişti.

Olayın ardından otobüs şoförüne ve saldırıyı yöneten polise karşı dava açıldı. Ancak bu olayda kimlerin sorumlu olduğu açıkça ortada olmasına rağmen, Batı Berlin savcısı Jürgen Rattay'ın ölümüne bir başkasının sebebiyet verdiğine dair delilin olmadığını ileri sürmektedir. Peki şimdi şunu sormak lazım:

Jürgen Rattay kendisi mi otobüs altına düştü? Aklı başında olan ve düşünen her insan bunun böyle olmadığını ve Klaus Jürgen Rattay'ın otobüsün altında kalmasının biricik sorumlusunun, polisi harekete geçirecek ev işgalcilerine saldıran CDU'lu Lummer ve saldırıyı yöneten polis memurunun olduğunu pek ala açıkça görmektedir.

Polis olayın ardından tüm izleri silmek için her türlü yöntemle başvurdu. Ancak görüldüğü kadarıyla polisin yaptığı bu adımların hiç biri savcıyı ilgilendirmemektedir.

Savcılığın bu kararından sonra Rattay'ın ailesinin avukatı itirazda bulunarak yeni deliller ileri sürceğini açıkladı.

(„Tod von Klaus Jürgen Rattay-Ermittlungen wurden eingestellt“)

HAFTANIN YORUMU

Polonya'da askeri darbenin gerçekleştirilmesinin ardından, Polonya ordusu işçi sınıfına karşı daha da yoğun bir saldırıya geçti. Her türlü grevi, direnişi ve gösteriyi yasakladı. İşçi sınıfının kanı ve canı pahasına mücadeleyle elde ettiği tüm demokratik haklar bir hamlede ortadan kaldırıldı. Dayanışma Sendikası yasaklandı, elemanlarının büyük çoğunluğu tutuklandı. Greve gidileceği tahmin edilen iş yerleri ve Dayanışma Sendikasının binaları ordu tarafından işgal edildi. Yüzlerce kişi tutuklanarak işkenceye yatırıldı.

Polonya'da askeri sosyal faşist diktatörlük

Kısacası; işçi sınıfına karşı yoğun bir saldırı başlatıldı. Ülkenin her tarafında askeri sosyal faşist diktatörlük —lafta sosyalist, pratikte ise faşist— halka karşı azgınca saldırmaktadır.

Bir yandan işçi sınıfına ve emekçi halka karşı bu tür vahşice saldırılarda bulunurken, öte yandan askeri sosyal faşist diktatörlüğün elebaşı Jaruzelski "tüm bu önlemlerin sosyalizmin savunulması" için alındığını iki yüzölçü söylemektedir. Ancak Jaruzelski'nin bu sahte sözlerine kim inanmak isterse istesin, gerçek durum açıkça ortadadır. Sözde iktidarda olduğu iddia edilen işçi sınıfına karşı mı sosyalizm savunuluyor? Ne kadar "Sosyalizmin Savunulması" nidaları atılırsa atılsın, bu gün sosyal faşist askeri darbe Polonya'daki kapitalist kliklerin iktidarını pekiştirmek için gerçekleştirildi. Ve onlar bunu "sosyalizmin savunulması" olarak göstermekte.

Sovyetlerin TASS ajansı darbenin hemen ardından verdiği haberlerde iş yerlerinde tekrar tek kişilik işletme yönetimlerine geri dönülüyor diye büyük alkış kopardı. Sovyet sosyal emperyalistlerinin bununla kastettikleri şudur: Panzer ve silahların desteğiyle, revizyonist partinin işletme müdürlerini iş yerlerindeki hakimiyetini ayakta tutmak, işçiler tarafından denetlenmesini önlemek. Böylece işletme müdürlerinin işçiler tarafından seçilmesini engellenmesini talep eden efendileri Brejnev ve Askeri Konsey'in Başkanı Jaruzelski ve şürekası işçi sınıfına tek bir seçenek tanımaktalar: Ya toplama kampı ya da bu duruma sessiz kalma.

Darbeyi sözde "gerçek sosyalizme dönüş" diye adlandıran Polonya askeri sosyal faşist diktatörlüğüne, Moskova'ya, Almanya'da ise revizyonist DKP'ye ve diğer Varşova Paktı revizyonist partilerine Polonya işçi sınıfı cevabını çoktan verdi: "Bizim böylesi gerçek sosyalizme ihtiyacımız yoktur"

Bunun yanı sıra darbenin ardından tüm revizyonist partiler ve Varşova Paktı ülkeleri harekete geçerek top yekün Polonya işçi sınıfına karşı askeri sosyal faşist diktatörlüğün giriştiği saldırılarını haklı çıkarmaya ve sosyal faşist darbeyi sözde sosyalizmin savunulması olarak lanse etmeye yeltendiler. Bu konuda revizyonist DKP daha da ileri giderek, bu darbenin diğer şeylerin yanı sıra barışın teminat altına alınması için yapıldığını bile ileri sürmeye yöneldi.

Öte yandan önümüzdeki dönemde revizyonistler daha da yoğun bir şekilde harekete geçerek ülkede; Türkiye'de faşist cuntanın ileri sürdüğü gibi hayatın normale döndüğü, halkın ordunun bu adımı selamladığını ileri sürmeye de çabalayacaklardır. Ancak bu demagojiye ne kadar başvurulursa vurulsun, Polonya işçi sınıfının demokratik hakları talep ettiğini ve iyi yaşam sürdürmek isteme özgürlüğünü kimse karalamayacaktır. Ve o bu haklarını elde etmek için mücadeleyi sürdürdüğü sürece Polonya askeri diktatörlüğünün tüm çabaları boşa çıkacaktır.

Bundan 25 yıl önce gene başa gelen kişiler bir dizi vaadlerde bulunmuşlardı. Eğer sıkı bir şekilde çalışılırsa her şeyin güllük gülistanlık olacağını söylemişlerdi. Ancak Polonya işçi sınıfı yoğun bir şekilde çalıştı. Fakat buna rağmen hiç bir şey değişmedi. Bu süre zarfında dördüncü kezdir işçilere karşı ordu harekete geçiriliyor ve işçiler kurşunlanıyorlar. Ancak dün bu baskı makinasının başını çekenler Gomulka, Gierke ve Kania'dı. Bugün ise onların bıraktığı yerden Jaruzelski devraldı. İşte yıllar boyunca Polonya'da izlenen "gerçek sosyalizm" budur.

(„Sozialfaschismus in Polen“)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“ı
.....sayısından
itibaren
ısmarlamak
istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesişip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinshofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.

BİR YIL

Gidiyor, yaşanmış bir yıl daha gidiyor,
Veda ediyor bu kanlı köhnemiş düzene
Kanlı elini, bağrındaki kızıl yaralarını
Devrederek yeni gelene...

Ne mutlu bizlere, bir yıl daha yaşlandık
Açlık, sefalet ve zulümle kol kola
Bir yıl daha yaklaştı, Halkın Cephesi
Zulüm ve işkenceyle dolu bu dünyada
Kızılşayan safağa

Unutmayacağız o eskimiş yılın anılarını,
Zulüm, savaşı ve yaralarını
Türkiye, Polonya, El Salvador'da yaşayarak biz de
Uğurluyoruz onu da kızıl mendiller sağlayarak.

Gel hele '82 yaşanasın sende
Hainlere hüznün, bize umut vereceksin
Çünkü eskiteceksin bu çağı her şeyin ile
Çünkü seninle daha da yaklaşıcağız biz
kızıl güneşe.

Bir Kızıl Şafak Okuyucusu